

Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für
die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Holger Börner
Walter Dirks
Günter Grass
Johannes Rau
Carola Stern
Heinz O. Vetter
Hans-Jochen Vogel
Herbert Wehner †

Frankfurter Hefte

Redaktion

Peter Glotz
(Chefredakteur)
Ulrike Ackermann
Norbert Seitz
(verantwortlich)

Ständige Mitarbeit

Klaus Bloemer
Tilman Fichter
Johano Strasser

Redaktionsbeirat

Siegfried Bangert
Frank Benseler
Gottfried Erb
Iring Fetscher
Horst von Gizycki
Martin Greiffenhagen
Norbert Greinacher
Reimut Jochimsen
Tomas Kosta
Richard Löwenthal
Ferdinand W. Menne
Susanne Miller
Peter von Oertzen
Friedrich-Wilhelm Witt

10₁₉₉₀
37. Jahrgang

Inhalt

867 Editorial

Aktuelles

- 869 PETER GLOTZ
Der Verwaltungsfeiertag
- 870 HENNING NASE
Gesamtdeutsche Wahlchancen
der SPD
- 875 NORBERT SEITZ
Als Papiertiger des Zeitgeistes
gestrandet
- 877 SILVIO LEHMANN
»Trauer bringt kein Kapital«

Thema: Kulturschock Einheit?

- 880 THOMAS SCHMID
Die Invasion vom andern
deutschen Stern
- 888 BARBARA JOHN
Wer ist ein Deutscher?
- 894 HERMANN GLASER
Ohne Fremde(s) keine Kultur
- 900 FRANK-OLAF RADTKE
Marktwirtschaft,
Multikulturalismus und Sozialstaat
- 914 BERTOLD HUBER
Multikulturelle Gesellschaft und
Grundgesetz
- 923 SJAAK ONDERDELINDEN
Fremde in der deutschen Literatur

Kontrovers

- 933 WALTER MOMPER/
TINO SCHWIERZINA
Plädoyer für eine Hauptstadt
- 938 SIBYLLE TÖNNIES
Auch der Neosozialismus tritt das
Erbe der Aufklärung *nicht* an

Kultur

- 942 GÜNTER KUNERT
Nicht mitzuhassen . . .
- 944 WILLI KÖHLER
Bedrohte Buchwelt
- 948 DETLEV CLAUSSEN
Ein Solitär im Kabinett
- 950 ANDREAS SCHWORCK
Nachruf auf Norbert Elias

Kritik

- 951 HERBERT PINNOW
Panoptikum des Größenwahns
- 952 INGEBORG HECHT
Nicht allein
- 954 HORST HEIMANN
Bilanz und Perspektiven
des Sozialismus
- 956 DIETER BODEN
Europa 2000
- 958 FRANZ H. U. BORKENHAGEN
Gebot der Defensivität
- 960 Zu den Autorinnen und Autoren

Titelfoto: Deix-Ausstellung in Bonn
JOKER/H. Lohmeyer

Editorial

Die größte Gefahr für die Politik sind Idylliker, also Leute, die sich zwecks Erhaltung ihres Seelenfriedens der Wirklichkeit nicht stellen. Leider nimmt diese Spezies in Europa derzeit zu. Die mitteleuropäische Revolution von 1989 hat einen großen Teil der politischen Klassen so überrascht, daß sie jetzt agieren, als stünden sie unter sanften Drogen. Sie sind locker, zuhörfähig, wagemutig und unpolitisch; sie tun so, als ob so ziemlich alles möglich wäre – und verdrängen, daß mit dem Ende der Doppelhegemonie der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten die Zeit der großen Krisen nicht etwa beendet ist, sondern daß sie jetzt erst beginnt.

An zwei Problemkreisen zeigt sich die falsche Gelassenheit dieser politischen Klassen ganz besonders deutlich: An der Beurteilung der Lage in Mittel- und Osteuropa und im Golf. Was Europa betrifft: Jugoslawien ist zerfallen, die serbisch-kroatische Spannung, ein alter Konflikt mit mörderischer Geschichte, auf dem Siedepunkt und die Sowjetunion kracht gerade auseinander. Wird Gorbatschow demnächst in der Sowjetunion die Kompetenzen haben, die die englische Königin in Großbritannien hat? So sieht es jedenfalls Boris Jelzin. Aber wie fest steht Jelzin eigentlich in Rußland? Und wer könnte nach Jelzin kommen? Wie wird der ukrainische Konflikt zwischen der orthodoxen und der unierten Kirche ausgehen? Könnte es in irgendeinem der neuen Staaten Osteuropas zu einer Rechtsdiktatur kommen? Und wie groß wird die Armutswanderung von Ost nach West werden? All diese Fragen sind mit Händen zu greifen, aber die meisten unserer Politiker beschränken sich darauf, ein paar bewundernde Bemerkungen über Vaclav Havel zu machen und im übrigen so zu tun, als stünde der Entwicklung Ostmitteleuropas zu glücklich prosperierenden Demokratien nichts im Wege.

Mit einer Monatszeitschrift kann man die idyllische Stimmung im Westen nicht verschrecken, aber vielleicht gelegentlich aufstören. Deswegen beschäftigt sich der Schwerpunkt des September-Hefes mit dem »Kulturschock Einheit«. Denn mit dem 3. Oktober 1990 wird die Einheit Deutschlands ja

nicht vollendet, sondern erst begonnen. Wir beleuchten die Identitätsprobleme der Deutschen, die jetzt aus zwei unterschiedlichen Gesellschaften zusammenkommen, unter kulturkritischem (Thomas Schmid), ethno-politischem (Hermann Glaser), rechtspolitischem (B. Huber), sozialökonomischem (F. O. Radtke) und ausländerpolitischem (Barbara John) Aspekt. Wir räumen ein, daß einige dieser Beiträge »unorthodox« sind, das heißt, daß sie Kontroversen auslösen werden. Aber das sollen sie auch. Der größte Fehler, den die Deutschen (West) und die Deutschen (Ost) machen könnten, wäre es, sich gegenseitig wie Irre zu behandeln, nämlich nach dem Motto: *Nur nicht widersprechen*. Taktlosigkeit kann unangenehm sein. Weit schlimmer als Taktlosigkeit aber ist die aus lange durchgehaltener Unwahrheit entstehende Orthodoxie. Wir dürfen nicht zulassen, daß eine neue deutsch-deutsche Orthodoxie entsteht.

Das September-Heft beschäftigt sich im übrigen mit der bedauerlichen Zerstörung und Selbstzerstörung kultureller Unternehmungen auf der Linken. Der Frankfurter *PflasterStrand*, der in den vergangenen Jahren manch linke Selbstverständlichkeit intelligent ad absurdum geführt hat, hat es nicht geschafft, sich mit *Lifestyle* und Alltagsästhetik aus der ökonomischen Pleite zu retten. Wird es der Wiener AZ, der alten, traditionsreichen ARBEITERZEITUNG, gelingen, sich mit Hilfe der eigenen Leser und mit dem Rezept »linker Boulevard« aus den Zwängen der österreichischen Pressekonzentration zu befreien? Die österreichische Sozialdemokratie konnte ihrem alten Zentralorgan so wenig helfen wie die deutsche dem ihren, was einerseits an ökonomischen Zwängen, andererseits aber auch an der tankerhaften Unbekümmertheit sozialdemokratischer Organisationen gegenüber geistig-kulturellen Prozessen liegt. Diese Unbekümmertheit kann man gerade auch in Bonn beobachten, gegenüber dem »Kulturforum der Sozialdemokratie«, dem über Nacht seine demokratische Struktur abhanden kam – aus »steuerrechtlichen Gründen«.

Peter Glotz



Foto: Mehmet Ünal

PETER GLOTZ

Der Verwaltungsfeiertag

Ein Plädoyer für den 9. November

Ihr seid ja ganz schön besengt«, sagte mir die achtunzwanzigjährige Tochter einer guten Freundin. »Den schönen Sommer-Feiertag auf den Oktober legen.« Aber sie sagte es mit jener milden Ironie, mit der das Volk, wenn es in guter Stimmung ist, die politische Klasse behandelt. Vielleicht muß man das nicht so ernst nehmen.

Was hätte sie aber auch sagen sollen? Eine ernsthafte Diskussion wurde über den neuen Staatsfeiertag der Deutschen ja nicht geführt – die Vereinigung der beiden deutschen Staaten als Schäuble-Krause-Prozeß. Die Auswechslung des 17. Juni, des Gedenkens an die Arbeiterunruhen von 1953, durch den 3. Oktober, dem Tag des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik, wurde als Spiegelstrich-Problem behandelt. Keine Debatte im Parlament, geschweige denn eine Debatte im Volk. Die Delegationen von Regierung und Opposition handelten die Sache als einen von einhundertsevenundvierzig Punkten ab, im Paket. Die Opposition soll durchaus gefragt haben, ob es denn Sinn mache, den Tag eines Verwaltungsakts zum Staatsfeiertag zu erheben. Aber sollte sie den Einigungsvertrag wegen dieser Frage scheitern lassen? Ausgeschlossen. Also werden die Deutschen bis zur nächsten Katastrophe den 3. Oktober als Staatsfeiertag begehen. Und da sich niemand eine nächste Katastrophe wünschen kann, sei der inständigen Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Deutschen von nun an für einige hundert Jahre einen Tag begehen mögen, an dem das Volk, das viel beschworene, eigentlich gar nicht beteiligt war. Es hat am 3. Oktober keine Revolution gemacht, Gott sei Dank auch keine Schlacht geschlagen, es hat keine Aufläufe und keine Kämpfe gegeben, der schmutzige Atem der Geschichte traf niemanden im Gesicht. Eine historische Geste von symbolischem Rang: Die Deutschen feiern nicht etwa Tage, an denen sich ungeplant und unordentlich Geschichte entfaltet, sie legen die Höhepunkte ihres gemeinschaftlichen Lebens mit

kaltem Blut und am Schreibtisch fest. Ein Triumph der organisierenden Vernunft ...

Nur darf man einen Staatsfeiertag nicht zu wichtig nehmen. Die Engländer feiern den Geburtstag der Königin; und das noch zu einem fiktiv festgelegten Datum, damit das Wetter schön ist. Beim diskussionsarmen Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten sind schlimmere Fehler gemacht worden als die Verlegung des Staatsfeiertags. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wird den neuen Feiertag so gelassen akzeptieren wie den alten; die Demokratie wird keinen Schaden nehmen.

Aber ein einziges Mal soll doch ohne unziemliche Erregung darauf hingewiesen werden, daß die Staatsmänner und Staatsfrauen, die da entschieden haben, einen groben Fehler begangen haben. Sie sind vor der Geschichte ausgewichen, sie haben eine große Chance versäumt. Der richtige Staatsfeiertag wäre der 9. November gewesen, ein Tag, in dem sich wie in keinem anderen die deutsche Geschichte spiegelt. Am 9. November 1918 wurde die Erste Republik ausgerufen, am 9. November 1923 wollte Hitler sie durch einen Putsch wieder beseitigen. Am 9. November 1938 organisierten die Nazis ein schreckliches antisemitisches Pogrom, am 9. November 1939 versuchte ein isolierter, resignierter Deutscher, der Möbeltischler Johann Elser, den Diktator Hitler in die Luft zu sprengen. Und am 9. November 1989 schließlich jagten die Deutschen, zum ersten Mal in ihrer Geschichte, eine Diktatur davon. Der 9. November liefert einen Kurzlehrgang in deutscher Geschichte. Wäre es nicht ein sinnvollerer Gedenktag gewesen als der 3. Oktober, an dem eindimensional an nichts anderes erinnert werden kann als an den Zuschluß von Bundesrepublik und DDR?

Der 9. November hatte gewichtige Fürsprecher, Ernst Benda, der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, gehörte dazu, Hans-Jochen Vogel, der Vorsitzende der SPD,

aber auch der jüdische Historiker Professor Wolfssohn und Bürgerrechtsgruppen aus der DDR. Warum wurde ihr Vorschlag in den Wind geschlagen? Der wichtigste Grund war wohl, daß die Mehrheit der politischen Klasse in Deutschland endlich einmal feiern wollte. Man wollte keinen Denktag, man wollte einen Gedenktag; mit Feuerwerk, Blechbläsern und Volksbelustigung. Wie die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (am 16. Juni 1990) so rührend schrieb: »Auch die deutschen Diplomaten könnten zu schönen Parties einladen.« Ein Befreiungsschlag also, ein herzerfrischender Akt von republikanischem Pragmatismus. Ein Feiertag ist dazu da, daß an sich über ihn freut; da will man nicht daran denken müssen, daß einige unserer Großväter und Väter an einem 9. November jüdische Gesichter und jüdische Auslagen zerschlagen haben.

Kein Zweifel, die deutsche Einheit kann – wenn wir sie richtig gestalten – ein Anlaß zur Freude sein. Die Frage ist nur, ob es gut ist, wenn die Deutschen ihrer Geschichte wieder nur aus einem Punkte gedenken. Ich stelle mir die Tausenden und Abertausenden von Studienräten vor, die, vom 3. Oktober 1990 ab, ihren Schülerinnen und Schülern erläutern müssen, warum sie am 3. Oktober schulfrei haben. Hätten sie nicht mehr zu erzählen über die Erfolge und Mißerfolge, über die Leistungen und Verbrechen, über die Aufschwünge und Abstürze der deutschen Geschichte, wenn sie über den 9. November sprechen müßten? Die Entscheidung für den 3. Oktober als Staatsfeiertag ist eine Entscheidung für ein dimensionales Gedenken, eine Entscheidung gegen Komplexität. Ist sie auch ein Hinweis auf die neue Identität, die unsere Eliten im größeren Deutschland heranzubilden wünschen?

Die letzten Staatsfeiertage, bei denen die Deutschen unbeschwert gefeiert haben, waren der Sedans-Tag und Führers Geburtstag. Der 3. Oktober ist mit diesen Feiertagen nicht zu vergleichen. Er liefert einen passablen Grund zu vernünftiger Reflektion. Aber er zeigt nicht deutlich genug, daß wir aus unserer Geschichte lernen wollen.

HENNING NASE

Gesamtdeutsche Wahlchancen der SPD

Modellrechnung der Wählerpotentiale

Die Wahlforscher sprechen immer wieder davon, daß es eine strukturelle Mehrheit für die bürgerlichen Parteien in der Bundesrepublik gibt. Konservative und Liberale haben demnach bei den Wählern eine Mehrheit, weil bestimmte soziale Gruppen stärker zu der CDU/CSU und FDP neigen. Die bürgerlichen Parteien stellten in der Tat seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland immer eine rechnerische Mehrheit im Parlament. Seit Beginn der fünfziger Jahre erzielten sie im Durchschnitt rund 55 Prozent der Wählerstimmen.

Die Frage stellt sich, ob in einem zukünftigen Gesamtdeutschland eine bessere Chance für die Sozialdemokraten besteht, aus eigener Kraft oder mit Hilfe anderer Parteien jenseits von Konservativen und Liberalen eine regierungsfähige Mehrheit zu erhalten? Und: Wie verändern sich die voraussichtlichen parlamentarischen Mehrheiten, wenn die Bevölkerung der Bundesrepublik, der DDR und von Berlin gemeinsam wählen werden?

Eine Modellrechnung, in der die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl 1987, der Volkskammerwahl 1990 in der DDR und Senatswahlen in Berlin 1989 zusammengefaßt sind, kann vielleicht darüber Aufschluß geben.

Während sich das Wählerpotential der Konservativen und Liberalen kaum entscheidend veränderte und sie mindestens vom gleichen Wählerpotential wie bei der Bundestagswahl 1987 ausgehen können, liegt das Wählerpotential von Sozialdemokraten und Grünen bei dieser Modellrechnung um rund fünf Prozentpunkte niedriger als bei der Bundestagswahl von 1987.

Berücksichtigt man das veränderte Parteienspektrum in der DDR seit der Volkskammerwahl und rechnet die durch die Zusammenschlüsse zusätzlichen Wählerpotentiale den jeweiligen Parteien hinzu, so erhöht sich das Wählerpotential der CDU (durch die Demokratische Bauernpartei Deutschlands und den Demokratischen Aufbruch), der Grünen (durch das Bündnis 90) und der FDP (durch die Nationaldemokratische Partei) leicht. Geht man außerdem von einer etwa gleich hohen

Tabelle 1: Modellrechnung gesamtdeutsche Wahlen (in %)

	SPD	CDU	DSU/CSU	FDP	Grüne/AL	PDS	A. P.
Bund	37,0	34,5	9,8	9,1	8,3	–	1,3
DDR o. Berlin	20,8	42,7	6,6	5,5	1,9	15,2	7,3
Berlin (Ost)	34,9	18,3	2,2	3,0	2,7	30,2	8,7
Berlin (West)	37,3	37,8	–	3,9	11,8	–	9,2
insgesamt	33,6	36,0	8,8	8,1	6,9	3,7	2,9

Wahlbeteiligung im Gebiet der Bundesrepublik und der DDR bei den gesamtdeutschen Wahlen aus, so können die Parteien aufgrund ihrer Wählerpotentiale etwa mit folgenden Anteilen rechnen:

CDU/CSU (DSU)	45,0 %
SPD	34,0 %
FDP	8,5 %
Grüne	7,5 %
PDS	3,5 %
Anderer	1,5 %

Bei dieser Potentialrechnung für die einzelnen Parteien ist noch nicht berücksichtigt, daß die *Linke Liste* als Partner der PDS in der Bundesrepublik antritt.

Linke und konservative Parteien würden sich wie bisher etwa in gleicher Stärke (45%) gegenüberstehen, und die FDP wäre wie bisher das Zünglein an der Waage. Der entscheidende Unterschied zu früheren Bundestagswahlen läge allerdings in einer Schwächung des sozialdemokratischen Wählerpotentials und in der Zersplitterung der linken Parteien.

Welche Möglichkeiten haben die Sozialdemokraten, ihren Stimmenanteil zu erhöhen? Hierfür gibt es drei Ansatzpunkte:

- Die volle Ausschöpfung ihres Wählerpotentials in einigen Regionen (vor allem in Thüringen, Sachsen und Bayern).
- Die Verschiebung des Wählerpotentials innerhalb und außerhalb der großen politischen Strömungen.
- Die politische Großwetterlage vor den gesamtdeutschen Wahlen Anfang Dezember.

Die soziale Basis der Parteien

Die sich in den drei großen politischen Strömungen in der Bundesrepublik widerspiegelnden Parteien SPD, CDU/CSU und FDP verfügen jeweils über eine spezifische soziale Basis, das heißt sie werden jeweils deutlich überproportional von bestimmten sozialen Gruppen gewählt. Das Wahlverhalten hat sich in den ver-

schiedenen Schichten und Gruppen meist über einen langen historischen Prozeß herausgebildet. Ausschlaggebend für solche Wahlentscheidungen sind dabei sowohl der religiös-kulturelle Hintergrund als auch die ökonomische Interessenlage der jeweiligen sozialen Gruppen.

Während im Norden und im Westen der Bundesrepublik Konservative und Liberale auf der einen sowie Sozialdemokraten und Grüne auf der anderen Seite seit Ende der sechziger Jahre sich in etwa die Waage hielten, bestand im Süden der Bundesrepublik noch zu keinem Zeitpunkt eine Chance für eine Mehrheit jenseits der bürgerlichen Parteien. Weder attraktivere Themen noch stärkere Kompetenz oder bessere Kandidaten konnten dieses strukturelle Defizit der Parteien links von der Mitte ausgleichen.

Vor den Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März bestand bei Sozialdemokraten die berechtigte Hoffnung, in einem Gesamtdeutschland könne sich dieses strukturelle Defizit der Parteien links von der Mitte verändern und die Chance für eine sozialdemokratisch geführte Regierung in einem zukünftigen Gesamtdeutschland verbessern.

Entwicklung der Wählerpotentiale

Um die Chancen der Sozialdemokraten für eine zukünftige gesamtdeutsche Wahl aufzuzeigen, wird im folgenden die langfristige Entwicklung der »politischen Lager« dargestellt. Der Begriff der »politischen Lager« ist ein relativ neuer Begriff und betrifft die empirische Beobachtung, daß es in der Bundesrepublik in den letzten Jahren keine gravierenden Veränderungen der Wählerblöcke von links nach rechts gibt. Nach allem, was Wahlforscher über den Zusammenhang von Sozialstruktur und Wahlverhalten wissen, müßte sich mit der Veränderung von sozialen Strukturen (vor allem der starken Veränderung der Berufsstruktur und dem Grad der kirchlichen Bindung seit der Gründung der Bundesrepu-



Zeichnung: Roland Beier

blik) auch das Wahlverhalten ändern. Das Verwunderliche ist also eher, daß sich so wenig geändert hat, zumindest bei den Bundestagswahlen. Dafür gibt Dieter Roth von der *Forschungsgruppe Wahlen* folgende Erklärung: »Die empirischen Beobachtungen zeigen, daß die Bereitschaft zum Wechsel insgesamt gestiegen ist. Quantitativ spielt sich der Wechsel aber hauptsächlich innerhalb des Lagers ab, bei den letzten Wahlen allerdings auch in der Wahlenthaltung. Durch die Wahrnehmung ideologischer Nähe zwischen den beiden Regierungsparteien einerseits und den beiden Oppositionsparteien andererseits sinkt die Schwelle für den Wechsel innerhalb des jeweiligen Lagers und erhöht sich zwischen den Lagern« (VORWÄRTS vom 28. November 1987).

Ein längerfristiger Vergleich der Wählerpotentiale bereitet für die Bundesrepublik keine Schwierigkeiten. Hierzu können die Bundestagswahlen 1972 (in der die SPD noch allein das Parteienspektrum links von der Mitte abdeckte und 45,8% der Stimmen erzielte) und die Bundestagswahl 1987 (bei der die SPD 37,0% der Stimmen erreichte und zusammen mit den Grünen auf 45,3% kam) herangezogen werden. Die Stimmergebnisse für das linke politische Lager waren bei diesen Wahlen besonders günstig, doch stellt es für die Wahlen im gesamten Gebiet der Bundesrepublik je-

weils die bisher optimale Ausschöpfung des Wählerpotentials dar. Auch bei der letzten Wahl im gesamten Bundesgebiet, der Europawahl, hat sich dieses Ergebnis bestätigt (SPD 37,5%; zusammen mit den Grünen betrug das linke Wählerpotential 45,7%).

In Bayern lagen die Ergebnisse für die linken Parteien bei den letzten Wahlen allerdings deutlich unter dem dortigen besten Ergebnis der Bundestagswahl 1972. Hier liegt ein – wenn auch geringer – Ansatzpunkt zur besseren Ausschöpfung des Wählerpotentials für die Sozialdemokraten.

Der gesamtdeutsche Wahlkampf wird um die dem linken politischen Lager in der Bundesrepublik fehlenden vier Prozentpunkte geführt, und in der DDR geht es für die Sozialdemokraten um das Wiederanknüpfen an das traditionelle Wählerverhalten.

Da in der DDR nie die Möglichkeit bestand, zwischen verschiedenen Parteien zu wählen, bleibt als einzige Vergleichsbasis nach dem Krieg die Landtagswahlen von 1946. Die Landtagswahlen in der Sowjetischen Besatzungszone am 20. Oktober 1946 bilden trotz der Tatsache, daß SPD und SED nur in Berlin getrennt antreten konnten, und CDU und LPD manche Behinderung hinnehmen mußten, eine interessante Vergleichsmöglichkeit. Im Gegensatz zu den seit 1950 praktizierten Einheitslisten konnte die Bevölkerung der Sowjetischen Besatzungszone bei diesen Wahlen noch zwischen politischen Alternativen entscheiden.

Um eine weitere Vergleichsmöglichkeit für das Gebiet der DDR und gleichzeitig eine Vergleichsbasis zum Bundesgebiet zu schaffen, werden auch noch die Reichstagswahlen von 1928 herangezogen. Wie sich zeigt, ist das Wählerverhalten, was das politische Lager der liberalen und konservativen Parteien anbetrifft, über die 18 Jahre der dazwischenliegenden Nazi-Zeit zumindest in Nord-, Süd- und Ostdeutschland (mit Ausnahme von Sachsen) relativ konstant geblieben; was auch kaum verwunderlich sein dürfte, da sich die für das Wahlverhalten entscheidende soziale Struktur in den 18 Jahren viel weniger verändert hat, als in den 45 Jahren von der Nachkriegszeit bis heute. Diese Tatsache und die empirische Beobachtung der Konstanz des Wählerverhaltens rechtfertigen wohl einen solchen Vergleich.

Im Westen der Bundesrepublik und im Süden der DDR haben sich die Wählerpotentiale der konservativen und liberalen Parteien dagegen deutlich verändert. In Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland

konnte das katholische Zentrum vor dem Krieg überdurchschnittlich viele Wähler binden. Ein Teil dieser Wählerschaft ist offensichtlich den Konservativen verloren gegangen. Die Sozialdemokraten haben in diesen Gebieten im Laufe der Jahre deutlich zugelegt. Eine Veränderung im Wählerpotential von Konservativen und Liberalen ist auch in Teilen der DDR zu beobachten. Während im Norden der DDR Liberale und Konservative auch tatsächlich in der Minderheit blieben und in Mecklenburg und Brandenburg die Wählerpotentiale über die Jahrzehnte relativ konstant sind, wählten die Bürger im ehemals »roten Sachsen« und auch in Thüringen mehrheitlich konservativ und liberal. Dieser

Trend zu den liberalen und konservativen Parteien hatte sich in Sachsen bereits bei den Landtagswahlen 1946 angedeutet.

Zwar zeichneten sich bei den Kommunalwahlen in den südlichen Bezirken der DDR (Thüringen und Leipzig) leichte Veränderungen zugunsten der Sozialdemokraten ab, dennoch dürfte es noch einige Zeit dauern, bis diese traditionell sozialdemokratisch und links wählenden Bürger jener Gebiete wieder an ihr traditionelles Wahlverhalten anknüpfen. Die starken Verluste der Konservativen bei den Kommunalwahlen waren mit leichten Gewinnen bei den Liberalen und den Bauernparteien, darunter dem neuen Partner der CDU, der Demokratischen Bauernpartei

Tabelle 2: Anteil der konservativen¹ und liberalen Parteien bei verschiedenen Wahlen in den Länder (in %)

	Reichstag 1928	Landtag 1946/47	Bundestag 1972	Bundestag 1987
Schleswig-Holstein	49,1	48,4 ²	50,6	51,3
Hamburg	42,3	44,9	44,5	47,0
Niedersachsen	50,4	50,7	51,2	50,3
Bremen	45,0	45,3	40,7	37,7
Norddeutschland	48,4	48,9	49,8	49,4
Nordrhein-Westfalen	58,4	53,3	48,8	48,5
Hessen	50,7	46,7	50,5	50,4
Rheinland-Pfalz	67,2	57,0	54,0	54,2
Saarland		58,8	50,5	48,1
Westdeutschland	58,2	52,8	49,9	49,7
Baden-Württemberg	61,6	63,0	60,0	58,7
Bayern	63,3	58,0	61,2	63,2
Süddeutschland	62,6	60,0	60,6	60,2
				Volkskammer '90
Mecklenburg-Vorpommern	47,9	46,6		47,8
Brandenburg	47,6	50,8		45,1
Sachsen-Anhalt	43,9	51,8		57,0
Sachsen	41,1	48,1		65,0
Thüringen	47,0	47,4		65,9
Ostdeutschland (ohne Berlin)	44,1	49,1		58,0
Berlin-Ost	33,0	26,6		25,0
Berlin-West	40,3	34,5	46,6 ³	41,7 ⁴
Berlin	38,2	31,5		

1 Konservative Parteien (einschließlich Bauernparteien)

2 einschließlich Südschleswigischer Verein

3 Senatswahl 1971

4 Senatswahl 1989

Deutschlands, verbunden. Das konservative und liberale Lager wurde damit um insgesamt rund fünf Prozentpunkte geschwächt. Außerdem wanderten Stimmen von CDU und DSU an Parteilose und konservative Listenverbindungen, so daß die Sozialdemokraten hieraus keinen Nutzen ziehen konnten. *Infas* spricht deshalb in seiner Analyse zur Kommunalwahl von »... einerseits einer weitgehenden Bestätigung des grundsätzlichen politischen Kurses der DDR (Stärke der politischen Lager, d. Verf.), andererseits aber von deutlichen Korrektiven des Votums zur Volkskammerwahl« (Zunahme der kleinen Parteien).

Würden die Bürger Sachsens und Thüringens ähnlich wie der Rest der DDR-Bürger wählen und knüpften die linken Parteien gleichzeitig in Bayern an früher bessere Ergebnisse an, so könnten die konservativen Parteien bei gesamtdeutschen Wahlen etwa 2,5 Prozentpunkte einbüßen. Eine gewisse Chance besteht hierfür in der DDR, denn Umfragen des Meinungsforschungsinstituts *Emnid* besagen: »in der BRD gibt es weit mehr Stamm-, in der DDR einstweilen weit mehr Wechselwähler« (DER SPIEGEL, 25.06.1990). So minimal dieser Stimmenanteil auch sein mag, langfristig kann sich daraus ein strukturelles Gleichgewicht zwischen Konservativen und Liberalen auf der einen sowie Sozialdemokraten und anderen Linken auf der anderen Seite ergeben.

Möglichkeiten der Verschiebung von Wählerpotentialen

Deutliche Verschiebungen der Wählerpotentiale *zwischen* den beiden großen politischen Lagern der Konservativen und Liberalen auf der einen Seite sowie den Sozialdemokraten, Grünen und anderen linken Gruppierungen auf der anderen Seite erscheinen *kurzfristig* eher schwierig. Solche kurzfristigen Verschiebungen treten vor allem dann auf, wenn sich neue Parteien mit guten Erfolgchancen den Wählern stellen. Durch das erstmalige Auftreten von »Republikanern« und PDS bei den Bundestagswahlen kann es zu solchen Verschiebungen kommen, vor allem dann, wenn diese zu ihren Wählerpotentialen auch noch Proteststimmen binden. Die möglichen Proteststimmen für die »Republikaner« gehen dabei mit hoher Wahrscheinlichkeit eher zu Lasten der konservativen Parteien. Die Größenordnung an Proteststimmen hängt für die kommenden Wahlen wesentlich von den Auswirkungen des Vereinigungsprozesses auf einzelne Bevölkerungsgruppen ab.

Verschiebungen *innerhalb* eines politischen Lagers sind dagegen eher möglich. Die Sozialdemokraten versuchen auf diese Weise bereits jetzt ihre Ausgangslage für die Bundestagswahl zu verbessern. Ihr Kanzlerkandidat Lafontaine bietet ihnen hierfür auch eine gewisse Gewähr. Oskar Lafontaine vermag

Frauen in der DDR

Foto: R. Melis/Luchterhand Literaturverlag



das rot-grüne Wählerpotential durch seine Person voll zugunsten der SPD zu mobilisieren, das hat er im Saarland zweimal mit wachsendem Erfolg bewiesen und er hat es zudem vermocht, die *Republikaner* klein zu halten. Ein Scheitern der Grünen an der 5%-Klausel führt allerdings zum Verlust von strategisch wichtigen Stimmen beim Koalitionspoker. Da die SPD bei einem eigenen Wählerpotential von rechnerisch 34 Prozent die absolute Mehrheit durch Gewinne innerhalb des linken Lagers nicht erreichen kann, muß es ihr strategisches Ziel sein, ein Ergebnis zu erzielen, daß es keiner Partei ermöglicht, ohne sie zu regieren. Ein Fehlen entsprechender Parlamentssitze im linken politischen Lagern durch Scheitern einer Gruppierung an der 5%-Klausel, würde das schon schwer erreichbare Ziel in weite Ferne rücken.

Besonders heikel ist deshalb für die SPD auch das Auftreten der PDS. Die Wählerschaft dieser DDR-spezifischen Partei ist für Sozialdemokraten schwerer erreichbar als die der Grünen. Deshalb dürfte der Glaube daran, das Wählerpotential der PDS in kurzer Zeit auf die SPD übertragen zu können, trügerisch sein. Die Entscheidung der SPD in der DDR, kein Bündnis mit der PDS (auch nicht auf kommunaler Ebene) einzugehen, und die Tabuisierungs- und Ausgrenzungsversuche der Sozialdemokraten in der Bundesrepublik schließen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Regierungsmöglichkeit der Sozialdemokraten mit linken Parteien für den Beginn der neunziger Jahre in Gesamtdeutschland aus. Auch der umgekehrte politisch allerdings höchst fragwürdige Weg einer Akzeptanz der PDS würde wahrscheinlich bei der SPD zu Stimmeinbußen führen. Die PDS benötigt – falls sie ihren Wähleranteil in der DDR hält – nur schwer zu erreichende 2 Prozent der Stimmen im Bundesgebiet, um eine gesamtdeutsche Sperrklausel von 5 Prozent zu überwinden.

Die Verschiebung von Wählerpotentialen innerhalb des eigenen politischen Lagers gleicht im übrigen einem Nullsummenspiel, das verbunden mit der tödlichen 5%-Sperrklausel leicht zu einem Minusergebnis im politischen Lager der Linken führen kann. Ob Sozialdemokraten und andere Linke aus dem 45%-Turm ihres eigenen Wählerpotentials herauskommen, entscheidet bei einer Umbruchsituation, wie wir sie gegenwärtig erleben, aber mit hoher Wahrscheinlichkeit die politische Entwicklung der nächsten Monate und der Nutzen, den die Parteien hieraus ziehen können. Die Chance der SPD und ihres Kanzlerkandidaten Lafontaine liegt vor allem

in der Unkalkulierbarkeit der wirtschaftlichen Auswirkungen der Währungsunion. Wenn es Kanzler Kohl allerdings gelingt die Kosten und Folgen der Währungsunion (z.B. hohe Arbeitslosigkeit in der DDR verbunden mit einem neuen Übersiedlerstrom) gering zu halten, gilt auch der Satz von Lafontaine: »Wenn die Politik des Bundeskanzlers erfolgreich ist, dann gewinnt er zu Recht die Wahlen. Wenn aber die von uns aufgestellte Alternative die richtige ist – und das wird sich im Laufe der Zeit erweisen –, dann gewinnen wir die Wahl.« (DER SPIEGEL vom 28.05.1990.)

NORBERT SEITZ

Als Papiertiger des Zeitgeistes gestrandet

Nachruf auf den Frankfurter
»Pflasterstrand«

Wenn sozialdemokratische Blätter in Serie ihre Ökonomie aufgeben, pflegt man sich gerne in epischer Häme über mangelnden Geschäftssinn, inhaltliche Kleinkariertheit und gestalterische Biederkeit auszulassen. Am Tod des Frankfurter Alternativmagazins *Pflasterstrand* ließe sich freilich zeigen, wie man trotz verlegerischer Courage, inhaltlicher Anpassungsfähigkeit und gestalterischer Flexibilität ins publizistische Aus gelangen kann.

Das Frankfurter *Metropolen-Magazin* hat sich zu Tode opportunistelt – so sagen zumindest mit Bitterkeit die alten, angegrauten Kämpen aus der Gründerzeit an der Startbahn West; coole Verlagsstrategen registrieren dagegen einen übersättigten Markt an Stadtmagazinen mit postmodernem Touch; während scharfsinnige Frankfurt-Kritiker ein weiteres Stagnationssymptom der selbsternannten Main-*Metropole* diagnostizieren.

Das Sponti-Organ

Von der politischen Karriere her startete der *Pflasterstrand* als fröhlich-anarchisierendes Sponti-Kampfbblatt, ging in eine rot-grüne Haus- und Hofpostille über, kokettierte her-



nach mit den christ-konservativen Reformern der *CDU-68er*, bis er letztlich im urbanistischen Frankfurter Broi untergehen sollte.

Erinnern wir uns: Ende der 70er Jahre war der *Pflasterstrand* mit dem spielerischen Gestus der damaligen Frankfurter Spontiszene im Medienkarussell aufgekreuzt. Dessen zumeist undogmatisch-neugieriger Blick aufs politisch versteckte Detail, sein Hang zur pfiffigen Majestätsbeleidigung, die Frechheiten unbekümmerter Tabubrüche, meist dargebracht in flapsig-flockiger Sprache, erschien vielen desillusionierten Linken wie der herzerfrischende Befreiungsschlag aus der politischen Ödnis jener Jahre nach dem *deutschen Herbst* und während der quälerischen Endzeit der sozialliberalen Schmidt-Regentschaft.

Der *Pflasterstrand* etablierte sich als alternativ-publizistische Speerspitze der neuen sozialen Bewegungen. Was wären der *Pflasterstrand* ohne die Grünen, die Grünen ohne den *Pflasterstrand*? Joschka Fischer, vormals zum Redaktionskollektiv gehörend, avancierte zum rot-grünen Protagonisten im Kabinett des einst an der Startbahn West so geschmähten Holger Börner.

Über das politische Naturtalent Joschka und die Power des *Pflasterstrand* schien eine ganze Szene plötzlich machtsüchtig zu werden. Am alternativen Stammtisch wurde

nicht mehr blauäugig-visionär schwadroniert, sondern in Kategorien des *Wer-mit-Wem* heruntaktiert. Da kam klammheimliche Freude auf – endlich mal dabei!

Reformkonservativ

Was wunder, daß nach dem Verlust der ersten rot-grünen Koalition in Hessen im April 1987 über Entzugserscheinungen geklagt und Machtnachschub verlangt wurde.

So beschwor der *Pflasterstrand* nach der verlorenen Wahl das Ende des wohlfahrtsstaatlichen SPD-Zeitalters, manche wähten den Anfang sozialdemokratischer Selbstaflösung in Sicht. Andere plädierten für künftige CDU-Nähe, um in einem schwarz-grünen Bündnis in alter infantiler Spontimanager fetzige »Generationskonflikte« austragen zu können. »Bündnisse des Unterschieds« wurden beschworen, »nicht Symbiose, Differenz«.

Seitdem konnten sich die pfiffigen Ideologieplaner in der Bonner CDU-Zentrale vor Streicheleinheiten aus der ehemaligen Frankfurter Alternativszene kaum retten.

Völlig verzückt kehrten etwa die Redaktionsamazonen von einem Interviewtermin bei Heiner Geißler zurück und bescheinigten selbigem das Höchstmaß an erotischem Charisma unter bundesdeutschen Politikern. Ebenso durfte Rita Süßmuth vor dem Dauerapplaus aus der Frankfurter Ecke sicher sein. Andere gingen noch weiter und versuchten sich – wie Vita Quell – mit postmodern-kulinarischen Lobreden auf Kohl: »Ist die Ära Kohl nicht vielmehr der endgültige Beweis für eine überfällige Normalisierung dieser Republik, ein Zeichen dafür, daß die teutonischen Tugenden aus der Mode gekommen sind, ein bißchen südländischer Flair, ein wenig italienisches Chaos in diesen sonst so straff gescheiterten Breiten?...«

Wer den Neuteutonen Kohl im ZDF vor der spießigen Kaufhof-Idylle des Wolfgangsees erlebte, kann über derlei wohlwollend-mediterrane Attribute nur schmunzeln.

Ab 1988 erschien der *Pflasterstrand* als Neo-Neo-Blatt mit modisch rechten Inhalten, befand sich aber schon auf provokatorischer Talfahrt.

Merke: Alt-Spontis werden nie Sozis; allenfalls kommen sie rechts wieder rein, um Carl Schmitt und Ernst Jünger neu einzukleiden; im republikanischen Höchstfall finden sie die anti-sozialdemokratischen Ausfälle Heiner Geißlers »affengeil«!

Selbstgerecht betete die Redaktion die graumelierte Litanei »Wir waren auch mal

jung, wir waren auch mal links« herunter. Dabei spielte man schon nach Auslöffeln der lokalen Frankfurter Vorspeise den Erfahrungsgesättigten, ohne daß man das politische Menue je zu Tisch bekommen hätte.

Als Kohl die CDU-Reformer auf dem Bremer Parteitag 1989 abservierte, mußte Verleger Cohn-Bendit den Irrtum der maßlosen Überschätzung von Geißler, Süßmuth & Co öffentlich eingestehen.

Urbanistisches Ende

Wieder stand ein Imagewandel ins Haus, ganz auf der Linie der neuen Stilisierung der Stadt. Denn seit OB Wallmann den Parvenue am Main zur *Metropole* verklärt hatte, brach dort die urbanistisch drapierte Frankfurttümelei aus. Eine kulturaffirmative Hofschranzenzene produziert beispielsweise in regelmäßigen Abständen ein besonders ästhetisches Frankfurt-Buch nach dem anderen, in denen pausenlos von »Streitkultur« und »Authentizität« die Rede ist. Der *Plasterstrand* beteiligte sich an diesem letztlich doch nur lokalpatriotischen Ritual und büßte seit Januar 1990 als *Frankfurter Journal* jede Kenntlichkeit ein. Den letzten provokativen Knaller landete das Magazin vermutlich mit einem Editorial, in dem der Chefredakteur geschmäckerlich – und hinterher böse kommentiert – die *Weißweinfraction* als eigentliche »Zielgruppe« des Blattes ausmachte.

Merke: Vor Jahren bestand noch die Hoffnung, die Alternativen würden ihr »ästhetizistisches Lebensgefühl durch Kunst adeln«. Doch außer »Nachbarschaftshilfen« hatten die *Sinnlichen* kaum etwas zu bieten. Und hinter der vielbeschworenen *Alltagsästhetik* verbargen sich nie mehr als Sektlaunen, Beziehungsknatsch, Politzoff und Kunstkitsch.

Der *Pflasterstrand* ist tot. Die Trauergemeinde hat nur sektiererisches Ausmaß. Denn jene Freaks, die ihn einst als Leib- und Magenblatt hätschelten wie der Kleinbürger seine BILD-Zeitung, haben sich längst von ihm verabschiedet.

SILVIO LEHMANN

»Trauer bringt kein Kapital«

Die Wiener »AZ« im Überlebenskampf

Der Sommer war heiß, der österreichische Wahlkampf lau, da platzte am 22. August die Bombe: mit erstem September muß die *AZ* eingestellt werden. Nach hundert Jahren *ARBEITERZEITUNG* als Organ der SPÖ, nach einem Jahr Gehversuch als unabhängiges, linksliberales Boulevard-Blatt. Aus. Ende.

Das Problem: trotz Zuwachs an Lesern und anerkannten Niveau zu wenig Inserate und laufende Verluste. Dazu kamen schlechte Aussichten für 1991. Dichand und Falk, die gespaltenen Partner des Millionenerfolgs *KRONEN-ZEITUNG*, kommen mit je einer Billigzeitung auf den Markt. Absehbare Konsequenz: ein leergesaugter Inseratenmarkt. Die Todesanzeige der *AZ* war nur ein weiteres Symptom für die beispiellose Pressekonzentration in Österreich.

Große Spendenaktionen

Doch dann kam die eigentliche Sensation dieses politischen Spätsommers: die Wüste lebt. Die Redaktion schaltete blitzschnell und nahm unter Duldung des privaten Eigentümers das Heft in die Hand. Höchstens fünf Prozent Chancen gab man sich, so Chefredakteur Peter Pelinka. Ein Appell erging an Leser und Freunde, »zeichnet Anteilscheine, Förderabonnements«. Schon am ersten Tag kamen 1,8 Millionen Schilling zusammen. Am zweiten waren es in der Früh 2,2 Millionen, bis dreizehn Uhr 5,5 Millionen. Nach drei Tagen waren 12 Millionen erreicht. Ausgleichsrentner und Studenten, Arbeiter und Geschäftsleute beteiligten sich an der Aktion. Ganz Österreich war überrascht. Auffallend war das Engagement von Prominenten, Künstlern, Intellektuellen, Politiker aller Parteien (mit der sprechenden Ausnahme der national-populistischen Haider-FPÖ) und Zeitungen aller Art (mit Ausnahme der *KRONEN*) spendeten moralische Unterstützung. Manche Stellungnahmen folgten zwar der Regel »nur ein toter Indianer...«, doch war die weite Betroffenheit unübersehbar.

Zugleich hatten auf Initiative des »dynamischen Duos« der Redaktion, Pelinka/Hoffmann-Ostenhof, Finanzgespräche stattgefunden, Moderation André Heller. Unterstützung

Erst im April dieses Jahres wurde die Situation zugunsten der Politik geklärt. Peter Pelinka, Chef der Innenpolitik, Autor und Herausgeber mehrerer Bücher zu Geschichte und Politik der Sozialdemokratie, wurde Chefredakteur, Georg Hofmann-Ostenhof, profilierter Kommentator und Außenpolitiker, wurde einer der Stellvertreter. Eine wieder verkleinerte, sehr junge Redaktion – Durchschnittsalter 27 Jahre – konnte weitermachen. In dem halben Jahr hat sich das Blatt bemerkenswert konsolidiert und verbessert. Der Klarheit halber muß man sagen: um zu überleben, muß die AZ noch besser werden. Die seit längerem deklarierte Ambition zielte auf so etwas wie die französische LIBÉRATION, also linkes Boulevard, flexibel in der Gestaltung, mit der Betonung von Hintergrund und Kommentar in knapper Form, für ein breiteres Publikum, um der rasanten Konkurrenz der audio-visuellen Medien begegnen zu können. Freilich, so bringt es Franz Schuh, der Wiener Kulturkritiker und Philosoph, recht krude auf den Punkt: »Unter den marktgängigen Utopien gibt es die vom ›linken Boulevard‹. Aber der linke Boulevard ist für die Linke zu sehr Boulevard und für die, die das Geld haben, zu sehr links, als daß sie ihre Reklametafeln dort aufstellten. Ohne Inserate aber keine freie Meinung...«.

Monopolistische Mediensituation

Die Machtballung in den Medien Österreichs wird höchstens in Albanien oder in Zentralafrika überboten. So gibt es in der Schweiz über 70 Zeitungstitel, im etwas größeren Österreich gerade noch 17. Die Westdeutsche WAZ-Gruppe ist seit zwei Jahren sowohl an der KRONENZEITUNG mit 2,6 Millionen Lesern wie am KURIER mit über 600 000 Lesern beteiligt. An der Kurier-Gruppe hängen noch Wochen- und Monatszeitschriften wie PROFIL und WOCHENPRESSE, TREND und BASTA. Dadurch entstand ein »Mediaprint«-Konglomerat mit gut 80 Prozent überregionaler Reichweite. Daraus resultiert eine quasi monopolistische Marktmacht in Vertrieb, Druck und Inseratenaufkommen, demnächst wohl auch im privatisierten audio-visuellen Bereich. Zumindest vorläufig, denn ein »Titanenkampf« steht vor der Tür: Falk, geschiedener Ex-Partner von KRONENZEITUNGS-Dichand kommt 1991 mit einer Billigzeitung, die über 1,5 Milliarden Budget verfügt, auf den Markt. Dichand, mit je einer halben Milliarde aus Mitteln der KRONE und der WAZ, will ihm mit einer eigenen Dreischilling-Zeitung zuvorkommen. Was immer dieses Preis- und Niveaudumping für Konse-

quenzen im weiteren Niedergang der verbleibenden Zeitungskultur haben mag, eines ist sicher: Der Inseratenmarkt wird leergefegt, die Existenz der restlichen Zeitungen bedroht. Während jeder Würstelstand eine bürokratische Genehmigungsorgie auslöst, ist der Zeitungsmarkt in Österreich so gut wie dereguliert. Kein Kartellgesetz, keine Inseratensteuer, kein schwedisches Modell einer umgekehrt-proportionalen Pressesubvention, also Unterstützung der Schwachen – ein eklatantes Versagen, das besonders der Medienpolitik der SPÖ angelastet werden muß.

Die AZ als Zeitung im Besitz der Leser, Aufklärung für ein breiteres Publikum, in einer ganz normalen Zeitung mit Sport und Feuilleton, mit 230 000 Lesern, an die 60 000 Abonnenten, 30 000 zusätzlich verkauften Exemplaren, das sollte eigentlich solide Gewinne abwerfen. Doch die österreichische Wirklichkeit ist hart. Drei »Elitezeitungen« verstopfen den Markt nach oben, DIE PRESSE, der STANDARD und die SALZBURGER NACHRICHTEN. Der KURIER ist unmittelbarer Konkurrent, mit sinkender Leserreichweite, aber solidem Inseratenaufkommen.

Die KRONE und die kommenden Billigzeitungen riegeln den Markt nach unten und in die Breite ab. Die PRESSE ist im Besitz der Bundeswirtschaftskammer also angewandtes Klasseninteresse, ein Gegenstück, etwa im Besitz der Arbeiterkammer ist in Österreich nicht denkbar, schon aufgrund der jüngsten Privilegienskandale in diesem Bereich. Der STANDARD, vor zwei Jahren gegründet, muß vom Hause Springer als Sponsor unterstützt werden: Über 850 Millionen soll das bisher gekostet haben, die ohnehin äußerst temperierte Blattlinie wurde noch nicht sichtbar beeinflusst.

Es ist bekannt, daß Wahlkampf herrscht. Also nicht gerade der Zeitpunkt, sich mit Dichand, dem mächtigsten Medien-Tycoon, auseinanderzusetzen. Es war auch nicht der günstigste Zeitpunkt für den Überlebenskampf der AZ, obwohl die Reaktion, der Wille zum Widerstand überwältigend waren. Das hing wohl mit der Trauer um den Tod Bruno Kreiskys zusammen und mit dem Bewußtsein, daß das eine Jahrhundert der Sozialdemokratie zunächst unwiderruflich abgeschlossen ist. Widerstand ist angesagt, auch über das mögliche Ende der AZ hinaus. Die Neuordnung der Medien ist auf der politischen Tagesordnung Franz Vranitzky als Kanzler, Spitzenkandidat und SPÖ-Vorsitzender erklärte zur AZ: »Trauer bringt kein Kapital«. Und wenn es doch so wäre?

Thema: Kulturschock Einheit?

THOMAS SCHMID

Die Invasion vom andern deutschen Stern

Die Bundesrepublik wird besetzt

Nicht-Deutsche, die auf den ersten Blick als solche zu erkennen sind, haben zur Zeit auf dem Territorium der soeben untergangenen DDR nichts zu lachen. Aus Berlin und anderen Städten hört man, daß sie es kaum mehr wagen, ohne Schutz das Haus zu verlassen. Und auf Vorhaltungen, daß rassistisch klinge, was er sage, erwiderte ein Befragter in aller Unschuld, Rassismus sei doch jetzt erlaubt. Die Beispiele (die, wohlgemerkt, *eine*, nicht die ganze DDR-Wirklichkeit umreißen) ließen sich lange fortsetzen, und sie zeigen, welch trübe Blüten das Verständnis von Freiheit in einem Land treibt, das bis eben noch keine Öffentlichkeit kannte und den Bürger als verantwortlichen Akteur nicht wollte.

Die *deutsche* DDR-Gesellschaft

Allein unter diesem Blickwinkel gestellt, ist die Frage nach der Zukunft dessen, wofür es noch immer keine bessere Vokabel als »*multikulturelle Gesellschaft*« gibt, schnell beantwortet: Es sieht alles andere als gut aus. Die Bundesrepublik wird um ein Territorium erweitert, das ältere deutsche Spezifika einbringen und allein schon durch seine Anwesenheit und Dazugehörigkeit die Akzente verschieben wird. Die DDR liefert dabei *ex negativo* ein gutes Beispiel dafür, daß Öffentlichkeit *das* Königsmedium jeder einigermaßen gefestigten republikanischen Gesellschaft ist und daß ohne sie zivile Fortschritte unmöglich sind. Wenige Worte waren in der DDR so sakrosankt wie »*Völkerfreundschaft*« und »*Antifaschismus*«, und es hat in der Bundesrepublik nicht wenige gegeben, die das auf

der Haben-Seite dieses vermurksten Staates abgebucht und ihm darum einen Bonus eingeräumt haben. Heute zeigt sich nun, daß all die dröhnende Propaganda *nichts* bewirkt hat, ja mehr noch: daß sie die Ideen von Völkerfreundschaft und Antifaschismus nachhaltig beschädigt und diskreditiert hat.

Nicht, daß die Propaganda überhaupt keine Wirkung gezeigt hätte: Es wird sich in den nächsten Monaten und Jahren erweisen, daß sehr wohl etwas vom Geist des Sozialismus hängengeblieben ist – und das betrifft vor allem seine etatistische, seine Versorgungsseite, also die zur Passivität verleitende Fürsorglichkeit des kleinen deutschen Sonnenstaates. Hier hat, vermute ich, die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in der DDR die Ideologie des Staates nicht ungern angenommen und sich wohligh daran gewöhnt, ir gewisser Weise für den Grundriß des eigenen Lebens nicht verantwortlich zu sein. Nun will man beides: Markt *und* Versorgung, Entstaatlichung *und* Garantismus. (Und auch das wird die Akzente im gesamten größeren Deutschland nach hinten verschieben: Der klassische Gewerkschaftsgeist – der immer *auch* dazu neigte, eine krude Pressure-Group-Politik heilsgeschichtlich zu verbrämen – war in der Bundesrepublik angeschlagen und auf dem Rückzug gewesen, und auch in den Gewerkschaften begann sich die Erkenntnis durchzusetzen, daß die um den zentralen Wert der Arbeit herum gruppierte Sozialpolitik, die immer noch von den Ideen des neunzehnten Jahrhunderts inspiriert war, keine gute Zukunft mehr hat. Auch hier wird jetzt unter dem Druck der ehemaligen DDR ein Prozeß der



DDRler

Foto: Jörg Knötel/Luchterhand Literaturverlag

Retraditionalisierung einsetzen – aus den Gewerkschaftszentralen verlaudet ja schon, wie wenig glücklich man über den neuen Mitgliederzuwachs ist.

Der Laden nannte sich Republik – aber alles Tätige, ohne das Republik nicht möglich ist, fehlte ihm, war unerwünscht und verboten. Ein ganzes Volk war per Dekret auf die Siegerseite des Zweiten Weltkriegs und der Geschichte gestellt worden und nahm dieses staatliche Angebot zur Exkulpation in großen Teilen sicher nicht ungern an. Damit war der Diskurs über Vergangenheit und gesellschaftliche Wege aber nicht eröffnet, sondern eingefroren. Die DDR war bis zuletzt eine altmodische, altertümliche und auf eingesessene Weise *deutsche* Gesellschaft, sie war näher an die deutsche Vergangenheit gebaut und anders als der Bundesrepublik war ihr der diskursive Weg über die deutsche Vergangenheit hinaus nicht möglich. Das rächt sich jetzt bitter: Geister, die längst für gebannt gehalten wurden, erheben sich wieder, und was da zu vernehmen ist, erinnert in manchem nicht nur an die späten vierzi-

ger, sondern sogar an die späten dreißiger Jahre. Die diskurslose Zeit währt auf dem Territorium der DDR im Grunde seit 1933, also fast sechzig Jahre, also drei Generationen lang. Die Mentalitäten von damals waren nur in den Untergrund gedrückt worden, sie haben im Giftschränk überlebt, und nun melden sie sich als häßliche Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen zur Stelle.

Die Provinzler

Die DDR ist, nicht zu Unrecht, als Nischengesellschaft beschrieben worden: Die Gesellschaft war eine Wüste, und nur in den Nischen blühte, abgeschirmt vom Ganzen, das Leben. Nischen haben mit Selbsttätigkeit und Subsistenz zu tun, und insofern transportieren sie traditionale Qualitäten, die den modernen und monetarisierten westlichen Industriegesellschaften zunehmend und zu deren Schaden abgehen. Die DDR beweist aber auch, daß die Nische allein Gesellschaftlichkeit noch nicht gewährleistet – im Gegenteil: Wo der Brückenbau zwischen

den Nischen verboten und den Bewohnern der Nischen der Weg ins Freie untersagt ist, kann Gesellschaftlichkeit nicht entstehen. Man muß sich erinnern – mit der Selbsterstörung des Deutschen Reichs war 1945 Gesellschaftlichkeit dahin, und das Fehlen eines öffentlichen Raums war nur ein Indiz dafür. Während es in der Bundesrepublik, dank des Geschenks der Demokratie, möglich war, diesen Raum ganz allmählich zu rekonstruieren, geschah nichts dergleichen auf dem Gebiet der DDR. In gewisser Weise hat der DDR immer Gesellschaftlichkeit gefehlt, es wurde kein ziviler Weg zurückgelegt, es gab nur gesellschaftliche Rohmasse.

Vielleicht gab es unter den Akteuren des Regimes einige, die dem Land seinen geistigen und kulturellen Protektionismus mit den besten Absichten verordnet haben: Sie wollten dieses Volk gewissermaßen vor sich selbst, vor seiner Vergangenheit und den Fährnissen einer modernen Gesellschaft in Zugluft schützen. Spätestens jetzt ist aber sichtbar geworden, welcher Schaden damit angerichtet wurde. Die Bewohner dieser Insel der Glückseligen erweisen sich als schlecht gerüstet für fast alles, was Industriegesellschaft, Republik, Europa und die Welt erfordern. Die sind wirklich Provinzler. Das Fremde fällt ihnen auf, weil es fremd ist, und sie rücken ab. In der Gesellschaft, die vielen von ihnen vorzuschweben scheint, spielen Arbeit und Konsum eine Rolle, die sie bei uns allmählich einzubüßen begannen. Mit dem Westen gehen sie in hohem Maße selektiv um: Es interessiert sie vor allem seine »harte« Seite, das Reich des Materiellen und die Fortschritte, die in ihm gemacht wurden; ohne Umschweife steuern sie dies alles an und schieben oft alles andere – das Zivile, Bürgerliche, Gesellige und Diskursive – unwillig beiseite.

Man ist im deutschen Westen meist geneigt, dafür Verständnis aufzubringen und spricht von Nachholbedarf und davon, daß es den Reichen schlecht anstehe, die Gier der Armen zu kritisieren. Das Argument enthält ein so offensichtliches Stück Wahrheit, daß eher schon die Be-

reitwilligkeit verwundern muß, mit der es immer und immer wieder erneut vorgebracht wird – meine Vermutung: Die DDRler wecken in uns die Erinnerung an die Zeiten, in denen es materialistischer zugeht und die Macht der Kultur, der bewußten Lebensformen und des Diskurses geringer war, und es zeigt sich, daß wir irgendwie noch immer anfällig sind. Unser Schuldbewußtsein gegenüber den Bürgern und Bürgerinnen der DDR enthält auch Momente unseres alten und vor allem wohl nur dank glücklicher Fügungen verlorengegangenen Hanges, an den Vorrang der zivilen Gesellschaft vor dem Materiellen und Notwendigen letztlich doch nicht zu glauben. Demokratie, Öffentlichkeit, zivile Gesellschaft sind Luxus, freilich ein notwendiger Luxus; in der Rede vom »legitimen Nachholbedürfnis« der Brüder und Schwestern schwingt auch unsere Anfälligkeit für den Glauben mit, dieser Luxus sei vielleicht doch nicht notwendig, vielleicht sei die Rückkehr zu den alten Lottersitten doch statthaft. Auch deswegen muß man sich – in Mißachtung der hehren Feierlichkeit, die immer dann aufkommt, wo die Brüder und Schwestern in der Nähe sind – das Recht herausnehmen, die Kerls auch zu kritisieren. Es ist nicht alles legitim, bloß weil es aus dem Territorium der ehemaligen DDR kommt.

Die Besetzung der Bundesrepublik

Man hat – nicht immer mit guten Argumenten – das neuere deutsch-deutsche Geschehen als Vereinnahmung der DDR durch die Bundesrepublik, als Einbruch des Westens in den Osten beschrieben. Das ist, denke ich, viel zu einfach. Denn längst geschieht ja auch das Gegenteil, der Einbruch des Ostens in den Westen, die Besetzung der Bundesrepublik durch die DDR. In West-Berlin, wo man davon besonders betroffen ist, wird das gerne verklärt: Staus, zusammengebrochener Verkehr, Massenversammlungen vor und in den Aldi-Filialen, Schiebereien, Straßenhandel et cetera – da kündige sich ein neuer großstädtischer Lebenstakt an, endlich werde Berlin Drehscheibe zwi-

„Der Fortschritt
ist nur eine Verwirklichung
von Utopien.“

Oscar Wilde



DAIMLERBENZ



Autobahn-Notruf

Foto: JOKER/R. Steußloff

schen Ost und West und damit das, was es immer schon sein wollte, Metropole, dazu gehöre nun einmal das Chaos und das harte, unvermittelte Nebeneinander von *Jeist* und *Jeld*, von Armut und Reichtum, von Handel und Kultur.

Ich denke, Berlin überschätzt sich dabei ein wenig und übersieht, daß es vermutlich nicht zur Metropole, sondern zu einer Provinz der DDR werden und dabei noch miefiger, als es ohnehin schon ist, werden wird.

Aber auch die Bundesrepublik ist einer Okkupationsbewegung aus der DDR ausgesetzt. Ich denke etwa an die motorisierten und zumeist im Familienverband auftretenden Kaufkommandos und Spähtrupps, die bis in die letzten Winkel der Republik vordringen. Der Trabi ist zwar klein, sein realsozialistisches Design gibt ihm aber dennoch etwas Martialisches und zwingt die Insassen zu einer Haltung, die an die einer Panzerbesatzung erinnert. Und das, so scheint mir, färbt auf das Verhalten ab: Irgendwie bewegen sich die Dinger wie in Feindesland, sie schlagen sich durch, es hat etwas Illegales und Geducktes, so als wolle man unter

dem Radar des Feindes durchkommen. Ihre planlos wirkende Fortbewegungsart hat dennoch etwas höchst Zielgerichtetes, und es wird höchst selektiv wahrgenommen. Es ist förmlich zu sehen, daß da nur *eine* der Möglichkeiten, die die Bundesrepublik bietet, genutzt wird: Der direkte Zugriff auf die Waren, alles andere – von der Demokratie bis zu den Schönheiten der Landschaft – scheint nur Verpackung zu sein, die man aufreißt und achtlos wegwirft, um den nächsten familialen Stützpunkt im Wunder- und Feindesland anzusteuern. Erst kommt das Fressen, dann die Moral: auf hunderttausend Rädern rollt der Spruch, von dessen Urheber die Reisenden sicher nichts wissen wollen, durch die Bundesrepublik.

Wenn ich mich nicht täusche, ist dabei auch – zwar verstehbar, aber dennoch schwer erträglich – ein spezifischer Ingrim, eine zur Bosheit neigende Rabulistik am Werk. Die da Jahrzehnte von der Welt abgeschnitten waren und daran gewöhnt wurden, den Westen unter dem Blickwinkel seiner Konsummöglichkeiten zu betrachten:

Sie zahlen es uns jetzt heim, sie rücken uns, ganz bucklige Verwandtschaft, auf die Haut, sie stellen uns auf die Probe, sie klopfen, nicht ohne voraus-eilende Schadenfreude, auf die zivile Fassade. Mit der geschärften Aufmerksamkeit der *Underdogs* ahnen sie, daß unser leidlich demokratischer Geist etwas von unverhoffter Zugabe hat, daß er auch als Beiprodukt einer prosperierenden ökonomischen Entwicklung mißverstanden oder vereindeutigt werden kann. In den besseren Tischsitten der reichen Verwandten sehen sie den gestelzten Firlefanz derer, die sich's leisten können, und sie lassen es auf den Versuch ankommen, sie wollen sehen, ob die feinen Leute nicht vielleicht doch in ihrem Gebabe erschütterbar sind, ob all dies Zivile nicht vielleicht doch Fassade ist und sie immer schon und immer noch recht hatten und haben mit ihrer Überzeugung, daß das Leben letztlich um das herum organisiert ist, was mit der Notdurft zu tun hat.

Demokratische Selbstvergewisserung

Man kann das auch so sehen: Unserer politischen Kultur – die ja mit dem schönen Geschenk der Demokratie zu tun hat – fehlte der bewußte Konstitutionsakt, und auch später wurde er ausdrücklich nicht nachgeholt. Zwar wurde im Laufe der bundesrepublikanischen Geschichte Demokratie, die zu Anfang als Zustand und Staatsangelegenheit mißverstanden worden war, zunehmend in Anspruch genommen – wir sind aber in dieses neue Selbstverständnis gewissermaßen auf den sanften Wogen des Wohlstands hinübergeglitten, und nie haben wir uns bewußt vom vordemokratischen Erbe getrennt, sondern haben es eher ausklingen lassen. Übersehen haben wir dabei, daß dieses Erbe, durch den Eisernen Vorhang auf Distanz gehalten, weiterlebte. Nun sitzen uns aber, wo die Mauer gefallen ist, in Gestalt der Brüder und Schwestern die frühen Jahre unserer Republik wieder am Tisch gegenüber. Nicht ohne Schaudern, in jedem Fall aber unangenehm überrascht und ein wenig auch ertappt, erkennen wir selbst uns wieder. Nicht restlos darin sicher, ob uns von unserem Gegenüber der demokratische Weg trennt, den wir inzwischen beschritten haben, oder eben nur ein gütiges Schicksal, verfallen viele von uns in einen jovialen Kumpelton und geben den Brüdern und Schwestern auch dort recht, wo sie Unsinn und verächtlich über den demokratischen Bestand der Bundesrepublik reden. Wo Distanz nötig wäre, fraternisieren sie, wo die Differenzen zu benennen und zu erörtern wären, heben sie das Gemeinsame hervor. Die Invasion der Bundesrepublik durch die Wesen vom andern deutschen Stern könnte, so steht zu befürchten, eine unguete Saite dieses Gemeinwesens zum Schwingen bringen und jene Kräfte beflügeln, denen an einem Rückbau des zivilen Bestands gelegen ist. Um zu verhindern, daß diese Invasion solch ein Ergebnis zeitigt, braucht es in der Bundesrepublik daher einen intensiven Prozeß demokratischer *Selbstvergewisserung*.

Ohne ihn kann es nicht gut stehen um die Chancen von Multikulturalität. Denn

zwar ist die gewachsene kulturelle Vielfalt der Gesellschaft nicht zuletzt einem Migrationsprozeß zu verdanken, der aus harten ökonomischen Gründen in Gang gesetzt wurde und mit Demokratie erst einmal überhaupt nichts zu tun hat; aber multikulturell kann eine Gesellschaft nur dann werden, wenn sie – über die unausweichlichen Härten und Kontraste, über das Differenz machende Feuerwerk einer Gesellschaft der Mischungen hinaus – ernsthaft bemüht ist, die Räume des Diskurses zu vergrößern. Das ist immer ein prekäres und bedrohtes Unterfangen. Die Ökonomie kann sich (muß sich aber nicht!) am Geländer ihrer Gesetzmäßigkeiten bewegen – eine Gesellschaft muß sich immer freihändig bewegen. Vorkehrungen und Regeln können helfen, können *Bürgerlichkeit* aber nicht ersetzen.

Die zivile Gesellschaft, evolutionär unwahrscheinlich, kann man nur »*schwach*« begründen, und immer steht sie auf schwachen Beinen, sie ist immer freiwillig und ist stets aufgefordert, das Moment der bewußten Konstitution hervorzuheben und – wenn man will – den Gesellschaftsvertrag zu erneuern. Unter dem Druck des DDR-Erbes läuft die Gesellschaft der Bundesrepublik Gefahr, wieder zur Geißel des Notwendigen, des Staatlichen, der Ökonomie zu werden und sich autoritär rückzuentwickeln. Jetzt wird sich erstmals praktisch zeigen müssen, wie stark die gesellschaftserzeugenden Potentiale wirklich sind. Eine multikulturelle Gesellschaft ist immer eine harte, konkurrentielle Gesellschaft – immer freilich auch eine, in der Solidarität eine expandierende Größe ist. Für Solidarität gibt es – sind erst einmal die Anfangsgründe des Garantismus verlassbar – keine »*harten*«, sondern nur »*weiche*« Gründe, nichts Materielles spricht für sie, sondern nur der schwache Umstand, daß es besser so ist. Diese Idee der Solidarität werden wir gegen die kommenden Zumutungen zu verteidigen haben: auch gegen die Besatzungen der Trabis, gegen deren national nur eingekleideten Materialismus, gegen den Geist der späten deutschen vierziger Jahre, der uns da entgegenrollt.

Indes, während Multikulturalität einerseits bedroht ist, wird sie andererseits paradoxerweise zunehmen, und zwar eben durch das pure Hinzukommen der Brüder und Schwestern. Sie bringen ja gerade nicht ein Mehr vom Gleichen, sondern sie erhöhen den Grad der Vielfalt, sie vervielfachen die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen. Die Koexistenz der Zeiten – selbst in den ausgebufftesten Industriegesellschaften nicht ausrottbar – wird weiter zunehmen, und im Moment der Gründung des Reichs wird seine Provinzialvielfalt zunehmen: Erst einmal nicht im Sinne föderativen Reichtums, sondern eher als ein Nebeneinander.

Die gegenwärtige Fremdheit

Damit wird ein altes Problem, das mehr als vierzig Jahre lang stillgestellt war, erneut aktuell werden: die gegenseitige Fremdheit der Deutschen. Zwar gab es im neunzehnten Jahrhundert eine Bewegung für die deutsche Einheit, ins Deutsche Reich sind die Deutschen aber unter preußischer Ägide zusammengezwungen worden. Wohl gab es die Idee des unitarischen Nationalstaats, im Reich aber triumphierte etwas ganz anderes: der (preußische) Partikularismus. Mit der Reichsgründung war es für lange Zeit um die Idee eines vielgliedrigen Bundes Deutscher Länder geschehen, der Föderalismus erlitt eine schwere Niederlage, und statt mehrerer gleichberechtigter Zentren gab es fortan nur eines – die ehemalige Garnisonsstadt Berlin. Mit ihr verschob sich das Zentrum nach Osten und in eines jener deutschen Länder, die die geringsten Erfahrungen mit Demokratie und westlicher Tradition hatten.

In diesem Deutschen Reich sind dessen Teile einander nicht vertrauter geworden, und was damals an Austausch und Auseinandersetzung nicht zustande kam, wurde später unmöglich: Die deutsche Teilung nach 1945 war so gesehen kein Einschnitt, sondern setzte die alte deutsche Fremdheit zwischen West und Ost nur fort, mehr noch: Sie verhärtete und verschärfte sie erneut. Die gesamtdeutschen Brüder und Schwestern, die

jetzt zusammenkommen, sind daher einander fremd, und in dieser Fremdheit sind ältere deutsche Probleme enthalten. Es wäre töricht, diese im Namen der neuerstandenen Nation zu leugnen. Daß sie einmal geleugnet und zentralistisch überdeckt wurden, hatte mit dazu beigetragen, daß der deutsche Nationalweg ein derart barbarischer wurde. In dieser Fremdheit verbirgt sich indes auch eine gewissermaßen innerdeutsche multikulturelle Vielfalt, die sich erst im Reich und dann durch die deutsche Teilung nie entwickeln und erproben konnte, die aber bessere deutsche Traditionen – eben die des Föderalismus – auf ihrer Seite hat. Gerade jetzt wäre es nötig und einen Versuch wert, auch diese Seite von Multikulturalität auszuspielen. Denn *erstens* würde es verhindern helfen, daß regionale Besonderheit weiterhin im Gewande des Unzivilisierten und des häßlich Provinziellen auftreten muß und sich daher mit Ressentiment auflädt. Und *zweitens* wäre es ein geeigneter Beitrag zur erneuten, diesmal bewußten, föderativen Zerlegung jenes anachronistischen Nationalstaats, der da soeben wider alle weltbürgerliche, europäische, städtische, provinzielle und kommunale Vernunft zusammengezimmert worden ist.

Das setzt beides voraus: Die Bereitschaft zum Gespräch mit der DDR-Verwandtschaft und die Entschlossenheit, ihr dort in die Parade zu fahren, wo sie (oder andere) ihre – sagen wir: – Unerfahrenheit dazu nutzen, um das neue Deutschland am Deutschen ersticken zu lassen. Als ich Ende August durch den Oderbruch fuhr, waren hie und da am Straßenrand der schönen Dörfer neugegründete Läden und Reparaturwerkstätten zu sehen, die von ihren stolzen, aber stilistisch unerfahrenen Besitzern pompös mit viel Flitter, Leuchtbuchstaben und Glühbirnen in Szene gesetzt worden waren: ein bißchen Las Vegas im Oderbruch. Da war gewissermaßen die Konsumgesellschaft *in statu nascendi* zu beobachten, und ich teile die grämliche Kritik derer nicht umstandslos, die da Verrat am gemächlichen Geist der DDR wittern (und insgeheim ihren Antiamerikanismus

**Wer auf Erden in besten Händen ist,
sollte am Himmel nicht weniger haben.**



Gerade wenn Sie nicht nur an sich selbst denken, werden Sie uns zustimmen: Beim Fliegen ist eigentlich nur das Beste gut genug. Ob Geschäftsreise, Familienurlaub oder beim kurzen Besuch zwischendurch – es geht nichts über das gute Gefühl, Lufthansa gebucht zu haben. Es ist das Gefühl der Geborgenheit, das durch unsere Sorgfalt entsteht. Durch technische Perfektion und umfassenden Qualitätsanspruch, bei dem wir uns von keinem über-

treffen lassen wollen. Gutes Reisen ist bei uns aber immer noch mehr als bestes Fliegen. Dazu gehört bei Lufthansa ein umfassendes Servicesystem, das schon lange vor dem Start Ihres Fluges beginnt. Die Mitarbeiter der Lufthansa Stadtbüros stehen Ihnen mit Rat und Tat zur Seite. Hotel-Check-ins, Messe-Check-ins oder sogar Bahnhof-Check-ins sorgen für mehr Komfort. Unsere Serviceassistenten sind für Sie an den großen deutschen Flug-

häfen da. Das Buchen und Reservieren von Hotels und Mietwagen ist selbstverständlich. Und nicht zuletzt: Wenn Sie nach den Lufthansa Sonderтарифen fragen, werden Sie überrascht sein, wie preiswert Fliegen auf Lufthansa Niveau sein kann. Machen Sie also sich und denen, die Ihnen am Herzen liegen, bald wieder die Freude, auf Reisen Lufthansa Qualität zu genießen. Willkommen an Bord.

Lufthansa in Btx ★5 0000 #



bestätigt sehen). Wenn ich mich nicht täusche, könnten im Oderbruch und sonstwo durchaus die Kräfte schlummern, denen eine Mischung aus Alt- und Neudeutsch, vielleicht aus Provinz und Welt gelingt.

Freilich, der schöne Oderbruch – Grenzlandschaft zu Polen – ist zugleich eine erschreckend entstellte gesellschaftliche Landschaft: Keine Spur von Völkerfreundschaft gen Osten, statt dessen ungebrochen die alten Vorurteile, die alte Überheblichkeit und Engherzigkeit und der sture Wunsch, die Welt am eigenen, am deutschen Tellerand enden zu lassen. Viele Reden über *die* Polen klingen wie O-Ton Sender Gleiwitz, und man spürt im Gespräch förmlich, daß hier das Fremde kaltherzig verachtet wird. Ein Paradox: Dieser aller Multikulturalität oft aggressiv und chauvinistisch gegenüber tretende Geist ist *eine* der Ingredienzien, die die deutsche Vielfalt vergrößern. Dieses Wiederaufleben der deutschen vierziger und dreißiger Jahre wird überall zu bekämpfen sein. Und nicht gerade zuletzt auf dem Territorium der ehemaligen DDR deren Bewohner in beträchtlicher Zahl und einer alten Tradition folgend das staatlich verordnete Programm der Völkerfreundschaft mit dem privaten Programm der Gleichgültigkeit und des Resentiments gegenüber den Völkern beantwortet haben.

BARBARA JOHN

Wer ist ein Deutscher?

Von der Abstammungsideologie zum Territorialrecht

Kennen Sie den schon? Was ist der Unterschied zwischen einem Berliner Türken und einem deutschen Aussiedler? – Mit dem Türken kann man deutsch sprechen.«

Die dürftigen Sprachkenntnisse schaden dem Aussiedler aber nicht, wenn es um die Anerkennung seiner deutschen Staatsbürgerschaft geht. Kurz nach der Übersiedlung in die Bundesrepublik wird ihm der neue Personalausweis ausgehändigt. Schließlich ist er Grundgesetzdeutscher nach Artikel 116. Das genügt. Wer im Grundgesetz als Deutscher definiert ist, der muß nicht nachweisen, daß er freiheitlich-demokratisch denkt, deutsch redet, deutsch fühlt. Was hätte es auch für einen Sinn, seine Einstellung und seine Fähigkeit zu überprüfen?

Es könnte sich nämlich herausstellen, daß viele Voraussetzungen, die Jugoslawen oder Türken, die sich einbürgern lassen wollen, mit Dokumenten und Prüfungen nachweisen müssen, von einem Aussiedler nur annähernd erfüllt werden.

Und was dann? Dann wäre nur offenbar, was längst jeder weiß: Viele Aussiedler, die ganz selbstverständlich als Deutsche anerkannt werden, könnten die für eine Ermessenseinbürgerung notwendigen Anforderungen gar nicht erfüllen.

Diese Schlaumeierei darf trotzdem kein Argument gegen die Deutsch-Anerkennung nach dem Grundgesetz sein. Selbst dann nicht, wenn die Aussiedler nicht einmal deutschstämmig, sondern ausländische Ehepartner von Deutschstämmigen aus Vertreibungsgebieten sind, zu denen außer der Sowjetunion, Polen und anderen osteuropäischen Ländern übrigens nach der Rechtsprechung der Bundesverwaltungsgerichte auch China gehört.

Deutschbewußtseins – TÜV?

Natürlich bleibt es eine offene Frage, ob es wünschenswert ist, das Bundesvertriebenengesetz und die Übergangsvorschrift des Artikels 116 GG beizubehalten. Dennoch ist das vorläufig ohne Bedeutung, weil die Entscheidung, wer ein Deutscher ist, vom politischen Willen abhängt. Die Frage muß deshalb lauten: Wer soll ein Deutscher werden? Wird die Frage so gestellt, kann man durchaus Verständnis für die *Grundgesetzdeutschen* aufbringen. Moralisch-politisch spricht für ihre Anerkennung, daß sie oft über Generationen hinweg – im Widerstand gegen eine ablehnende Mehrheit – Brauchtum, Religion und Sprache der deutschen Gründungs-väter und -mütter ihrer Siedlungsgebiete bewahrt haben. Oft wurden Opfer für diesen Selbstbehauptungswillen gebracht. Benachteiligungen (z. B. soziale Ächtung, Karriereverzicht, gesellschaftliche Isolierung) wurden in Kauf genommen. Wir haben kein Recht, das gering zu achten. Wir können keine Loyalitätsbe-weise verlangen, wir, denen die deutsche Staatsbürgerschaft ohne eigene Leistung zuerkannt worden ist. Es wäre eine kaum zu überbietende Peinlichkeit, wenn aus-

gerechnet wir – die *Gratisdeutschen* – die *Grundgesetzdeutschen* zum *Deutschbe- wußtseins-TÜV* antreten ließen.

Wer sich nun auch für die erleichterte Einbürgerung von ausländischen Zuwanderern einsetzt, kann sich durchaus auf Gründe stützen, die für die schnelle Einbürgerung von Aussiedlern gelten. Vorteilhaft ist es z. B., daß die deutsche Staatsbürgerschaft bewirkt, daß die neuen Bürger von Anfang an wirtschaftlich, rechtlich und auch sozial gleichgestellt sind. Dieser Einstieg in eine neue Gesellschaft kann in seinen positiven Wirkungen gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Abgesehen von so elementaren Rechten wie der Arbeitserlaubnis, der Gewerbeerlaubnis, dem Recht auf Familienzusammenführung u. ä., erzeugt die volle rechtliche Gleichstellung auch Zugehörigkeitsgefühle. Hinzu kommt, daß Vorbehalte der einheimischen Bevölkerung schneller beseitigt werden können. Ein weiterer Grund für ein Umdenken im Einbürgerungsrecht drängt sich aus den Erfahrungen mit den *Grundgesetzdeut- schen* auf, nämlich wie unbegründet die Furcht vor doppelter Staatsbürgerschaft ist. Bei den deutschstämmigen Aussiedlern, bei ihren Ehepartnern und Kindern



Gesundes Wachstum für Ihr Geld. BfG:Wachstumsobligation.

Wenn Sie heute eine BfG:Wachstumsobligation kaufen, wissen Sie genau, daß Sie in 8 Jahren 5.000 Mark in Händen halten. Dabei zahlen Sie heute viel weniger. Denn was an den 5.000 Mark fehlt, kommt im Laufe der Zeit als Zins und Zinseszins dazu. Sie können aber auch schon nach Ablauf von 2, 4 oder 6 Jahren über Ihr Geld ohne Zinsverlust verfügen.

 **BfG:Ihre Bank**
Aachener und Münchener Gruppe



Deutscher Schäferhund

Foto: JOKEI/A. v. d. Osten-Sacken

wird Mehrstaatlichkeit fraglos hingenommen. Es ergeht nicht einmal die Empfehlung, sich um die Entlassung aus der mitgebrachten Staatsbürgerschaft zu bemühen. Einige tun es von sich aus, sie stoßen dabei manchmal auf Schwierigkeiten. Die meisten kümmern sich aber gar nicht darum. Nicht wenige nutzen die größere Bewegungsfreiheit, die zwei Pässe mit sich bringen.

Wie sehr die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft politischen Interessen untergeordnet ist, macht die DDR-Variante einer erleichterten Einbürgerung deutlich. Durch Kabinettsbeschluß in der DDR-Regierung sollen z. B. ca. 50 Hongkong-Chinesen die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Die Bewerber haben keine der herkömmlichen Bedingungen zu erfüllen. Sie brauchen sich weder auf das Grundgesetz zu berufen noch können sie auf einen jahrelangen Aufenthalt in der DDR oder der Bundesrepublik verweisen. Sie haben lediglich ihr Scheckbuch gezückt und für das Gebiet der ehemaligen DDR Investitionen in Milliardenhöhe angekündigt.

Auch diesen *Scheckbuchdeutschen* sei die erhoffte rechtliche und soziale Sicherheit der deutschen Staatsbürgerschaft gegönnt.

Rückfall ins Abstammungsdenken

Vor dem Hintergrund der anstandslosen Anerkennung der Aussiedler einerseits und der der Hongkong-Chinesen andererseits muß man fragen: Warum wird ausgerechnet die Staatsbürgerschaft nicht mit der gleichen überlegten und wohlbedingten Großzügigkeit jenen Ausländern angeboten, die seit Jahrzehnten bei uns leben, deren Kinder in der Bundesrepublik geboren sind. Bei dieser Gruppe – sie ist zahlenmäßig mit etwa zwei Millionen Einbürgerungswilligen sehr groß – werden die Deutschen wieder skrupulös, besinnen sich auf die Klebewirkung des Blutes und auf einen Volksbegriff als Schicksalsgemeinschaft, der nur Menschen mit ausgewählten Eigenschaften angehören können. Plötzlich fallen ihnen auch alle möglichen Gründe ein gegen die *doppelte Staatsbürgerschaft*.

Diesem bornierten Rückfall in das Abstammungsgedanken hat die sich politisch progressiv gebende Seite bisher nichts entgegenzusetzen, was aus dem völkischen Schwulst hinausführen könnte hin zu einem demokratischen Verständnis von deutscher Staatsbürgerschaft. Im Gegenteil: Einbürgerungspolitik als Weg zur rechtlichen Gleichstellung wird von vielen als Assimilation oder Zwangsgermanisierung diffamiert. Statt dessen sollen die zugewanderten Ausländer den Deutschen ohne Einbürgerung gleichgestellt werden, und zwar durch ein Niederlassungsrecht. So sollen sie Wahlbürger werden, aber nicht Staatsbürger. Sie sollen Gruppenrechte erhalten, ohne daß ihnen alle individuellen Grundrechte verfassungsmäßig garantiert sind. Durchdacht ist das Konzept nicht, aber es erspart Befürwortern, sich mit dem Teufelszeug Deutscher zu sein, überhaupt auseinandersetzen zu müssen. Denn in ihren Augen ist das Einteilen der Menschen in Staatsbürger ein Rückfall in den Nationalstaat des neunzehnten Jahrhunderts. Man kennt keine Staats-

bürger mehr, sondern nur noch Menschen.

So blieb Einbürgerungspolitik ein Rühr-mich-nicht-an-Thema, obwohl es doch gerade die entscheidende Weichenstellung für eine sozial gerechte Integrations- und Minderheitspolitik ist, wie viele klassische Einwanderungsländer deutlich machen.

Dabei würde gerade die Einbürgerung der seit Jahrzehnten hier lebenden Ausländer zu einer neuen Art von deutschem Selbstverständnis führen. Wenn z.B. ein Türke Deutscher wird, verbessert sich seine rechtliche Situation beträchtlich. Gleichzeitig wird dem Abstammungsdanken in der Staatsbürgerschaftsdiskussion der Garaus gemacht. Das hat mit Germanisierung überhaupt nichts zu tun, es ist genau das Gegenteil. Deutschland hätte sich endlich von einem eng verstandenen Nationalbewußtsein getrennt, indem es auf Wunsch zuläßt, daß Nichtdeutsche Deutsche werden.

Je mehr Deutsche z.B. slowenischer, polnischer oder türkischer Herkunft es künftig gibt, desto brüchiger wird der Ab-

Deutsche Eiche

Foto: JOKER/A. v. d. Osten-Sacken



stammungswahn als Element deutschen Staatsangehörigkeitsdenkens. Wer Ausländern die deutsche Staatsangehörigkeit »ersparen will« und sie mit einem Niederlassungsstatus abfinden will, der enthält ihnen nicht nur die verbrieften Rechte und Pflichten von deutschen Staatsbürgern vor. Er zementierte geradezu das überholte Abstammungsdenken. Denn die Abstammungsdeutschen blieben dann weitgehend unter sich.

Aktive Einbürgerungspolitik

Bei dieser Meinungspolitik in der Bundesrepublik ist es fast zwangsläufig, daß wir 35 Jahre nach der ersten Anwerbung von ausländischen Arbeitnehmern immer noch keine Einbürgerungspolitik machen. Es ist fast ebenso naheliegend, daß wir die wenigen Ermessenseinbürgerungen, etwa 17 000 jährlich (das sind 0,6% derjenigen Ausländer, die sich seit mindestens 10 Jahren in der Bundesrepublik aufhalten), mit einem Gesetz durchführen, das 1913 im Reichstag beschlossen wurde. Zu einer Zeit also, in der deutsche Identität von völkisch-ethischem Überlegenheitsgefühl und europaweitem Machtanspruch geprägt war.

Kein Wunder, daß – anders als in westeuropäischen Nationalstaaten – die Abstammung zur beherrschenden Identitätskategorie deutscher Staatsangehörigkeit wurde. Ist dieses Verständnis vielleicht doch noch das Haupthindernis für ein modernes Einbürgerungsrecht? Die Einbürgerungsquoten in Ländern wie Frankreich, Belgien, den Niederlanden oder Schweden sind jedenfalls wesentlich höher als bei uns.

Der Verzicht auf eine aktive Einbürgerungspolitik in der Bundesrepublik wird mehr und mehr zu einem moralischen und gesellschaftspolitischen Skandal. Es ist der Ausländerstatus, der sich als die höchste Barriere einer gelungenen sozialen, beruflichen und gesellschaftlichen Eingliederung entgegenstellt. Die Kinder ausländischer Eltern, die in Hamburg, München oder Berlin geboren werden (etwa 75 000 jährlich), bleiben nach wie vor ausländische Kin-

der. Das ist nicht nur eine sprachliche Spitzfindigkeit; es ist ein Statusunterschied, der Weichen stellt: zum Beispiel bei der Zuordnung in Schulklassen, bei der Teilnahme an Sportwettkämpfen, bei der Berufswahl, bei der Familienzusammenführung, bei der Sicherheit des Aufenthalts.

So wachsen diese Berliner oder Hamburger Kinder ausländischer Eltern in dem Bewußtsein heran, anders zu sein, nicht voll dazuzugehören. Diese Kinder als Ausländer der dritten Generation zu bezeichnen – das kommt uns leicht über die Lippen – ist aber ein Widerspruch in sich. Diese Inländer mit nichtdeutschem Paß werden um volle Eingliederungschancen gebracht, weil wir nicht das praktizieren, was in anderen europäischen Ländern längst Regeleinbürgerung geworden ist, nämlich das Recht auf die landeseigene Staatsbürgerschaft bei Geburt. Dies müßte zumindest gelten für diejenigen Kinder, von denen ein Elternteil in Deutschland geboren ist. Ein von der SPD eingebrachter Antrag, der einen Weg in diese Richtung wies, wurde abgelehnt.

Abgelehnt wurde bei den Beratungen über das neue Bundesausländergesetz auch die Hinnahme einer doppelten Staatsbürgerschaft. Rationale Begründungen fehlten.

So steht das Einbürgerungsthema weiterhin mit Dringlichkeit auf der politischen Tagesordnung. Das Interesse und die Bereitschaft der jungen Ausländergeneration an der Einbürgerung wächst, wie zum Beispiel die stark gestiegenen Antragszahlen von jungen türkischen Berlinern zeigen.

Nur wenn es den Deutschen gelingt, genügend demokratisches Selbstbewußtsein aufzubringen, werden wir den völkisch-ethischen Ballast über Bord werfen können. Die Frage, wer Deutscher werden soll, werden wir erst dann mit Blick auf die Interessen und Nöte der ausländischen Inländer positiv beantworten, wenn wir – wie Albert Camus es einmal sinngemäß gesagt hat – unser Land und seine Wertordnung zu sehr lieben, um Nationalisten zu sein.

Die sauberste Art, Braunkohle zu verstromen.



Ein großer Schritt nach vorn auf dem Weg zum Braunkohlenkraftwerk der Zukunft: In Wesseling hat eine Anlage ihren Betrieb aufgenommen, die Braunkohle in Brenngas umwandelt. Sie ist das Kernstück eines neuen Kraftwerktyps, in dem aus der gleichen Menge Kohle 25% mehr Strom erzeugt werden kann. Entsprechend geringer ist der CO₂-Anfall.

Dieser Kraftwerktyp der Zukunft ist auch bedeutend für die Zukunft der Region. Denn wettbewerbsfähige Energieerzeugung unter umweltfreundlichen Bedingungen – das ist für Land und Leute eine stabile wirtschaftliche Basis.

Warum wir die Braunkohle brauchen ...

- In NRW werden rund 40% des Stroms aus der billigen Braunkohle erzeugt. Das hält den Strompreis niedrig.
- Braunkohle sichert 40.000 Arbeitsplätze. Davon leben 100.000 Menschen in unserer Region.
- Milliarden an Investitionen, Lohnzahlungen und Steuerleistungen beleben die Wirtschaft unseres Landes.
- Modernste Technik und die hohe Qualität der rheinischen Braunkohle sichern eine umweltfreundliche Stromerzeugung.

BRAUNKOHLE
ein Glück, daß wir sie haben.

Ohne Fremde(s) keine Kultur

Mit ihrem Buch *Neues Zeitalter oder Verkehrte Welt – Anthropologie als Kritik* erweist sich Ina-Maria Greverus – und damit auch das von ihr geleitete Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie der Universität Frankfurt am Main – als zentrale Instanz für die kritische Vermittlung der immer mehr ins gesellschaftliche Bewußtsein rückenden ethnologischen und anthropologischen Erkenntnisse. Schon der erste Satz des Vorwortes bezieht eindeutig Position: »Der aufklärerische Anspruch einer empirischen Kulturanthropologie galt und gilt der Erfahrung und Interpretation der Einheit der Menschheit in der Vielfalt ihrer kulturellen Gestaltungsformen.« Dem ethnologischen Relativismus, Exotismus, Voyeurismus, wie er sich vielfach in der Feldstudien-Manier widerspiegelt, wird damit eine Absage erteilt; so ausgeprägt die Verschiedenheiten auch sind – der gemeinsame Nenner darf, zumindest als Sollwert, nicht übersehen werden: der menschliche Mensch, wie er einer aufgeklärten Anthropologie zugrunde liegt. »Je mehr Menschen ich gesehen habe aus unterschiedlichen Klimazonen und mit unterschiedlichen Sitten, Sprachen, Gesetzen, Religionen und unterschiedlichem Intelligenzgrad, desto mehr fiel mir auf, daß sie alle die gleichen moralischen Grundsätze haben«, meinte Voltaire. Natürlich wird damit ein Kulturbegriff postuliert, der nicht historisch, sondern philosophisch fundiert ist – und zwar in einer Weltanschauung und in einem Menschen-Bild, die sich nicht aus geschichtlicher und existentieller Erfahrung, also nicht rational empirisch ableiten, sondern nur in dem Willen zu einer besseren Zukunft der Menschheit »beglaubigen« lassen – gilt doch die Feststellung nach wie vor, mehr denn je, daß der Mensch des Menschen Wolf sei (*homo homini lupus*). In dem sogenannten »ältesten Systemprogramm des deutschen Idealismus«, Friedrich Wilhelm Schelling

zugeschrieben, wird die als »kühn« sich vorstellende Idee, »die, so viel ich weiß, noch in keines Menschen Sinn gekommen ist«, vorgestellt: »Wir müssen eine neue Mythologie haben, diese Mythologie aber muß im Dienste der Idee stehen, sie muß eine Mythologie der Vernunft werden.«

Die Idee des Humanuniversalismus zielt nicht auf einen überwölbenden, abstrakten, die bestehenden Kulturen einschmelzenden Begriff von Kultur; vielmehr soll Multikultur durch steten sublimierenden Diskurs zur Interkultur entwickelt werden; dieser muß dabei gegen die bisherige geschichtliche Identitätsbildung angehen.

Die westliche Wissenschaft, so stellt Ina-Maria Greverus fest, verharrte bislang vor allem in einer Hermeneutik der kulturellen Fremde. Die eigene Gesellschaft wurde ebenso ausgeklammert wie die Subjektivität des Forschers. »*Der Blick aus der Ferne* (Lévi Strauss) war ein distanzierter und distanzierender Blick, oder schien es zu sein.« Die Interpretation der eigenen Wissenschaft zeige jedoch, wie eng Eigenes und Fremdes schon immer ineinander verwoben gewesen sind; das reichte von der versteckten Kritik an der eigenen Gesellschaft als einer verkehrten Welt bis zu den Entwürfen über fremde Kulturen als »verkehrte Welten« in einer imaginären Ethnographie, in der sich darstellte, was in der bürgerlichen Kultur tabuisierte Wahrheit war; »das beinhaltete die kritische Nostalgie im Aufweis von »heileren« Gegenwelten in geographischer und historischer Ferne; das wurde zur offenen kritischen Gegenüberstellung von eigenen und fremden gesellschaftlichen Lebensformen, und führte schließlich zur Suche nach dem Eigenen im Fremden und dem Fremden im Eigenen.«

Den »*Hitler in uns selbst*« erkennen

Wurde lange Zeit Ethnologie als Wissenschaft definiert, die sich mit der Kultur der primitiven Gesellschaften beschäftige, so hat der Paradigmenwechsel, der die überhebliche Auffassung von Kulturgefälle aufgab, dazu geführt, daß nun die

Erforschung der Sozialstruktur und Kultur aller Gesellschaften, vor allem auch der Gruppen innerhalb der eigenen Gesellschaft, in den Mittelpunkt rückte. Mit interdisziplinärem Instrumentarium untersucht man Teilkulturen, wie sie sich etwa aufgrund von Berufszugehörigkeit, sozialer wie ökonomischer, regionaler wie sprachlicher Unterschiede oder als voneinander abgegrenzte Lebensstile ausprägen.

Die Weite des Betrachtungsspektrums bekundet sich zum Beispiel in der Schriftenreihe des Instituts für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie, die mit dem Titel von Band 28: *Kulturkontakt/Kulturkonflikt – Zur Erfahrung des Fremden* (die Ergebnisse des 26. Deutschen Volkskundekongresses in Frankfurt, Oktober 1987, zusammenfassend) auch das erkenntnisleitende Interesse der anderen Publikationen mit zu charakterisieren vermag.

Die Erfahrung des Fremden ist dabei immer auch eine Annäherung an das Fremde in uns selbst. »Das andere in uns ist gefährlich, aber es ist auch die Chance, es erkennend, sich selber als das andere vom anderen begreifen zu lernen. Die stete Gefahr, in der wir leben, bietet auch die Möglichkeit, sie zu meistern«, schreibt Utz Jeggle in diesem Band als Resümee des Bemühens, »Hitler in uns selbst« zu erkennen.

Georg Elwert hat kürzlich in der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* deutlich gemacht, wie fruchtbar es sein kann, wenn man aus ethno-komparatistischer Kenntnis heraus die seit langem festgelegte Wissenschaftsaxiomatik zum Tanzen bringt. In kaum einem Forschungsgebiet werde Erkenntnis so sehr von den kulturellen Fassaden behindert, die die Protagonisten der entsprechenden Bewegungen errichtet haben, wie in der Nationalismus- und Ethnizitätsforschung. Ein an sich unplausibles und schwer praktikables System der Grenzziehungen werde zu einer Selbstverständlichkeit, zu einer gewaltigen säkularen Religion. Demgegenüber kommt Elwert zu der an sich geschichtlich naheliegenden, aber im 19. und 20.

Jahrhundert massiv verdrängten Erkenntnis, daß Nationen als soziale Strukturen eine außerordentlich junge Erscheinung darstellten. Die Rekonstruktion von Geschichte werde zunehmend auch zum Merkmal von Ethnizitätsbewegungen; Menschen gäben den Ereignissen Sinn, indem sie sie in die Form von Erzählungen brächten, als »Geschichte« ordneten. In diesem Zusammenhang spricht Elwert von der »Erfindung der Ethnie«. Man suggeriere, daß Ethnien eine Universale seien, daß sie überall vorkämen, das natürliche Organisationsmuster aller Menschen, die nicht in Nationen verfaßt lebten, darstellten. Sowohl Nation wie Ethnie, die sich wechselseitig in ihrem Absolutheitsanspruch hochschaukelten, gingen von einem Wir-Gefühl aus, das zusammengeschweißt werde; nicht der »Mythos der Vernunft« ist dabei am Werk, sondern ein Mythos, der sich als Anti-Logos erfüllt. Wo *ICH* sein könnte, soll wieder *ES* werden.

Polare Identitätsfindung

Vor allem der Imperialismus, mit seiner kolonialen Verwaltungspraxis, bediente sich der Konstruktion von Ethnien, um Herrschaft zu stabilisieren. »Denn eine auf ein Haupt bezogene (kephale) Organisation war notwendig, um Ansprechpartner für eine zentrale Verwaltung bereitzustellen.« Die zeitgenössische Sozialanthropologie hat dies dann zu einem überhistorischen Prinzip naturalisiert. »Heute gibt es sogar Gruppen, die Ethnologen zum Schreiben ihrer Geschichte besolden, um den Anspruch, Ethnie zu sein, wissenschaftlich untermauern zu lassen.« Daß relevante Teile der Menschheit sich in erster Linie als Heiratsklassen, Altersklassen, sozioprofessionelle Gruppen, Verwandtschaftslinien oder Lokalgruppen organisierten, nicht aber als Ethnien, und daß sich auch bei »ethnischer« Organisation mehrere Gruppenzugehörigkeiten überschneiden können, sei durch den wissenschaftsideologischen Prozeß verschüttet worden. In »archäologischer« Arbeit müssen wir die Wahrheit erst wieder freilegen.



Rumänische Sinti und Roma telefonieren mit daheim

Foto: JOKER/LUTZ Schmidt

De-Collage fordert dazu auf, die den einzelnen Ethnien und Nationen im wahrsten Sinne des Wortes »zugeschriebene« Geschichte »aufzulösen«, diese zu entmythologisieren. Ethno-Historiographie ist zum Beispiel gut beraten, die Universalie »Abendland« in ihrer *Fragwürdigkeit* zu begreifen. Das Bemühen ums »europäische Haus« als Idealtypus (als Optativ, als Möglichkeitsform) sollte nicht von falschen Voraussetzungen ausgehen. Mit Recht hat Tilo Schabert darauf hingewiesen, daß die abendländische Entwicklung durch »polare Identitätsfindung« charakterisiert gewesen sei. Die Griechen definierten sich im Gegensatz zu den Barbaren (z. B. den Persern). Das römische Reich fand in den Germanen sein Kontrastbild. Europäer nannten sich vor allem diejenigen, die unter Karl Martell, dem fränkischen Hausmeier, die Araber bei Tours und Poitiers 732 schlugen. Später war es die Findung und »Erfindung« Amerikas, bei der die indianische Urbevölkerung für die Konquistadoren zum mißachteten Gegenbild wurde.

Dann kamen die Türken ... schließlich drohte die gelbe Gefahr ... Die »binäre Kodierung« bestimmte auch die Binnenkontraste. Die lange Folge der europäischen Kriege zeigte in erschreckender Weise, wie jeweils der Suprematsanspruch der einen Nation gegenüber der anderen die geschichtlichen Abläufe fatal beeinflusste. Europa als Christenheit erwies sich gleichermaßen als Fiktion; die Religionskriege waren von besonderer Grausamkeit. »Europa, diese Gräberstätte, ist von Völkern bewohnt, die singen, bevor sie sich gegenseitig umbringen,« schrieb Georges Sorel im Dezember 1912, in Vorahnung des Ersten Weltkrieges. »Glauben Sie nun, daß dies der letzte Krieg ist?«, fragte Sigmund Freuds Arzt Dr. Schur diesen bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1939 im Exil in London; Freud antwortete: »Mein letzter Krieg.«

Daß jedoch der lange Kalte Krieg nach 1945 – bei allen »Stellvertreterkriegen«, deren Ausmaß und Auswirkungen schlimm genug waren – nicht »heiß« wurde, vor allem aber, daß, noch ehe

1992 ein neuer Anlauf zur europäischen Einheit gemacht werden kann, durch die revolutionären Veränderungen in den östlichen, ehemals kommunistischen Ländern das »Haus Europa« nun wirklich nach einem friedlichen Konstruktionsplan errichtet werden kann, läßt berechtigten Optimismus aufkommen. Was einst in der Aufklärung als Idee vorschien, daß Kultur Kulturen impliziere, daß die »Stimmen der Völker« sich nach einer Partitur des Friedens und der Kooperation zusammenfinden könnten, mag am Ende des 20. Jahrhunderts Realität werden. Ein vereintes Europa, das sich als »Territorium für Seinsgewißheit« – so definiert Ina-Maria Greverus »Heimat« – begreift, bedeutet freilich »Weg«, kein »Es-ist-erreicht«; mit den Dichtern und Denkern, Künstlern und Philosophen als Pfadfindern.

Kinderland Deutschland?

Auf das jetzt bald wieder »fertige Vaterland« Deutschland bezogen: Es wird »Kinderland« (Zukunftsland) vor allem dann sein, wenn die Regression auf die Fiktion ethnischer oder nationaler Einheitlichkeit unterbleibt. Ein Vaterland, bestimmt durch die Bewußtlosigkeit nationaler Euphorie, verrate er jetzt schon, meinte Günter Grass in seiner *Kurzen Rede eines vaterlandslosen Gesellen*: »Mein Vaterland müßte vielfältiger, bunter, nachbarlicher, durch Schaden klüger und europäisch verträglicher sein.«

Die kurze Geschichte des Deutschen Reiches macht deutlich, daß Nationalgefühl ein spätes und aufgesetztes Konstrukt gewesen ist. Noch Ende des 18. Jahrhunderts schrieb Wieland in der Einleitung zu Schillers *Geschichte des Dreißigjährigen Krieges*, daß die Vorteile, welche sich aus der Zersplitterung in Partikularstaaten für die Deutschen ergäben, das Nachteilige bei weitem überwogen; »oder vielmehr, daß sie es gerade ist, der wir diese Vorteile zu verdanken haben«. Da war noch keine Rede davon, daß Deutschland ein zusammenhängendes Machtgebilde, ein Staat – und zwar ein Nationalstaat – werden müsse.

In *Der deutsche Nationalmythos – Ursprung eines politischen Programms* schildert Otto W. Johnston die Entstehungsgeschichte des deutschen Nationalmythos, der zum wichtigsten Propagandabegriff gegen Napoleon heranreifte. Die sich formierende deutsche Mythologie war dabei zunächst und zumindest teilweise vom »*Mythos der Vernunft*« bestimmt: Ein mündig gewordenes Bürgertum wollte via deutsche Einheit eine Freiheitliche wie menschenwürdige Staats- und Gesellschaftsordnung verwirklichen. Der Traum wurde jedoch zum Alptraum. Parallel zur Dialektik der Aufklärung erfolgte die Perversion der deutschen Utopie in die deutsche Ideologie, die im Abgrund des Nationalsozialismus endete; der »*Garten der Romantik*« verwandelte sich ins rassistische Schlachtfeld (Blut- und Boden). In einem Interview mit der Redaktion dieser Zeitschrift meinte Günter Grass, daß der Massenmord an den Juden vor 1871 nicht möglich gewesen wäre, da es dafür eines großräumigen Apparats, für den der Einheitsstaat Grundlage war, bedurft habe.

Tempi passati? Jedenfalls ist es gut, wenn die Wissenschaft vom Menschen mit darüber wacht, daß der neuen Unübersichtlichkeit nicht neue gefährliche irrationale Tendenzen erwachsen. Ina-Maria Greverus vertraut nach wie vor der »*Anstrengung des Begriffs*«. In den neuen spirituellen Bewegungen sieht sie nicht eine Revolution des Bewußtseins – im Sinne eines dialektischen Umschlags vom Materialismus in die Spiritualität –, sondern vielmehr den Sonderfall eines westlichen narzißtischen Gesellschaftstypus, der den gesellschaftlichen Widerspruch nicht löst, sondern vertieft. »Dieser Widerspruch ergibt sich aus der Allmacht der bürokratischen Wohlfahrtsstaaten gegenüber der scheinbaren Selbstbestimmung und Freiheit des unmündigten Bürgers, dem Nischen der Selbstverwirklichung zwischen Heimwelt und Kosmos zur Verfügung gestellt werden.«

Sensibel für Grenzüberschreitungen und »nicht gewillt, wissenschaftliches Verstehen als einen neutralen Erkenntni-

sprozeß von eigenem, subjektivem Betroffensein und kritischer Stellungnahme zu gedachten und gelebten Ordnungen abzugrenzen«, versucht die Autorin den Ursprüngen und Ausdrucksformen des *New Age* nachzuspüren. Der darin zum Vorschein kommende Versuch, das Joch unserer Kultur und die Irritationen der eigenen Identität abzuschütteln, üben allein schon deshalb eine große Faszination aus, da man auf diese Weise unglückliches Bewußtsein (als Ergebnis des Triebverzichts im Gefolge komplexer Enkulturation) in bewußtloses Glück zu verwandeln hofft. Das Wunderbare, heißt es in einem Text des surrealistischen Schriftstellers Michel Leiris, »existiert weder in der Natur noch jenseits der Natur, sondern im Innern des Menschen, in der anscheinend entlegendsten, ihm selbst aber in Wirklichkeit sich am nächsten stehenden Region, deren Bezirke nicht jener gräßlichen Feudalherrschaft unterstehen, die ihre menschlichen Lehen mit großem Aufwand an rationalen Edikten und pragmatischen Galgen dezimiert. Denn das Wunderbare ist nichts anderes, als das im Herzen des Menschen brennende Feuer, das imaginäre Leuchten eines Absoluten, das er seinem eigenen Wesen entnimmt und auf die glanzlosen Ereignisse projiziert, deren Dünste durch seine Poren hindurch noch bis zu dem vordringen, was man gemeinhin seinen Geist nennt«.

Gefahren des esoterischen Booms

Der esoterische Boom voller Dünste vernebelt Aufklärung; Sprache gerät zur Beschwörung eines geheimen und geheimnisvollen Lebensstromes, an dessen Anblick der Mytho-Tourist sich delektiert, ein Reisender, »der die Defizite der katastrophalen Moderne, der historischen und individuellen Endzeit am weitestgehenden personifiziert; er läuft einer imaginären Geschichte auf den Spuren einer mythischen Geschichte, einer Traumzeit, hinterher« (Hans-Jürgen Heinrichs).

Der geheimnisvolle Weg nach innen, der einer spirituellen Ethnologie oder Mytho-Ethnologie Vorschub leistet, wie-

derholt mit immer größerer Breitenwirkung, was Ferdinand Lion in seiner Analyse der deutschen Romantik (*Romantik als deutsches Schicksal*) als »einzigartigen Hochmut der Absonderung« bezeichnete. Es vollzieht sich der Auszug aus der Realität; Handlungskompetenz wird gegenüber den »inneren Perspektiven« denunziert. Der Traum der Transzendentalisten wurzelt tief im 19. Jahrhundert. Ralph Waldo Emerson betont, daß die erhabene Seele sich in Einsamkeit von der Gesellschaft absetzen müsse; ihr Träger solle Nonkonformist sein, dürfe sich nicht im Namen des Guten aufhalten lassen, da letztlich nichts, außer der Integrität des eigenen Geistes, heilig sei. Das führt zur Absage an gesellschaftlich direkte Mitverantwortung. Das spirituelle Sendungsbewußtsein hat sich seitdem kaum gewandelt; es ist nur noch penetranter geworden, da es sich oft genug mit zivilisatorischer Heuchelei verbindet. Der Mytho-Reisende fährt auf dem Ego-Trip sozusagen voll motorisiert und automatisiert ins Strömungsgebiet des Irrationalen, dessen Pantarhei er kompensatorisch, vor allem im Ausgleich zu der immer mehr zunehmenden Modernitätsbeschleunigung, genießt, sich dabei aber des Rückwegs ins äußere Wachstum, als Flucht vor der Fluchtbewegung, stets versichert.

Das Januskopffartige der neuen Esoterik, der die Ehrlichkeit der Lebensentscheidung abgeht, kann man auch Wohlstandsschizophrenie nennen; die Seher und Gurus der *New-Age*-Kommunen profitieren davon. Auf der einen Seite charismatische Stilisierung, eine pseudowissenschaftliche Collage aus pantheistischen und dualistisch-östlichen Religionsphilosophien, christlicher Mystik, evolutionistischen, physikalischen, archäologischen, geologischen, vor allem mythologischen Bruchstücken, vermischt mit Ufologie und Engelsbeweisen; auf der anderen Seite sehr genaue Kalkulation, wie man nicht nur Seelen, sondern Kapital ein- und heimholt, auf Kosten der Suchenden seinen aktiengesicherten Vorteil findet.

Ina-Maria Greverus' Werk, das durch

seinen Materialreichtum und seine Gedankentiefe fasziniert, erweist sich als umfassendes Vademekum durch die Mentalitätsmuster des neuen Zeitalters. Wo der rigorose Aufklärer oft eine größere Schärfe erwartet, verhält sie sich einfühlend, verständnisvoll gegenüber wildem wie schwachem Denken.

Für Greverus gründet eine verkehrte Welt auf dem Verlust einer kulturellen Vernunft, die dem Einzelnen und der Gruppe materiales, soziales und ideationales Überleben in einem Haushalt des Lebens sichert. »Diese kulturelle Vernunft bedeutet auch das Zulassen von Vernunft als die Reife des erwachsenen Menschen, der sein kulturelles Potential als Werkschaffen in Verantwortung für die Erhaltung und Gestaltung dieses Oikos einsetzen kann und daraus subjektive Sinnerfülltheit in einer objektiven, und d. h. intersubjektiv wahren, Sinnkon-

struktion erhält. Kultureller Tod als bewußt oder unbewußt erfahrenen Entzug kultureller Vernunft in Rechten und Pflichten ist Entmündigung und Enteignung.«

Eine spezifische Form des Protestes gegen die Entmündigung und Enteignung sei nun die Verkehrung der verkehrten Welt in das Konstrukt einer verkehrten Welt. Für den aufgeklärten Standpunkt gibt es nichts Richtiges im Falschen.

Das Verständnis für den Mythos als Ersatz für verlorenes Leben nobilitiert nicht diesen Mythos; die Vernunft müßte dafür sorgen, daß verkehrtes Leben (ein aus dem Bauch gesteuerter Spiritualismus, raunende Esoterik als Fluchtbewegung vor Verantwortung) nicht notwendig werden, Dasein seinen Sinn nicht dadurch erhält, daß man sich in die Ferne hinwegprojiziert. Wir brauchen nicht Poona, um Heimat zu finden.

ABC FULCO.COM

Bank

Bausparkasse

Versicherung

Immobilien

Und das für alle.

Die BHW Gruppe: Finanzdienstleistungen rund um alle Fragen des Bauens, Finanzierens, Sparens und der Vorsorge für über 2,5 Millionen Kunden, die uns beispielsweise 4 Millionen Bausparverträge über 160 Milliarden DM anvertraut haben. Ein Beleg für die Leistungskraft von fast 5.000 hauptberuflichen Mitarbeitern und 12.000 nebenberuflichen Beratern, für innovative Produkte und Dienstleistungen.

Bank · Bausparkasse · Versicherung

Marktwirtschaft, Multikulturalismus und Sozialstaat

In diesen Tagen wird weltweit der Sieg der Marktwirtschaft über den Sozialismus, von differenzierteren Denkern abgeschwächt: der Sieg über den Staatsmonopolismus und Stalinismus gefeiert. Schon im vergangenen Herbst '89, noch vor dem Fall des Eisernen Vorhanges in Ungarn und der Mauer in Berlin, sorgte in der Weltpresse ein Papier aus dem US-Außenministerium für Aufsehen, in dem unter dem Motto »Der Kalte Krieg ist vorbei. Wir haben gewonnen« das Ende der Geschichte proklamiert wurde. In den vergangenen Wochen prangte, als verdichteter Ausdruck des Triumphes, in unseren Straßen die Wahlparole; »Der Sozialismus geht, wir kommen«.

Marktwirtschaft

Mit einem verengten Blick auf die Nachkriegsentwicklung in den Zentren der marktwirtschaftlich verfaßten Ökonomien in Westeuropa, Japan und Nordamerika mochte sich durchaus der Eindruck einstellen, wir lebten in der besten aller Welten. Die marktwirtschaftliche Ordnung scheint die Erfüllung fast aller individuellen Bedürfnisse zu gewährleisten. In der Systemkonkurrenz mit einer sichtbar maroden Kommandowirtschaft konnte sich der »Westen« glanzvoll behaupten: sogar noch angesichts einer Tendenz zur Zweidrittelgesellschaft, solange das Netz sozialstaatlicher Vorsorge die Verelendung in Grenzen hielt – oder die Medien sie nicht allzu kraß in den Blick rückten; sogar angesichts einer ökologischen Katastrophe, die aber in den Zentren bislang noch am wenigstens zu spüren ist, sich im Vergleich mit der Situation im »Osten« und »Süden« fast harmlos ausnimmt und seit der Ernennung von Umweltministern in den besten Händen zu sein scheint.

Wenn allerdings global gedacht wird,

kann man sehen, daß bislang schon circa 70 Prozent aller Menschen in Afrika, Asien, Europa und Amerika unter der Regie des internationalen Währungsfonds (IWF) in marktwirtschaftlich verfaßten Gesellschaften lebten und es nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch des Ostblocks einschließlich der Sowjetunion vielleicht bald 90 Prozent sein werden, wovon aber wiederum neun Zehntel in bitterer Armut existierten und existieren werden. Unter dem Gesichtspunkt der weltweiten Verteilung des Wohlstandes relativiert sich das Bild der Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft. Weder die Ernährungs- noch die soziale Frage ist gelöst; politische Freiheiten werden nur an wenigen Orten auf der Welt garantiert; relativ gut geht es einem größeren Teil der Bevölkerung einstweilen nur in den implodierenden Dienstleistungszentren.

Auch wenn man fragt, ob ein System, das darauf beruht, nur *das* und nur *dort* zu produzieren, wo der größte Profit zu erwarten ist, in der Lage sein wird, die ökologischen Probleme, die ein radikales Umdenken und Umsteuern erforderten, zu bearbeiten, sind Zweifel angebracht. Die auf der Priorität privater Entscheidungen aufgebaute Marktwirtschaft ist bislang ausnahmslos mit kapitalistischen Produktionsformen kombiniert. Ob es sich beim Kapitalismus, der einem Wachstums- und Modernisierungszwang unterliegt, wirklich um ein zukunftsweisendes System handelt, entscheidet sich heute endgültig beim Umgang mit den natürlichen Grundlagen des Lebens. Der Wegfall der Systemkonkurrenz schafft in einer Hinsicht jedenfalls Klarheit: Wo bisher im Vergleich der Wirtschaftssysteme das relativ leistungsfähigere glänzen konnte, wird jetzt deutlich, vor welchen Problemen der alternativlos gewordene *Kapitalismus* wirklich steht.

In den Metropolen kann einstweilen noch der Eindruck des Erfolges aufrechterhalten werden, weil in die Weltwirtschaft Mechanismen eingebaut sind, die es in der Logik der optimalen Verwertung des Kapitals erlauben, Kosten zu verschieben und Schäden zu überwälzen, in-



Deutsche

Foto: JOKER/H. Lohmeyer

dem in der Welt vorfindbare *Ungleichheiten*: *Ungleichzeitigkeiten* der Entwicklung vor allem im Bereich der Sozialstrukturen und der Technologien; *Ungleichgewichtigkeiten* der Verteilung wirtschaftlicher und militärischer Macht bei der Durchsetzung von Interessen rigoros ausgenutzt werden. Mit dem Verlöschen des real existierenden Sozialismus ist an die Stelle des *System-Antagonismus* in heutiger Perspektive ein *Wohlstandsgefälle* getreten, das zum Motor des sozialen und politischen Wandels wird und die Lebensbedingungen in den Zentren der Marktwirtschaft nachhaltig verändern könnte. Während die Figur des Antagonismus, der im Weltmaßstab in politischen Blöcken organisiert und dem gesellschaftsinternen Klassegegensatz nachgebildet war, noch mit gegenläufigen, aber organisations- und aktionsfähigen Interessen rechnete, beschreibt der Begriff *Gefälle* einen *Ungleichgewichtszustand* der sich der Kontrolle entzieht und für dessen Aufhebung Steuerungsmittel bislang völlig fehlen. Die bekannten Instrumente der poli-

tischen Steuerung – Recht und Geld – taugen zur kausalen Bearbeitung der internationalen Sogwirkungen nicht. Die weltweiten Kapital-, Flucht- und Wanderungsbewegungen beruhen auf individuellen Einzelentscheidungen, deren Beeinflussung außerhalb der Möglichkeiten der politischen Zentralen liegt, deren ungeplante Effekte aber genau dort bearbeitet werden müssen. Ein Punkt außerhalb des Geschehens, von dem aus die Dynamik abzuschwächen und das Chaos zu ordnen wäre, ist nicht zu sehen. Aus dem ideologisch-militärisch strikt kontrollierten Ost-West-Antagonismus ist ein labiles West-Ost-Gefälle geworden, welches die Brisanz des Nord-Süd-Konfliktes noch steigern und die Entwicklung der Weltgesellschaft zunehmend unkalkulierbar und unbeherrschbar machen könnte.

Das Gefälle besteht in West-Ost- wie in Nord-Süd-Richtung (1) bei den Löhnen und den Preisen, die zusammen den Lebensstandard der Menschen bestimmen, (2) bei den Rahmenbedingungen für die Produktion und Reproduktion des Kapi-

tals, aber auch (3) bei den politischen Rechten, die die Menschen im Rahmen der staatlichen Verfassung ihrer Gesellschaften wahrnehmen können, und (4) bei den sozialen (Transfer-)Leistungen, die ihnen gewährt werden, um ihr Leben erträglich zu halten. Sichtbarer Ausdruck des Gefälles sind die zwischen Tokio, New York und Frankfurt herumlungenden Kapitale ebenso wie die anwachsenden Flucht- und Migrationsbewegungen.

»Gefälle« ist sicher keine analytische, sondern eine beschreibende Kategorie, die Abschied nimmt von der Überschätzung der Ordnungskraft großformatiger Akteure, seien es Klassen, Parteien oder wirtschaftliche Kommandozentralen: sie benennt aber erste Anhaltspunkte für neuartige Erklärungen des sozialen Wandels. Das Gefälle zwischen Löhnen, Preisen, politischen Rechten und staatlichen Regulierungen der Märkte wird von weltweit operierenden privaten Unternehmen mit allen technischen Mitteln der Kommunikation und des Transports virtuos gehandhabt. Man produziert in einem Land mit niedrigen Löhnen und wenigen Rechten, verkauft in einem anderen mit hohen Preisen und großer Kaufkraft und gründet Gesellschaften dort, wo der Staat machtlos und die Steuer-, Kartell- und Umweltgesetze am investitionsfreundlichsten sind. Mit sehr viel unzureichenderen Mitteln (Schlepperorganisationen, Fälschungen, Bestechungen, Familienclans) versuchen in großer Zahl einzelne – Arbeiter und Intellektuelle – das Gefälle für sich zu nutzen und sich durch *Migration* bescheidene ökonomische Vorteile oder durch die Inanspruchnahme der universellen Menschenrechte zumindest Schutz vor Verfolgung zu verschaffen. Alle Akteure erzeugen als Summe ihrer Einzelhandlungen politische, soziale, ökonomische und ökologische Effekte, die keiner der Handelnden geplant oder intendiert hat und die keiner durch das Eigengewicht seiner Entscheidungen revidieren kann.

Die viel beschworene »multikulturelle Gesellschaft« ist ein solcher Effekt. Ihr Ursprung liegt in der Internationalisie-

rung der Güter- und Arbeitsmärkte, der Verallgemeinerung der Kommunikations- und Transporttechnologien, mit deren Hilfe die Standards des guten Lebens für jedermann sichtbar und erreichbar werden, und der Universalisierung der Menschenrechte.

Multikulturalismus

Sie ist nicht eine erstrebenswerte Utopie, sondern bereits schlechte Wirklichkeit. Bei dem Begriff »multikulturell«, der zur Charakterisierung der neuen Lage benutzt wird, handelt es sich jedoch nicht um eine soziologische Kategorie, die der Strukturanalyse dienen könnte, sondern um eine *Programm*atik, die Teil der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Ansässigen, Vermittlern und Zuwanderern in den Metropolen ist.

Die Gesellschaften, die nach der Ideologie des »*melting pot*« heute das Etikett »*multikulturell*« zur Selbstbeschreibung für sich in Anspruch nehmen: Australien, Kanada, die USA und in Europa vor allem Frankreich, Großbritannien und die Niederländer sind analytisch betrachtet entweder Kolonisten- oder Kolonial-Gesellschaften, in denen die unteren Klassen und Schichten von Zuwanderern beziehungsweise Angehörigen ethnischer Minderheiten gestellt werden. Diese Gesellschaften waren und sind zu charakterisieren durch Formen des externen wie internen Kolonialismus, des Postkolonialismus, des gesellschaftsinternen Zentrum-Peripherie-Gefälles und des politischen Kampfes dagegen. In diesen Gesellschaften herrschen über das Normalmaß hinausgehende Ultra-Ausbeutung, Unterdrückung, Ent-Rechtung und Diskriminierung/Rassismus gegenüber ansässigen oder zugewanderten Minderheiten. Kennzeichnend sind Formen der Ghettoisierung, der ethnischen Mobilisierung und Gemeinschaftsbildung. Von außen betrachtet handelt es sich um Gesellschaften, in denen mit den Kategorien »Rasse« und »Ethnie« Grenzen gezogen werden zwischen verschiedenen Grup-

pen von Menschen und die Zugänge zu Rechten und Lebenschancen differenziert werden. Nach der Delegitimierung des Konzepts »Rasse« sind zumal in Europa »Kultur« beziehungsweise »Ethnizität« als Mittel der Markierung von Gruppendifferenzen zunehmend in den Vordergrund gerückt. Das Prestige einer »Kultur« fungiert dann als Diskriminierungsressource, die zusätzlich zu den Vergesellschaftungsprinzipien »Arbeit« und »Tausch«, »Alter« und »Geschlecht« bei der Zuweisung des sozialen Status eingesetzt werden kann.

Die »kulturelle« Differenzierung erfolgt entlang kontingenter, historisch tradierter Merkmale zur Herstellung von »Wir«- und »Sie«-Gruppen, wodurch die schon immer Diskriminierten oder die später Hinzugekommenen in der Konkurrenz um Güter, Transferleistungen und Chancen geschwächt werden. Die ethnische Zugehörigkeit von angeworbenen Arbeitsmigranten wird in Industriegesellschaften ohne koloniale Vergangenheit, so auch in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und der Schweiz, über das »Ausländer- oder

Fremdenrecht« in einen Rechtsstatus verwandelt, der die politischen Rechte und sozialen Leistungsansprüche begrenzt und eine faktische Diskriminierung legalisiert. »Multikulturalität« ist wie »Pluralität« ein Merkmal von marktwirtschaftlich und rechtsstaatlich geprägten Einwanderungsgesellschaften, die in der Konkurrenz der Prinzipien »politische Gleichheit« und »ökonomische Freiheit« Unterschiede, d. h. Diskriminierung zwischen Gesellschaftsmitgliedern juristisch zulassen und/oder politisch aufrechterhalten.

Die deskriptive Bestimmung der Funktionen von Multikulturalität aus der Beobachterperspektive unterscheidet sich von dem *programmatischen Multikulturalismus*, der angibt, was wir *wollen sollen*, und dabei schnell in Ideologie umschlägt. In der öffentlichen Diskussion, in den Medien, aber auch im wissenschaftlichen Diskurs befinden sich mehr oder weniger ausgeführt vier Konzepte, die in den sozialen Auseinandersetzungen eine Rolle spielen. Mit ihnen suchen gesellschaftliche Gruppen sich ins Verhältnis zu ihrer Praxis zu setzen.

An einem Tisch

Foto: JOKER/I.atz Schmidt

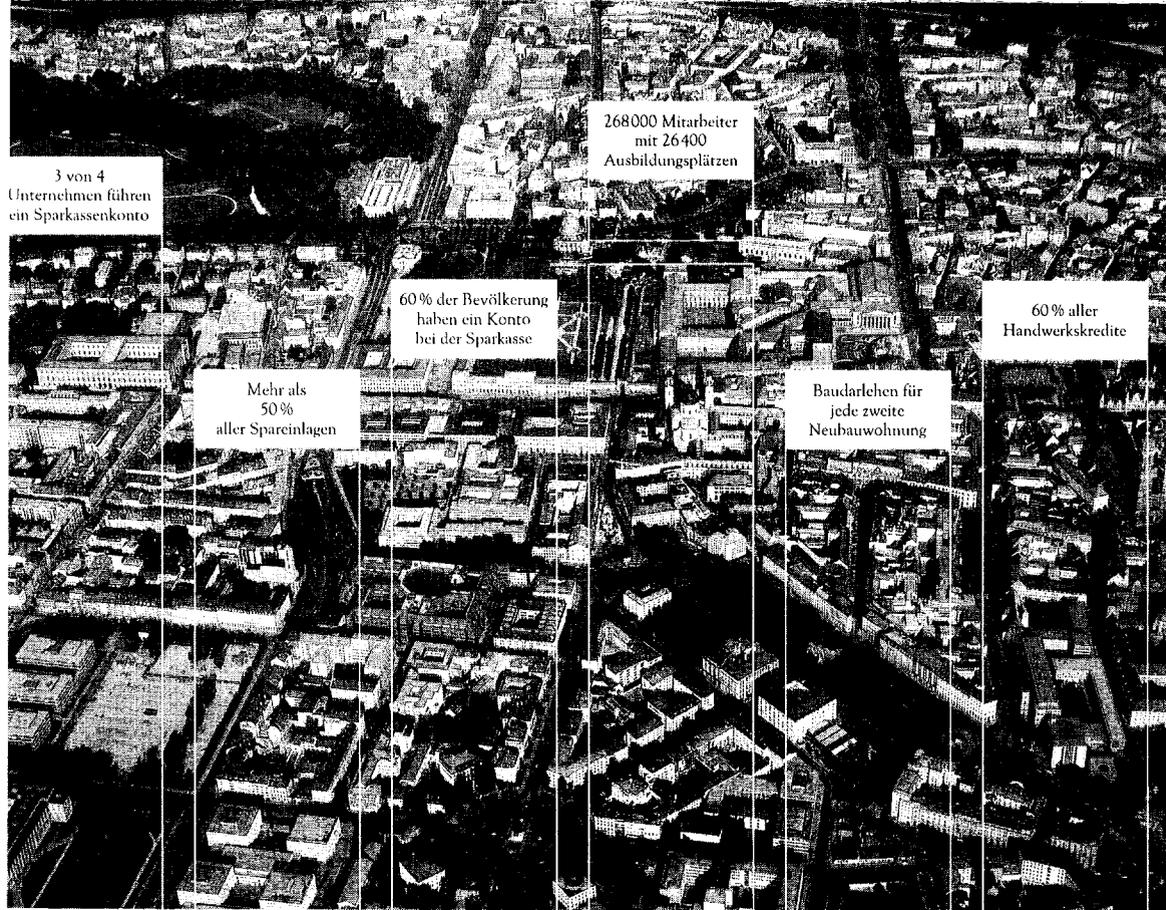


1. Ein *programmatisch-pädagogischer Multikulturalismus* ist entstanden aus der Idee der interkulturellen Erziehung zum gegenseitigen Respekt von als gleichwertig postulierten »Kulturen«; der »Herkunftskultur« der Migranten und der »Mehrheitskultur« der Ansässigen. Dieser Multikulturalismus entzündet sich an den offenbaren Spannungen zwischen Zuwanderern und Ansässigen. Er ist Teil der allgemeinen Tendenz zur Pädagogisierung von sozialen Konflikten, die immer dann einsetzt, wenn andere gesellschaftliche Instanzen ein neu entstehendes Problem nicht bearbeiten können oder wollen. Strukturfragen werden in subjektive Anpassungsprobleme umgedeutet. Geschaffen werden sollen in der Schule und in außerschulischen Bildungseinrichtungen die subjektiven Voraussetzungen für das Leben in einer als »multikulturell« akzeptierten Gesellschaft, in der es darum ginge, das tolerante Nebeneinander von Lebensformen nach dem Pluralismusmodell zu organisieren.

Der programmatisch-pädagogische Multikulturalismus, zu dem sich Sozialdemokraten und große Teile der Grünen bekennen, stellt eine neue (manchmal hilflose) Form des Antifaschismus beziehungsweise Antirassismus dar und dient in vielen Fällen der Psychohygiene seiner Vertreter. Diese moralisierende Form des Multikulturalismus tendiert zu einer sozial-romantischen Verklärung der in der Gesellschaft virulenten Widersprüche, neigt zu einem *Kulturalismus*, der die strukturellen Gegebenheiten und materiellen Konflikte unterschätzt, und steht in der Gefahr, bei Folklorisierung zu enden. Viele der in diesem Geist unternommenen praktischen Anstrengungen haben den Geschmack des Paternalistisch-Caritativ-Kurativen und wirken bisweilen rührend naiv. Allzuoft dient der pädagogische Multikulturalismus einer Strategie der »aktiven Professionalisierung« mit der Organisationen, Pädagogen und Wissenschaftler ihren Stellenbestand im Konzern der Vermittler zu sichern suchen.

2. Ein *kulinarisch-zynischer Multikul-*

turalismus tritt auf als Mittelschichtprojekt der jungen Dienstleister und Modernisierungsgewinner. Vertreten wird er in den *Zeitgeist*-Magazinen, die bei der Reise in die multikulturelle Zukunft zu positivem Denken raten. In ihrer Vorstellung erhöht die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen die Vielfalt, steigert noch die Pluralität der Lebensformen in den Metropolen und wird so zur Bereicherung, zumal in der Kunst und Musik, in der Mode, in der Küche et cetera. Gefeierte werden die neuen Möglichkeiten der »*Cross-Culture*« als Erfolgsrezept fürs dritte Jahrtausend mit durchaus rassistischen Tönen: »Rassenübergreifende Popmusik« für eine »rassenübergreifende Hörerschaft«. Mit der Kreuzung nicht nur von Musikelementen, sondern auch von Erbanlagen entstehen noch im alten Mendelschen Sinne »wundervolle Gesichter«, entgehen die »*Cross-Culture-People*« dem gefürchteten uniformen Durchschnitt. Aus dieser Sicht wird das kapitalistische Prinzip der andauernden forcierten Modernisierung und beschleunigten Dynamisierung der Gesellschaft mit der Folge der Verunsicherung und Entwurzelung der Menschen als unvermeidbar anerkannt. Ein solches Leben erscheint denen, die für sich in Anspruch nehmen, die Stufe postkonventioneller Orientierungen bereits erreicht zu haben, mit Spaß und therapeutischer Hilfe bewältigbar. Wurzellosigkeit wird zum verzweifelt-fröhlichen Programm der Individualisierung, Kosmopolitismus die Voraussetzung eines entfesselten Karrierismus und Konsumismus, der »für Rassestreitigkeiten, die am Geldverdienen hindern würden«, keine Zeit mehr hat. Der kulinarisch-zynische Multikulturalismus spielt mit der sozialdarwinistischen Information (»Wir müssen wieder lernen, mit Armut zu leben, ohne gleich in Ohnmacht zu fallen, wenn wir sie zu Gesicht bekommen« [PflasterStrand 3/90]) und ist bereit, den in der multikulturellen Gesellschaft für unvermeidbar gehaltenen Rassismus zwar nicht zu begrüßen, aber doch als Preis der Freiheit hinzunehmen – dies alles in der Haltung des abgeklärten Postmodernen, dem der missio-



UNSERE LEISTUNGEN AUF EINEN BLICK

Schon ein erster Blick zeigt: Auf wesentlichen Leistungsfeldern ist die Sparkassenorganisation weiterhin die Nummer 1 im deutschen Kreditgewerbe.

Bei uns haben 60% der Bevölkerung ein Konto. Über 50% aller Spareinlagen und 40% aller von Kreditinstituten ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen entfallen auf unsere Institute.

Keine andere Bankengruppe vergibt so viele Kredite an die mittelständische Wirtschaft wie die Sparkassen und Landesbanken. Von uns stammen fast 60% aller Handwerkskredite und rund 65% aller Kommunalkredite.

Bei uns sind die meisten Mitarbeiter tätig: 268000 Frauen und Männer, davon 26400 Auszubildende.

Um unsere Marktposition zu sichern und die Zahlungen zu beschleunigen, setzen wir die Automation konsequent fort. Mit »electronic banking« stellen wir Firmenkunden Datenverarbeitung zur Geschäftsabwicklung und zur Unternehmensführung zur Verfügung.

Mit einem Wort: Wir nehmen unsere Marktposition auch als Verpflichtung für die Zukunft.

**Die Sparkassen
Landesbanken und
Landesbausparkassen**



narische Eifer der Veränderung gesellschaftlicher Zustände längst abhanden gekommen ist.

3. Ein *demographisch-instrumenteller Multikulturalismus* schickt sich mit nüchternem Kalkül in die bevölkerungspolitischen Gegebenheiten: die kollektive »Vergreisung« der Bevölkerung wird von Industrieverbänden unter Arbeitsmarktgesichtspunkten und von Sozialpolitikern in der Sorge um die Finanzierbarkeit der Systeme der sozialen Sicherung zum Ausgangspunkt für die Forderung nach *bedarfsgerechter* Einwanderung gemacht. Mit dem Aufmacher »Einwanderer: Motor für die Gesellschaft« forderte die Zeitschrift *WIRTSCHAFTSWOCHE* »Ausländer rein! Mit oder ohne Paß, die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung kennt nur Inländer«. Die modernen Fraktionen des Kapitals dringen auf die Befreiung von nationalstaatlichen Fesseln: »Es geht somit bei der Arbeitskräfte-Nachfrage«, wird ein Vertreter der Arbeitgeberverbände zitiert, »nicht um Nationen (Deutsche und Ausländer), sondern vielmehr um Qualifikationen«. Das war noch vor der großen Aus- und Übersiedlerwelle, die aus der Sicht der Nationalkonservativen das demographische Problem lösen könnte. Der Bedarf an (niedrig) qualifizierter (Hand-)Arbeit ist mit der ansässigen deutschen Bevölkerung auf absehbare Zeit nicht zu decken. Um dies zu belegen, ließ das Bundespresseamt eilig eine Modellrechnung anfertigen, in der die erwarteten 2 bis 3,5 Millionen Aussiedler als gigantisches Konjunkturprogramm gefeiert werden. Aber Aussiedler allein, halten die Neo-Konservativen dagegen, können die negative Bevölkerungsbewegung nicht auffangen.

Angesichts unabweisbarer demographischer, ökonomischer und sozialpolitischer Notwendigkeiten wirkt der von der Wirtschaft propagierte Multikulturalismus als Ideologie, die einer Bevölkerung, die auf die fremden Zuwanderer mit Angst, Verunsicherung und Feindlichkeit reagiert, sich am Arbeits-, Wohnungs- oder Bildungsmarkt unter Konkurrenz gesetzt oder ihre kulturelle Hegemonie bedroht sieht, die neuen Per-

spektiven einer Gesellschaft universalisierter Märkte akzeptabel machen soll. Der demographisch-instrumentelle Multikulturalismus ist die neokonservative Variante der Legitimation eines neuen Modernisierungsschubes, den nicht philanthropische Kultur- und Freundschaftsgesellschaften, sondern international operierende Kapitale ausgelöst haben. Im klassischen Sinne als Ideologie-Produzent betätigt sich Ex-CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, der die nationalen Bremsen lockern will und dazu die schicken Zeitgeist-Traktate für seine Klientel populistisch paraphrasiert und eindeutlich: »Klassische Musik ist wie Rock' n'Roll und Popmusik rassenübergreifend«. Aus *Cross-Culture* wird die »Kreuzung der Kulturen«, die *Cross-Culture-People* kehren wieder in der Sentenz »... muß es der Hans nicht länger mit der Grete treiben«.

4. Ein *reaktiv-fundamentalistischer Multikulturalismus* bildet sich bei den Migranten heraus, sobald sie vom programmatisch-pädagogischen Multikulturalismus überzeugt oder enttäuscht sind. Wenn ihnen »weiße« Intellektuelle und Sozialarbeiter nachdrücklich ihre »Kultur« wieder nahegebracht haben, kommt es zu einer demonstrativen Rückbesinnung auf kommunale Lebensformen der Familie, der Nachbarschaft und der Freundschaft. Gegen die feindlich und abweisend erlebte Mehrheitsgesellschaft wird der Rückzug in die Authentizität der »kulturellen Identität« angetreten. Der institutionalisierten Diskriminierung wird durch die Selbstorganisation von Neben(infra)strukturen begegnet, die in Subgesellschaften (Ghettos) und eigenständigen Machtpotentialen (Clans) einmündet.

Als exemplarisch für das Entstehen und Wirken dieser Form des Multikulturalismus kann der Fall *Rushdie* gelten, der seinen Ausgang in der »multikulturellen« Stadt Bradford nahm, wo die Labour-Partei in ihrer Stadtpolitik über Jahre dem Programm des pädagogischen Multikulturalismus gefolgt war. Die Anstrengungen mußten als Augenwischerei empfunden werden angesichts der in al-

len Lebensbereichen meßbaren Effekte der Diskriminierung und der offenkundigen Ungleichbehandlung der Konfessionen. Das Ergebnis war die ethnische Formierung von Mehrheit und Minderheiten in einem politischen Konflikt, in dem nun – schärfer noch als im französischen »Kopftuchstreit« – traditionelle Prinzipien unversöhnlich gegen moderne Orientierungen zu stehen scheinen. Diese Form des Multikulturalismus hat die Tendenz zum Traditionalismus, zum Nationalismus und Fundamentalismus, der sich an der eigenen Rechtschaffenheit genügt. Sie steht der Argumentation der nationalistischen Fraktion der Ansässigen nicht fern und gerät gerade deshalb in einen unüberbrückbaren Gegensatz zu ihr, wenn sie außerparlamentarische Mobilisierung gegen die strukturelle Gewalt der Mehrheitsgesellschaft setzt.

Ersichtlich hat jede der vier programmatischen Deutungen erhebliche Folgen in den jeweiligen Handlungsfeldern ihrer Verfechter. Pädagogen verschaffen sich ein gutes Gewissen und eine Klientel; Modernisten brauchen sich über die Diskriminierung nicht mehr aufzuregen, sondern können ihre Vorteile genießen; Arbeitgeber bekommen die gesuchte Arbeitskraft und Migranten haben eine feste Basis für moralischen Rigorismus. Alle vier Interpretationen münden in einer *Ethnisierung* und *Selbstethnisierung* gesellschaftlicher Gruppen und sozialer Konflikte. Der »Multikulturalismus« wirkt als Ideologie zur Rechtfertigung von Diskriminierungsstrategien – positiven wie negativen – bei der Behandlung von Schülern, Nachbarn, Arbeitskollegen und in der Konkurrenz um soziale Leistungen. Noch in der wohlmeinenden Absicht des Kulturerhalts verkennt und vernebelt er die Funktionen einer ethnischen Differenzierung der Gesellschaft, die objektiv zu einer der Funktionsbedingungen der modernen Marktwirtschaften in den Zentren geworden zu sein scheint. Zwischen Befürwortern und Gegnern der »multikulturellen Gesellschaft« etabliert sich ein öffentlicher Diskurs, in dem alle Seiten, National-Konservative und Fundamentalisten wie Modernisierer und Er-

zieher, die Kategorien »Kultur« und »Ethnie« als Beschreibungskategorien von Gesellschaft reproduzieren und für die Praxis der Differenzmarkierung in Politik und Alltag bereitstellen. Was aber hat »Kultur« mit »Migration« zu tun? Was mit Diskriminierung und Ausbeutung? Der Begriff der »multikulturellen« Gesellschaft führt in die Irre, wenn er programmatisch als Leitbild einer zukünftigen Gesellschaft benutzt wird.

Sozialstaat

Die für die Betroffenen folgenreichste Diskriminierung geht in »multikulturellen Gesellschaften« vom Staat aus. Nicht die auf Vorurteil oder Xenophobie beruhenden aversiven Akte einzelner oder kleiner Gruppen, nicht die fehlende Anpassungsbereitschaft der Zuwanderer, sondern maßgeblich die administrativ umgesetzte rechtliche und soziale Benachteiligung der Zuwanderer bewirken deren Marginalisierung und verhindern ihre »Integration« in die Gesellschaft.

Rolle und Funktion des Staates in der »sozialen Marktwirtschaft« sind unter dem Titel »Sozialstaatsproblematik« ein zentrales und weitverzweigtes Thema der Ökonomie, der Politik und der Sozialpolitik. Mit Blick auf die »multikulturelle Gesellschaft« läßt sich der Widerspruch, in dem der moderne Staat zwischen »ökonomischer Freiheit«, »politischer Gleichheit« und »sozialer Sicherung« agieren muß, so zuspitzen: Der Staat ist im Selbstverständnis westlicher Demokratien einerseits *Garant der Menschenrechte*, formal als Rechtsstaat und materiell als Sozial- und Wohlfahrtsstaat. Er muß andererseits die Reproduktionsbedingungen des Kapitals gewährleisten, also die Rahmenvorgaben der Produktion, zu denen die Arbeitnehmerrechte ebenso gehören wie das Kartellrecht oder Gesetze zum Schutz der Umwelt. Da das Kapital scheu ist wie ein Reh, muß der Staat ihm den Aufenthalt so komfortabel wie möglich machen, schon um sich selbst als Steuerstaat zu finanzieren und seine eigene Leistungsfähigkeit im Be-

reich der Alters-, Sozial- und Gesundheitsvorsorge zu sichern.

Der Sozialstaat muß um des Erhalts seiner Legitimität willen seine Tätigkeit darauf ausrichten, einerseits die Bedingungen kontinuierlichen Wirtschaftswachstums zu gewährleisten, aber er muß zugleich darauf achten, die dysfunktionalen Nebenwirkungen des Wirtschaftsprozesses für den einzelnen erträglich zu halten. Für den Staat entsteht in diesem Spannungsverhältnis ein Steuerungs- und Regulierungsproblem in einer komplexen und zum Teil unübersichtlichen Situation bei beschränkten Mitteln. Seine Handlungsmöglichkeiten sind äußerst begrenzt, wenn es sich um die Überschreitung der Systemgrenze, das heißt der privaten Verfügungsmacht über den Kapitaleinsatz handelt. Diese Grenzen setzen die Gesetze der Kapitalreproduktion. Seine Möglichkeiten sind ähnlich beschränkt, wenn es um die Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten geht. Diese Grenzen zieht die Verfassung.

Es gibt Anzeichen dafür, daß der Grundantagonismus von Kapital und Arbeit, den Marx noch als Motor der Geschichte beschrieben hatte, nicht nur im Weltmaßstab, sondern auch innergesellschaftlich verblaßt. Er reproduziert sich im modernen Sozialstaat nicht mehr ausschließlich als Klassengegensatz, sondern mündet in direkte *Klientelverhältnisse* des einzelnen gegenüber dem Staat. Dies gilt zumindest für die einheimische Bevölkerung, während für die Zugewanderten am Rande der Gesellschaften gerade die ursprüngliche, rohe Form des Antagonismus fortbestehen kann. Die Proletarier sind heute die Migranten. Aus dem Klassenkampf wird für die Einheimischen die individuelle Konkurrenz um den Zugang zu den knappen Ressourcen Arbeit, Wohnung und Bildung, für die Zugewanderten die Notwendigkeit, sich in einer neuen Hackordnung »ganz hinten« anzustellen.

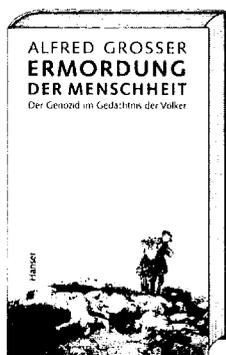
Um seine Handlungsfähigkeit zu erhalten, ist der Sozialstaat gezwungen, periodisch – in Krisen oder zur Krisenvermeidung – Leistungsansprüche abzuwehren oder, was die Kehrseite der Lei-

stungsverweigerung ist, die Verwertungs- bzw. Reproduktionsbedingungen des Kapitals zu verbessern. Er kann sich dazu wiederum eines innergesellschaftlichen *Gefälles* bedienen, das in der ungleichen Fähigkeit zur Organisation, Artikulation und Durchsetzung von Interessen besteht. Das Gefälle wird erzeugt durch eine Ungleichheit des Rechtsstatus seiner Klienten, die benutzt wird, um die Betroffenen in der Auseinandersetzung um Leistungen im Sozialstaat oder am Arbeitsmarkt zu schwächen. Beides kann bei der Mehrheit durch gezielte Loyalitätserzeugung bzw. Loyalitätsbindung, mit der Diskriminierung als rechtens und legitim dargestellt wird, unterstützt werden.

Solange ein derart dramatisches Gefälle zwischen Nord und Süd, West und Ost in den Dimensionen Wohlstand, politische und soziale Rechte und Zustand der Umwelt besteht, wie es derzeit der Fall ist, wird es massenhafte Wanderungsbewegungen in Richtung auf die Metropolen geben. Ebenso sicher wird sich die Festung Europa, die nach innen das Gefälle zwischen den Mitgliedsstaaten durch Homogenisierungsmaßnahmen im Rahmen des gemeinsamen Marktes '93 abzubauen sucht, je nach Bedarf nach außen abschotten. Heute ist es nicht mehr die Figur der imperialistischen Inbesitznahme der Kolonien, die das Verhältnis der industriellen Welt zu der Peripherie bestimmt, sondern umgekehrt sieht sich das Zentrum, in dem der Wohlstand akkumuliert wurde, im Belagerungszustand und sucht sich gegen die »Habenichtse« zu schützen. Vor Jahren waren es nur Manöver, als die Schweizer Armee den Einsatz gegen Flüchtlingsströme übte und dazu mit Stacheldraht bewehrte Grenzlager errichtete; im März standen österreichische Truppen im Ernstfall und schützten die Grenzen zu Ungarn, an denen gerade erst die Drahtverhaue beseitigt worden waren, gegen Flüchtlinge aus Rumänien. In Süd-Italien haben reguläre Truppen den Grenzschutz gegenüber illegalen Einwanderern und Flüchtlingen aus Afrika übernommen.

Ein Plädoyer für Brüderlichkeit und Menschenwürde

Staatlich legitimierte und organisierte Morde an ganzen Völkern und Menschengruppen reichen bis in unsere Gegenwart. Welche verhängnisvollen Mechanismen des Vergessens, der Verdrängung, der Schuldzuweisung sind wirksam, wenn die Schuldigen und ihre Nachkommen sich der Verantwortung zu entziehen versuchen? Grossers Studie ist eine Anklage gegen das Verschweigen und eine aufrüttelnde, beständige Mahnung, daß sich Klagen und Trauer in politisches Handeln und Engagement verwandeln.



Aus dem
Französischen von
Ulrike Bokelmann.
300 Seiten.
Gebunden.
DM 39,80



Bürgerrechte

Die nationalstaatliche Ausschließung, die in das Rechts- und Verwaltungssystem des Staates eingebaut ist, führt zu einer Einteilung in Privilegierte und Unterprivilegierte, im Effekt zu einer Legitimation der Unterschichtung der Gesellschaft und letztlich zu einer Marginalisierung ganzer Bevölkerungsgruppen aufgrund ihrer Herkunft. Sie stigmatisiert die Zugewanderten und gibt sie der alltäglichen Diskriminierung preis. Es handelt sich um ein Entgegenkommen der rechtlichen und politischen Strukturen, das die lange tradierten und tief verwurzelten Formen der alltäglichen Fremdenfeindlichkeit freisetzt. Die Ausländerbeauftragte des Berliner Senats hat ein Gutachten anfertigen lassen, in dem die diskriminierenden, Ausländer benachteiligenden Bestimmungen in dem weitverzweigten Gesetzes- und Verordnungswerk des Landes Berlin aufgedeckt werden. Das reicht vom Sozialrecht, dem Entschädigungsrecht, dem Berufs- und Gewerbeamt bis zum Verkehrs- und Vereinsrecht; es betrifft das Steuerrecht ebenso wie die Vergabe von Ausbildungsförderungen; ganz abgesehen von den fundamentalen Einschränkungen der Bürgerrechte, die das Aufenthaltsrecht, das Recht auf Freizügigkeit und das Wahlrecht betreffen. Warum sollten Arbeitgeber, Hauswirte, Verwaltungsbeamte und andere dieses rechtsstaatlich erzeugte Gefälle nicht ökonomisch nutzen?

Die Diskriminierungen sind rechtsstaatlich insofern, als sie sich auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland berufen können. Die gültige Verfassung läßt eine Lesart zu, die wesentliche Bürgerrechte an die Zugehörigkeit zum deutschen Volk, zum »*ethnos*«, zur Abstammungsgemeinschaft, bindet. Eine solche Interpretation bildet den Gegenpol zu einer republikanischen Denktradition etwa des französischen Rechts, in dem die Nation durch ein »*demos*« konstituiert wird, also durch die Bevölkerung, die auf einem Territorium lebt und sich in einer Vertragsgemeinschaft um die Prinzipien des universellen Men-

schenrechts zusammenfindet. Die fundamentalen Menschenrechte sind auch im bundesrepublikanischen Grundgesetz universell. Nicht so die *Bürgerrechte*, darunter das Niederlassungsrecht, das Recht auf Freizügigkeit und das Wahlrecht. Sie sind Deutschen im Sinne des Grundgesetzes vorbehalten. Dort geraten beide Rechtstraditionen, die des ethnischen und die des republikanischen Denkens, in Spannung zueinander, die Verankerung beider Prinzipien in einer Verfassung hat erhebliche praktisch-politische Folgen.

Wie kurzatmig und hilflos der Antirassismus in der Bundesrepublik ist, zeigt sich an der mit Blick auf den Anschluß der DDR geführten beziehungsweise verhinderten Verfassungsdebatte. Das Grundgesetz, die beste aller Verfassungen? Wer auch immer sich zu der Alternative »Anschluß nach Artikel 23 GG« oder »Verfassungsdiskussion nach Artikel 146 GG« äußert, diskutiert wird allenfalls über Nachbesserungen bei den sozialen Rechten: dem Recht auf Arbeit, Wohnen, Umwelt et cetera, die mindestens als nicht einklagbare Staatsziele in einer modernen Verfassung verankert werden sollten. Die mit Blick auf die Neuordnung Europas und das bestehende Gefälle zwischen West und Ost, Nord und Süd virulente Problematik des Umgangs mit Migrantinnen und Minderheiten bleibt nahezu unbeachtet. Auch der Entwurf für eine neue Verfassung der DDR, den eine Arbeitsgruppe des Zentralen Runden Tisches im April vorgelegt hat, schafft in dem Punkt der Menschen- und Bürgerrechte von Ausländern und Staatenlosen keine Klarheit. Wer gehört zu dem Volk, das Träger der Staatsgewalt ist?

Nur vereinzelt wird auf das Strukturproblem des deutschen Verfassungsdenkens hingewiesen. Jürgen Habermas stellt vor den von ihm als Alternative zum »DM-Nationalismus« favorisierten Verfassungspatriotismus die Notwendigkeit, das herrschende völkische durch ein republikanisches Verfassungsverständnis zu überwinden. Mit Blick auf die weltweite Verbreitung der Marktwirtschaft

und die daraus zwangsläufig erwachsende Folge der ethnischen Differenzierung und Pluralisierung der nationalstaatliche Grenzen sprengenden Gesellschaften müßte das ethnische Prinzip, das nichtdeutsche Bevölkerungsgruppen von wesentlichen Bürgerrechten auf Dauer ausschließt, selbst revidiert werden, soll der Pest der alltäglichen Diskriminierung wirkungsvoll begegnet werden.

Eine solche Revision wäre die Vollendung eines Modernisierungsprozesses, den die Bundesrepublik Deutschland seit 1949 durch die Integration in die westliche Wertegemeinschaft durchgemacht hat. Eine Änderung der Verfassung am Ende des 20. Jahrhunderts, die von den Mythen des »Volkes« und der »Nation«, die aus dem 19. Jahrhundert stammen, endgültig Abschied nähme, wäre eine zukunftsweisende Entscheidung. Mit ihr würde eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung für ein geregeltes, Gerechtigkeitsnormen verpflichtetes Zusammenleben von Menschen verschiedener regionaler Herkunft geschaffen – im Inneren und nach außen. Sie würde die angesichts der Vereinigung Deutschlands wachsende Furcht der Nachbarn vor einem Wiederaufleben des deutschen Nationalismus beschwichtigen; sie würde die in der DDR konservierten Formen des Ethnozentrismus und der Xenophobie neutralisieren und die ideologischen Nebel über der westdeutschen Diskussion über Migranten und Minderheiten vertreiben.

Wer aber hätte an einer solchen Revision der Verfassung ein Interesse? Der Sozialstaat *nicht*, der sich eines wie auch immer unzulänglichen Steuerungsmittels begeben würde. Er klammert sich zum Erhalt seiner Funktionsfähigkeit und zur Sicherung seiner Finanzierbarkeit an die Option der Diskriminierung derjenigen, die in seinen Geltungsbereich gelangt sind, ebenso wie an die Option der Abschottung der Grenzen gegenüber denjenigen, die seine Leistungen durch Zuwanderung in Anspruch nehmen wollen. Dazu dient das Ausländergesetz, dazu dient die restriktive Handhabung des

Asylrechts und dem dienen internationale Abkommen über die Sicherung der äußeren Grenzen des Gemeinsamen Marktes.

Eine solche Revision hat auch bei den Dirigenten des Arbeitsmarktes keine Lobby. Die Arbeitgeber, die mit ihren Anwerbe-, Investitions- und Allokationsentscheidungen die Vielfalt erzeugen, scheuen sich nicht um Nationalitäten und die aus ihrem Zusammenleben resultierenden Probleme, sondern sie suchen, wie gehört, Qualifikationen, diese aber zu den günstigsten Konditionen. Mit rechtlich geschwächten Arbeitern, die aus dem Sozialstaatskompromiß auch nur teilweise ausgeklammert bleiben, läßt sich leichter verhandeln. Zwar haben die westdeutschen Gewerkschaften immer darauf geachtet, Beschäftigungsverhältnisse außerhalb der tariflichen Regelungen in die Illegalität der Schwarzarbeit abzudrängen, aber die Beschäftigung in sogenannten Leichtlohngruppen und unter Bedingungen der Teilzeitarbeit hat genau jene Unterschichtung und Segmentierung des Arbeitsmarktes ermöglicht, die die Beschäftigung von Migranten für Gewerkschaften und Arbeitgeber zu einem sozialen und ökonomischen Kalkül macht. Die ansässigen Arbeiter sind durch einen »Fahrstuhleffekt« in die besser bezahlten Facharbeiterpositionen gehoben worden, die Arbeitgeber verfügen mit der Migration über eine dispo-nible Arbeitskraftreserve, die Arbeitsmarktpolitiker über eine zusätzliche Steuerungsmöglichkeit.

Fürsprecher findet eine Revision der Verfassung mit Blick auf die Ausländergesetzgebung, die nicht länger als Rand-, sondern als Kernfrage eines republikanischen Selbstverständnisses zu behandeln wäre, nur bei den zumeist intellektuellen Wächtern der *politischen Kultur*, denen die Verweigerung von Bürgerrechten und die damit andauernde indirekte Verletzung von Menschenrechten zum unerträglichen Zustand in einem Gemeinwesen wird, das sein historisches Selbstverständnis als Nachfolgestaat des Dritten Reiches und seinen Anspruch auf moralische Überlegenheit gegenüber dem Tota-

litarismus jeglicher Provenienz aus seiner Selbstverpflichtung auf die Universalität der Menschenrechte bezieht. In dieser Sicht schädigt die Praxis der Diskriminierung von Migranten und Minderheiten die eigene Gesellschaft und verschärft dabei zunehmend das zugrunde liegende Problem der Kollision von systemischen Handlungsrationalitäten und politischen Wertorientierungen. Sie erkennen im Einbau des nationalistischen Ausschließungsprinzips in den Sozial- und Rechtsstaat ein Konfliktpotential, dessen volles Ausmaß erst sichtbar werden wird, wenn auf dem Hintergrund des West-Ost- und Nord-Süd-Gefälles in ganz Europa die Nationalismen wieder aufgebrochen sein werden: gegen die Ausländer draußen und gegen die Fremden drinnen; entzündet an leergekauften Regalen, vielfach bezogenem Kindergeld oder mißgönnter Arbeitslosenunterstützung. Aber ihre Warnungen verhallen ungehört. Ein Verzicht auf das Mittel der Diskriminierung von Migranten könnte in der derzeitigen Konstellation nur als verantwortliche Selbstbeschränkung eingeführt werden, nicht nur zu Vermeidung destruktiver Folgen, sondern auch als eine Art Selbstbindung der staatlichen und privaten Interessenten, die zur Freisetzung von Suchbewegungen führen müßte, die zukunftsweisende Lösungen des Widerspruchs aufzuspüren hätten.

Darauf setzen auch die Protagonisten des Multikulturalismus. Aber ihre Position, die sich bisher nur auf politische Moral und auf »kommunikativ erzeugte Macht« stützt, ist nicht nur schwach, sie hat auch, anders als im Falle der Umweltprobleme, kein »Widerlager im Sozialen«. Während im Bereich der Ökologie eine ökonomische Selbstbeschränkung zwingend zu werden beginnt, weil die Zerstörung der natürlichen Grundlagen ein Weiterwirtschaften wie bisher unmöglich zu machen droht, fehlt in bezug auf die Probleme der Rechtsungleichheit von Minderheiten das entsprechende Risikobewußtsein. Solange das Problem durch Maßnahmen der inneren Sicherheit, durch Segregation und Pädagogik beherrschbar zu sein scheint, ist die Wir-

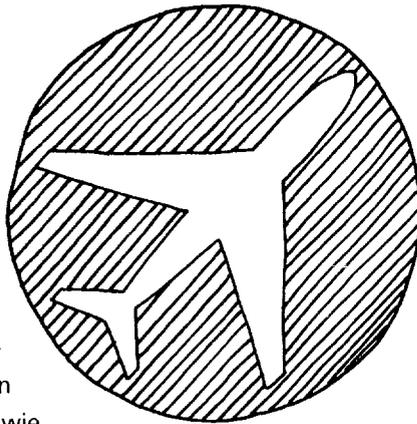
kung der Macht der aufklärerischen Kommunikation äußerst begrenzt. Das mag sich nach dem Menetekel in Osteuropa und der Sowjetunion bald ändern.

Die Kassation des Prinzips des Internationalismus in den Ländern des real existierenden Sozialismus beseitigt nicht nur im Osten eine wirksame Sperre gegen einen wiederaufbrechenden Nationalismus, dessen ideologische Waffen »Volk«, »Muttersprache« und »ethnische Gemeinschaft« nie vollständig abgerüstet worden sind. Dazu, daß sie auch im Westen wieder zum Einsatz kommen, leistet der Multikulturalismus in allen seinen Spielarten und leisten die Sozialwissenschaften, zumal die Linguistik und die Pädagogik, einen wesentlichen Beitrag. Die Beschreibung von Gesellschaft mit den Kategorien Kultur und Ethnizität verlängert eine Tradition des ethnischen Denkens, das eine Plattform für den Nationalstaates bereitet hat. Im Interesse der Etablierung einer auf Egalität und Menschenwürde gegründeten politischen Kultur wäre in einer breiten Debatte um einen republikanischen Verfassung der Widerspruch zwischen den sozialstaatlichen den teilweise gegenläufigen ökonomischen Rationalitäten und den politisch-moralischen Ansprüchen einer Gesellschaft auszutragen, die zu lernen hätte, mit ihrer nationalstaatlichen Entgrenzung umzugehen.

Erweiterte Fassung eines Vortrages, gehalten am 5. 5. 1990 in der Evangelischen Akademie Arnoldshain bei der Tagung »Was haben sie hier verloren – was können sie hier finden? Soziale Lage, kultureller Kontext und Identitätsbildung ausländischer Jugendlicher«. Für eine kritische Durchsicht des Manuskripts dankt der Autor Michael Bommes.

Ein wirtschaftlicher Plus-Punkt für unser Land.

Wer die wirtschaftliche Lage unseres Landes auf den Punkt bringt, stellt fest, daß am Flughafen Frankfurt kein Weg vorbeiführt. Jährlich bald 30 Millionen Fluggäste und ein Frachtaufkommen von über 1 Million Tonnen sprechen für die nationale wie internationale Bedeutung dieses Luftverkehrs-Knotenpunkts in der Mitte unseres Kontinents. Das fördert den Tourismus. Sorgt für optimale Geschäftsverbindungen. Und als größter Frachtflughafen Europas bietet er unserer Wirtschaft eine optimale Ausgangsposition im Wettbewerb auf den



Märkten der Welt. Auch beschäftigungspolitisch ist er aus Hessen nicht mehr wegzudenken: mehr als 50.000 Arbeitsplätze wurden hier geschaffen. In der Umgebung leben weitere 100.000 Menschen von seinen Aufträgen. Der Flughafen Frankfurt: Punkt für Punkt ein Plus für unser Land.

Flughafen

Frankfurt/Main AG

Multikulturelle Gesellschaft und Grundgesetz

Schon vor nunmehr zehn Jahren stand die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu einer multikulturell geprägten Gesellschaft zur Debatte. 1980 warnte der seinerzeitige Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Jürgen Schilling, in der ZEIT vor einem derartigen Prozeß und sprach sich für eine »Rückführung« hier lebender Ausländer aus. Das »westdeutsche Teilvolk« habe sich durch den Aufenthalt fremder Staatsangehöriger im Bundesgebiet weit von der deutschen Identität wegentwickelt. Demgegenüber sei diese von der alteingesessenen und durch das »Zusammenwachsen deutscher und westslawischer Elemente« entstandenen Bevölkerung in der DDR in ihrer hermetischen Abgeschlossenheit bewahrt worden. »Ausländer-Repatriierung« sei somit ein aus dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes folgender Verfassungsauftrag. Seitdem haben nationalkonservative Kreise diesen Ball immer wieder aufgegriffen, sei es beispielsweise Johann Georg Reißmüller 1985 in der FAZ oder aber der frühere Staatssekretär Uhlitz im Jahre 1986 im Organ der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen und Juristinnen, *Recht und Politik*. Uhlitz zufolge besteht ein Antagonismus zwischen dem deutschen Volk, das als kulturelle Einheit gedacht wird, und dem Konzept einer ethnisch-multikulturellen Gesellschaft. Verfassungswidrig sei es, »nichtassimilierten und wohl auch nicht assimilierbaren Bevölkerungsgruppen, deren Einreise nur für einen vorübergehenden Aufenthalt gestattet wurde, einen Minderheitenstatus, dauernde Niederlassungsrechte und die deutsche Staatsangehörigkeit zu verleihen«. Angereichert wird diese Diskussion zusehends um den Versuch, wachsendes Umweltbewußtsein für nationalistische, fremdenfeindliche Zwecke zu nutzen. Die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit der Bundesrepublik durch

die Anwesenheit von Ausländern werden beschworen, wie dies beispielsweise vom »Vertreter des öffentlichen Interesses« des Landes Baden-Württemberg im Rahmen der öffentlichen Sachverständigenanhörung des Bundestags-Innenausschusses zum neuen Ausländergesetz vorgebracht wurde. Sein bayerischer Kollege Ritter spricht in der vor kurzem erschienenen und mit vielerlei Unterstellungen versehenen Streitschrift *Sturm auf Europa* von der multikulturellen Gesellschaft als »Hölle«, der gegenüber sogar ein kommunistisches System als »wesentlich erträglicher« vorzuziehen sei.

Die endgültige Neuvereinigung beider deutscher Staaten ist inzwischen vollzogen – ungeachtet des Umstands, daß sich gegenwärtig mehr als 4,5 Millionen Ausländer im Bundesgebiet aufhalten. Doch ist zu befürchten, daß unter dem Eindruck des deutschnationalen Getümmels dieser Tage und wachsender sozialer Konflikte beiderseits der Grenzen nationalistische Strömungen zusehends weiteren Auftrieb erhalten. Die ideologiegeladene, gesellschaftliche Interessendivergenzen wie die Vielfalt der Lebensstile verschleiernde Forderung nach Bewahrung des eigenen »nationalen Charakters« als vermeintlich legitimes und verfassungsrechtlich gebotenes Ziel und die geschichtsträchtige Formel von der vorgeblichen Homogenität der Gesellschaft werden mit Sicherheit in der künftigen ausländerpolitischen Debatte breiten Raum einnehmen. Dies gilt insbesondere in Wahlkampfzeiten, in denen es in der Logik der Macht ganz besonders von Strukturproblemen abzulenken gilt.

Die populistische Asylrechtsdebatte

Die Asyldiskussion kann hier als Beleg dienen. So gehörte es zur Tradition rechtskonservativer Politik, in den zurückliegenden Jahren die sommerliche »Saure-Gurken-Zeit« regelmäßig dazu zu nutzen, die Forderung nach einer Änderung des Grundgesetzes mit dem Ziel zu erheben, das Asylrecht abzuschaffen oder unter Gesetzesvorbehalt zu stellen. Oskar Lafontaine ist nun mit seinen jüng-

sten Vorschlägen in populistischer Manier auf diesen Zug aufgesprungen, hat damit Öl in das von Vertretern der Unionsparteien schon lange am Köcheln gehaltene Feuer gegossen und eine Diskussion angeheizt, die schließlich geeignet ist, die mit dem gewählten Weg der Wiedervereinigung verbundenen innenpolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Kalamitäten, die die Regierungsparteien gar zu gerne unthematisiert lassen wollen, zu übertünchen.

Das Asylrecht des Art. 16 Abs. 2 GG ist die Konsequenz aus den Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur gegenüber Juden, Zigeunern, Homosexuellen, Angehörigen der Arbeiterbewegung und Andersdenkenden. Die historischen Zusammenhänge, in denen dieses Grundrecht zu sehen ist, sind auch für uns, die wir inzwischen mehrheitlich zur Generation der sogenannten Nachgeborenen zählen, uneingeschränkt bindend und verpflichtend. Dagegen zielt die Forde-

rung, den Asylrechtsartikel unter Gesetzesvorbehalt zu stellen, letzten Endes auf die Abschaffung dieses Grundrechts. Dabei ist es unbestritten, daß das Asylrecht gelegentlich auch mißbräuchlich in Anspruch genommen wird. Und dies bisweilen sogar aufgrund *behördlicher* Empfehlung. Hat doch das bayerische Innenministerium noch vor kurzem den Vertriebenenverbänden die Empfehlung gegeben, Angehörige aus Staaten des ehemaligen Ostblocks, die erfolglos ihre Anerkennung als Vertriebene beantragt hatten, auf das Stellen eines Asylgesuchs zu verweisen, um den weiteren Aufenthalt im Inland zu sichern.

Gleichwohl ist die ungerechtfertigte Inanspruchnahme eines Grundrechts für sich allein kein Grund, dieses abzuschaffen. Kaum jemand kommt auf die Idee, etwa wegen immer wieder festzustellenden mißbräuchlichen Bemühens eigentumsrechtlicher Positionen (z. B. im Mietrecht) die Eigentumsfreiheit der Arti-

Asylanträge im Bundesamt Nürnberg

Foto: Eduard N. Fiegel



kel 14 GG in Frage zu stellen. Und daß die überwiegende Zahl der bei Gerichten erhobenen Klagen abgewiesen wird, hat ebenfalls noch nicht den Ruf nach Abschaffung der Rechtsschutzgarantie des Artikel 19 Abs. 4 GG erklingen lassen. Es gehört nun einmal zu den Charakteristika einer durch Grundrechte verfaßten Gesellschaft, daß das Einräumen verfassungsmäßiger Freiheitsrechte deren mißbräuchliche Inanspruchnahme nicht ausschließt. Dies ist aber um der Freiheitsverbürgung willen – wenn vielleicht auch zähneknirschend – in Kauf zu nehmen. Schließlich gibt es unterhalb der Ebene der Verfassungsrevision effektive Mittel, dem entgegenzusteuern.

Ethnisch-kulturelle Vielfalt möglich

Das Grundgesetz konzipiert die Bundesrepublik Deutschland nicht als nach außen hermetisch abgeschotteten Staat. Vielmehr hat es in seiner Präambel die Vision eines vereinten Europas, in dem der Bundesrepublik eine gleichberechtigte Rolle zukommen soll, als eine der zentralen Zielvorstellungen aufgenommen. Um dieses Ziel erreichen zu können, räumt Art. 24 Abs. 1 GG dem Bund die Befugnis ein, durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen zu übertragen, sofern, wie das Bundesverfassungsgericht klargestellt hat, mit dieser Delegation der Wesensgehalt der vom Grundgesetz anerkannten Grundrechte nicht angetastet wird. Insbesondere mit der Unterzeichnung des Vertrages über die Gründung der EWG im Jahre 1957 hat die Bundesrepublik von dieser in Art. 24 Abs. 1 GG vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch gemacht und inzwischen der EG umfassende Kompetenzen übertragen, mit der Folge, daß die von den Organen der Gemeinschaft geschaffene eigenständige supranationale Rechtsordnung sämtliche gesellschaftlich relevanten Lebensbereiche erfaßt und teils minutiös regelt. Im vorliegenden Zusammenhang kommt dem vom EWG-Vertrag garantierten Freizügigkeitsrecht für Arbeitnehmer und Selbständige, das künftig nach dem Willen der EG-Kommission auf sämtliche

EG-Bürger erstreckt werden soll, entscheidende Bedeutung zu. Verbürgt dieses doch den Staatsangehörigen der derzeit – aber wie lange noch? – zwölf Mitgliedstaaten das Recht, sich ungeachtet ihrer Nationalität, Sprache, kultureller Eigenarten etc. außerhalb ihres Heimatlandes in jedem der anderen EG-Staaten *auf Dauer* niederzulassen. Doch damit nicht genug: Selbstverständlich steht der EG im Einklang mit Art. 24 Abs. 1 GG grundsätzlich die Befugnis zu, durch den Abschluß weiterer Beitritts- oder Assoziationsverträge den europäischen Binnenraum auch für eine Zuwanderung aus außereuropäischen Ländern zu öffnen und damit den Boden für die Anwesenheit von Ausländern mit ihren je unterschiedlichen kulturellen Traditionen mehr noch als bereits bisher zu bereiten.

Auch die Asylrechtsgarantie des Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG kann als Beleg für die verfassungsrechtliche Unbedenklichkeit einer Entwicklung hin zu einer durch unterschiedliche kulturelle Einflüsse geprägten Gesellschaft angesehen werden. Zum einen gilt nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts das Asylrecht uneingeschränkt und ist so grundsätzlich weder einer zahlenmäßigen noch herkunftsorientierten oder -bezogenen Begrenzung zugänglich. Zum anderen ist im Verlauf der Beratungen des Parlamentarischen Rates die kulturelle Bereicherung durch die Zuwanderung von Asylsuchenden positiv hervorgehoben worden.

Neben den erwähnten Art. 24 Abs. 1 und 16 Abs. 2 Satz 2 GG erhält im gegebenen Zusammenhang auch Artikel 73 Nr. 3 GG Gewicht. Diese Norm regelt die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes unter anderem für den Bereich der *Einwanderung*, also des dauerhaften Verbleibs Nicht-Deutscher im Bundesgebiet. Zwar lassen sich aus Zuständigkeitsnormen grundsätzlich keine Folgerungen hinsichtlich der materiellrechtlichen Ausgestaltung bestimmter Lebensbereiche ziehen. Gleichwohl belegen Art. 73 Nr. 3 GG und ergänzend Art. 74 Nr. 4 GG, der die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz für Aufenthalt

und Niederlassung von Ausländern regelt, daß der Verfassungsgeber den Zuzug und den dauernden Verbleib von Ausländern in der Bundesrepublik unbeschadet ihrer Nationalität und kulturellen Eigenarten für möglich erachtet hat – gerade auch im Hinblick auf die historischen Erfahrungen mit der zeitweise starken Einwanderung von Ausländern in das Gebiet des Deutschen Reiches, insbesondere vor dem Ersten Weltkrieg.

Die geltende Verfassungsordnung steht der Öffnung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu einer um ethnisch-kulturelle Vielfalt ergänzten Gesellschaft nicht entgegen, sondern beinhaltet die Rechtsgrundlage für einen solchen dynamischen Prozeß. Doch ist damit noch nichts darüber ausgesagt, ob das Grundgesetz ein Rahmenkonzept dafür vorsieht und wie es dieses gegebenenfalls ausgestaltet.

Verfassungsrechtliche Vorgaben

Das Grundgesetz ist als Reaktion auf das nationalsozialistische Terrorregime geschaffen worden. Oberste Ziele und bindende Verpflichtung sind u. a. in dem Bekenntnis zur Unantastbarkeit der Würde des Menschen in Art. 1 Abs. 1 GG sowie in den einzelnen Grundrechten festgeschrieben, die in weiten Teilen in ihrer Summe – was häufig verkannt wird – auch als verfassungsrechtliche Verankerung des Toleranzprinzips zu verstehen sind. Dies kommt nicht nur in den Grundrechten über die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit bzw. Meinungs- und Versammlungsfreiheit zum Ausdruck, sondern neben dem allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG namentlich auch in dem besonderen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 3 GG. Nach dieser Vorschrift darf niemand wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt werden. Auch Art. 116 Abs. 2 GG, der die Möglichkeit der Wiedereinbürgerung von früheren deutschen Staatsangehörigen, denen wäh-

rend des Dritten Reiches die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen worden war, vorsieht, und das Asylrecht des Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG belegen, daß das Toleranzprinzip, das freilich seinerseits durch die Grundrechtsordnung wieder begrenzt ist, als eines der *zentralen* Strukturmerkmale der bundesrepublikanischen Verfassung zu verstehen ist und sich *prägend* auf die Ausgestaltung der unterverfassungsrechtlichen Rechtsordnung auswirken muß. Dies gilt ungeachtet dessen, daß das Grundgesetz durchaus mit seiner Unterscheidung von Menschen- und Bürgerrechten eine unterschiedliche Behandlung nach der Staatsangehörigkeit in einzelnen Lebensbereichen zuläßt und diese zulässige Differenzierung auch nicht unter Berufung auf Art. 3 Abs. 1 und Abs. 3 GG beseitigt werden kann.

Ein Weiteres kommt hinzu: Das in Art. 20 Abs. 1 und 28 Abs. 1 GG enthaltene Bekenntnis zum *sozialen* Rechtsstaat enthält m. E. nicht nur die Verpflichtung zur Einhaltung formal-rechtsstaatlicher Verfahren und Standards, sondern auch das Gebot zur Herstellung *materialer* Gerechtigkeit, d. h. zum Abbau bzw. Gegensteuern gegen gesellschaftlich bedingte Ungleichbehandlung bzw. Benachteiligung.

Das grundrechtlich verankerte Toleranzprinzip sowie die Qualifizierung der Bundesrepublik Deutschland als eines sozialen Rechtsstaats bilden zentrale verfassungsrechtliche Vorgaben für die Ausgestaltung der Bundesrepublik als multikulturell geprägte Gesellschaft.

Doch welche konkreten Folgerungen ergeben sich nun aus diesen zunächst recht allgemein gehaltenen Postulaten?

Die Mängel des neuen Ausländergesetzes

Mehr als 4 Millionen Bewohner der Bundesrepublik leben unter dem Regelwerk ausländerrechtlicher Bestimmungen. Etwa die Hälfte von ihnen vermag an den Privilegierungen des EG-Rechts, die eine doch beachtliche aufenthaltsrechtliche

Absicherung garantieren, nicht teilzuhaben. Insbesondere für den Kreis der Ausländer aus Nicht-EG-Staaten, vornehmlich türkische und jugoslawische Staatsangehörige, bildeten bislang die mit vielfältigen unbestimmten Rechtsbegriffen versehenen und weite Ermessensspielräume zulassenden Normen des Ausländergesetzes von 1965 den unsicheren Boden ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik. Demgegenüber bedarf die inzwischen vollzogene Entwicklung der Bundesrepublik hin zu einem – vielleicht nicht im klassischen Sinne – Einwanderungsland und die damit zwangsläufig einhergehende Anwesenheit ethnischer und kultureller Minoritäten auch auf der Ebene des Aufenthaltsrechts endlich der umfassenden Anerkennung und Absicherung. Dazu gehört, daß hier dauerhaft lebende Ausländer – oder wie es richtiger heißen sollte: Inländer fremder Staatsangehörigkeit – nicht länger unter dem Blickwinkel einer mit polizeirechtlichen Mitteln zu bekämpfenden Gefahr betrachtet werden. Vielmehr ist ihnen unter *Verzicht* auf die Erfüllung sogenannter Integrations- bzw. Assimilationsvoraussetzungen wie z. B. dem Nachweis deutscher Sprachkenntnisse ein umfassendes gesetzlich verbürgtes Aufenthaltsrecht mit weitgehender Anlehnung an den Inländerstatus einzuräumen. Diese Sicht gebietet es zugleich, sie von ihrem rechtlichen Sonderstatus und den damit einhergehenden von Staats wegen oktroyierten und institutionalisierten Diskriminierungen wie Deklassierungen zu befreien.

Das inzwischen verabschiedete, am 1.1.1990 neue Ausländergesetz trägt diesen Anforderungen in keiner Weise Rechnung. Neben einigen nicht zu bestreitenden geringfügigen Verbesserungen schreibt es weitgehend die bisherige Verwaltungspraxis fest und bringt in Teilbereichen mitunter erhebliche Verschlechterungen. Darüber hinaus werden mit diesem Gesetz Ausländer zum *datenschutzrechtlichen Freiwild* erklärt. Zudem kann ihnen die politische Betätigung beschränkt oder untersagt werden, sofern durch derlei Aktivitäten, wie die

schwammige Formulierung lautet, »das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern« beeinträchtigt oder gefährdet wird. Der in einer Gesellschaft mit demokratischem Selbstverständnis doch deplazierte kritiklose und stumme Fremde stand dieser Vorschrift Pate. Ganz zu schweigen davon, daß vergleichbare weitgreifende Sanktionsmöglichkeiten Deutschen gegenüber nicht existieren und – sofern durch entsprechende Äußerungen oder Betätigungen schützenswerte Rechte Dritter nicht verletzt werden – weder wünschenswert noch verfassungsrechtlich zulässig wären. Überdies atmet das Gesetz den Geist der Hegemonie deutscher Kultur. Der von Angehörigen des nicht-deutschen Bevölkerungsteils vielfach geäußerte Wille zur Bewahrung der überkommenen kulturellen Identität dürfe – wie es in einer Begründung heißt – »nicht als Vorwand für eine selbstisolierende, rein negative Abwehrhaltung gegen deutsche kulturelle Einflüsse dienen«. Zugestanden wird den Betroffenen lediglich ein »Freiraum« – oder besser: eine Spielwiese – »für die Bewahrung der eigenen kulturellen Identität«. Von einem gleichberechtigten Neben- bzw. mit einem längerwährenden Aufenthalt von Angehörigen unterschiedlicher kultureller Herkunft zwangsläufig einhergehenden wechselseitigen Miteinander unterschiedlicher Kulturen ist hier keine Rede.

Zugleich haftet der demokratischen Legitimation des neuen Ausländergesetzes bei genauerer Betrachtung seiner Entstehungsgeschichte ein gravierender Makel an. Es ist trotz seiner nachhaltigen Auswirkungen auf die Lebenssituation von mehr als 4,5 Millionen Einwohnern der Bundesrepublik im Galopp und ohne Vertreter der Betroffenen auch nur anzuhören durch die parlamentarischen Gremien gejagt worden, um das Vorhaben im Wege einer verfassungsrechtlich nicht vorgesehenen Art der Terminierung ja noch rechtzeitig vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen dem Bundesrat zur endgültigen Zustimmung vorlegen zu können. Im federführenden Innenausschuß wurde zuletzt

HANSER
HANSER
HANSER
HANSER
HANSER

Ein Meisterwerk der politischen Publizistik

Als Augenzeuge, in Gesprächen mit führenden Politikern und Intellektuellen verfolgt Timothy Garton Ash seit Jahren die Entwicklung in Mitteleuropa. Er war an den Schauplätzen des Widerstandes in Prag, Budapest, Danzig, Leipzig und schließlich an der Berliner Mauer in den Tagen der Öffnung. Reportagen vor Ort, Gesprächsprotokolle und atmosphärische Skizzen hat Garton Ash zu einer faszinierenden Dokumentation und Analyse des letzten Jahrzehnts bis zur Revolution 1989 zusammengefaßt.



Aus dem Englischen
von Yvonne Badal.
480 Seiten. Leinen.
DM 49,80

binnen weniger Stunden über knapp 300 (!) Änderungsanträge abgestimmt. Viele Ausschußmitglieder fühlten sich schlichtweg überfordert und verloren nach eigenem Bekunden die Übersicht. Damit stellt sich die Frage, inwieweit die Bundestagsabgeordneten in ihrer Mehrzahl bei der Schlußabstimmung im Plenum überhaupt zu wissen imstande waren, über welche teils lebenswegentscheidenden Inhalte sie zu befinden hatten. Unter unangemessenem (Zeit-)Druck folgte die Majorität schließlich im blinden Vertrauen den durch öffentliche Kritik von Opposition, Kirchen und Gewerkschaften gereizten, »Handlungsfähigkeit« demonstrierenden und Geschlossenheit einfordernden Leithirschen. Nicht ohne Grund hat die Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John (CDU) anlässlich der parlamentarischen Beratungen immer wieder hervorgehoben, daß dieses Gesetz bereits heute unmittelbar nach seiner Verabschiedung und noch vor seinem Inkrafttreten am 1. 1. 1991 novellierungsbedürftig ist.

Anspruch auf muttersprachliche Bildung

Über das Aufenthaltsrecht hinaus stellt eine Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu einer Gesellschaft gleichberechtigten multikulturellen Zusammenlebens an die *schulische Versorgung* der Kinder hier lebender Ausländer besondere und in weiten Bereichen noch lange nicht erfüllte Anforderungen. So wird etwa derzeitig das in Hessen durch Erlaß festgeschriebene pädagogische Konzept einer baldmöglichen Eingliederung und Integration ausländischer Schüler in den regulären Klassenverband wegen unzureichender personeller und fachlicher Ausstattung nicht im erforderlichen Maße realisiert. In den anderen Bundesländern sieht es nicht besser aus.

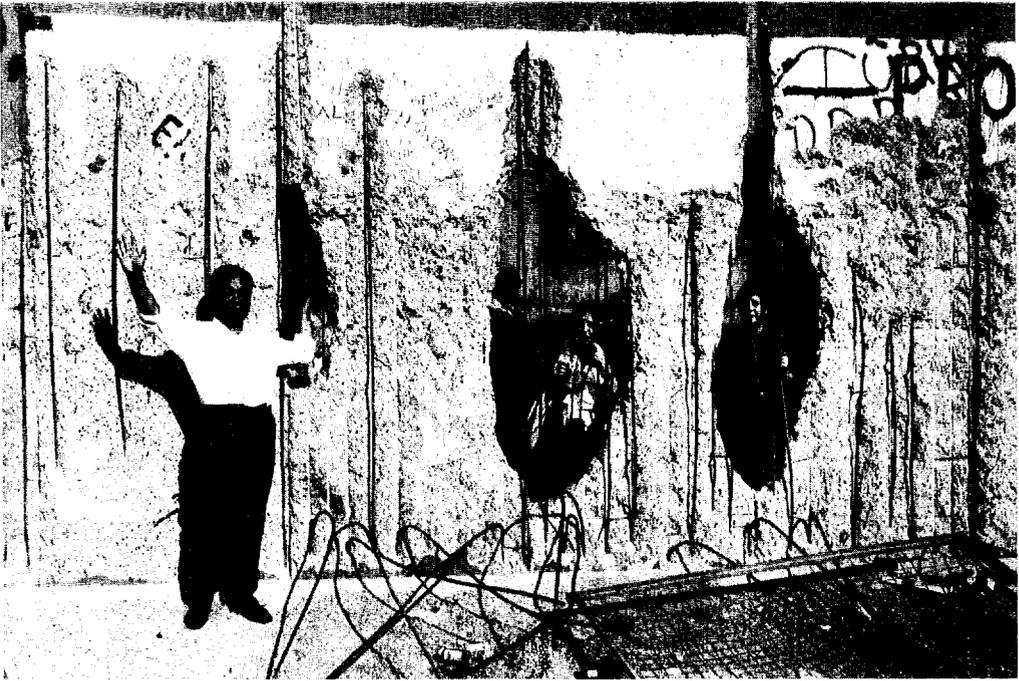
Ein Weiteres kommt hinzu: Die natürlichen Begabungsreserven ausländischer Schüler, ihre – in der Regel – ausländische Muttersprache, findet in der alltäglichen Schulpraxis keine hinreichende Beachtung. Die verfassungsrechtlichen

Überlegungen, die insbesondere im Verlauf der siebziger Jahre zur tendenziellen Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen etwa durch die Errichtung von Förderstufen oder Gesamtschulen angestellt worden sind, müssen auch im gegebenen Zusammenhang Beachtung finden. Meines Erachtens läßt sich ein Recht auf muttersprachlichen Unterricht nicht nur aus den vom Wortlaut her ziemlich eindeutigen Bestimmungen in der einschlägigen EG-Richtlinie über die schulische Betreuung der Kinder von Wanderarbeitnehmern vom 25. Juli 1977 und im UNESCO-Übereinkommen gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen vom 15. Dezember 1960, sondern auch aus dem Grundgesetz selbst herleiten. Freilich enthält dieses – im Gegensatz zu einigen Länderverfassungen – kein explizit ausformuliertes Recht auf Bildung. Ein solcher Anspruch auf Bildung, wozu – schlagwortartig umschrieben – die muttersprachliche Bildung ebenfalls gehört, ergibt sich aber aus dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit nach Art. 2 Abs. 1 GG.

Wenn die Muttersprache ganz entscheidend prägend auf Persönlichkeitsentwicklung, Sprachfähigkeit, Lernfähigkeit wirkt, dann gehört der Ausbau des muttersprachlichen Unterrichts zu den verfassungsrechtlich geforderten Minima, um im schulischen Rahmen eine halbwegs chancengleiche Ausbildung im Verhältnis zu deutschen Schülern zu gewährleisten. Die vollständige oder tendenzielle Verdrängung des muttersprachlichen Lehrangebots bedeutet daher zugleich eine nach Art. 3 Abs. 3 GG verfassungswidrige Benachteiligung aufgrund der Sprache.

Antidiskriminierungsgesetz

Aus dem der geltenden Verfassungsrechtsordnung zugrundeliegenden Toleranzprinzip und dem Gebot des Schutzes der Menschenwürde ist – insbesondere vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen Terrorregime – die Verpflichtung aller staatlichen Organe zum Schutz hier lebender



Hallo Deutschland!

Foto: JOKER/L. Schmidt

nationaler, ethnischer oder kultureller Minderheiten vor rassistischen und fremdenfeindlichen Angriffen und Behandlungen herzuleiten. Dies bedeutet nicht nur ein entschiedenes Vorgehen mit straf- und ordnungsrechtlichen Mitteln gegen das propagandistisch geforderte Abdrängen der hier lebenden ausländischen Wohnbevölkerung in eine ihre Subjektqualität negierende reine Objektstellung, wie dies bislang am deutlichsten beim letzten hessischen Kommunalwahlkampf der inzwischen verbotenen »Nationalen Sammlung« Michael Kühnens etwa in ihrer Parole »Frankfurt soll die erste ausländerfreie Stadt werden« zutage getreten ist. Darüber hinaus gilt es, dem alltäglichen Rassismus etwa durch Erlaß eines Antidiskriminierungsgesetzes zu begegnen, wie dies bereits z. B. von der Gruppe der christlichdemokratischen Arbeitnehmer in der CDU (CDA) oder von der Berliner Ausländerbeauftragten Barbara John gefordert worden ist. Hierbei dürfen freilich infolge der tieferen gesellschaftlichen Ursachen von Fremdenfeindlichkeit und sozialer Abschließung

die Erwartungen an die Wirkungen eines solchen Gesetzes nicht überstrapaziert werden. Dies zeigen die Erfahrungen mit dem inzwischen aufgegebenen us-amerikanischen Antidiskriminierungsprogramm der »*affirmative action*«.

Kommunalwahlrecht für Ausländer

Die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu einer multikulturellen Gesellschaft stellt zudem besondere Anforderungen an die *politische* Kultur in unserem Gemeinwesen oder wenigstens an ihren institutionellen Rahmen. Unerträglich ist es, daß inzwischen ein doch zahlenmäßig beachtlicher Bevölkerungsanteil der Bundesrepublik von weiten Bereichen politischer Partizipation ausgeschlossen ist, obwohl die Mehrzahl der diesen Personenkreis betreffenden, teils lebenswegentscheidenden Beschlüsse von den Organen des Aufenthaltslandes der Bundesrepublik und nicht von jenen der Herkunftsstaaten getroffen werden. Namentlich mit Blick auf das Demokratieprinzip des Grundgesetzes sind daher

Schritte hin zur Einräumung des Wahlrechts für jene Inländer fremder Staatsangehörigkeit, die sich voraussichtlich auf Dauer im Bundesgebiet aufhalten werden, unumgänglich. Inzwischen ist es keineswegs nur eine Frage des verfassungsrechtlich Zulässigen, sondern vielmehr zuvörderst eine Frage des politischen Willens, ob man bereit ist, die Möglichkeit politischer Beteiligung hier lebender Ausländer zu erweitern, wobei nicht nur die kommunale, sondern auch die Landes- und Bundesebene ins Blickfeld genommen werden müssen. Auf Initiative des *Runden Tisches* ist hier die alte Volkskammer der DDR vorbildlich vorangegangen und hat trotz offen rassistischer Stimmungen im Lande das Kommunalwahlrecht für Ausländer verfassungsrechtlich abgesichert. In der Bundesrepublik hingegen wird die Forderung, solche politischen Partizipationsmöglichkeiten auch bei uns einzuführen, mit dem Einwand verworfen, wir – die Deutschen – seien »das echte Volk« und damit allein wahlberechtigt, wie es kürzlich der für Ausländerpolitik und -recht zuständige Abteilungsleiter des Bundesministeriums des Innern, Eckart Schiffer, auf einer Akademietagung darlegte.

Die vielzitierten Väter und die – meist unterschlagenen – Mütter des Grundgesetzes haben sicherlich bei ihren Beratungen im Parlamentarischen Rat nicht die Vision einer multikulturellen Gesellschaft vor Augen gehabt, wie sie sich inzwischen herausgebildet hat. Ihr verfassungsrechtliches Vorverständnis war noch weit stärker nationalstaatlich geprägt, als dies heutzutage nach fast 40 Jahren europäischer Integration noch möglich ist. Sie haben aber zugleich die verfassungsrechtlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen für einen solchen dynamischen Prozeß hin zu einer multikulturellen Gesellschaft geschaffen. *Carlo Schmid* stellte bereits in der zweiten Sitzung des Parlamentarischen Rates vom 8. 9. 1948 mit Blick auf Art. 24 Abs. 1 GG unmißverständlich fest:

»Ich glaube, daß dieses Grundgesetz durch eine solche Bestimmung lebendig zum Ausdruck bringen würde, daß das

deutsche Volk zum mindesten entschlossen ist, aus der nationalstaatlichen Phase seiner Geschichte in die übernationalstaatliche Phase einzutreten.«

Ein solcher Eintritt in die übernationalstaatliche Phase ist längst erfolgt und manifestiert sich u. a. in der Anwesenheit von mehr als 4 Millionen ausländischen Einwohnern in der Bundesrepublik. Diese ist bereits multikulturell strukturiert. Ohnehin hat Deutschland längst »den Embryonalzustand völkischer Reinheit und Unberührtheit hinter sich gelassen« (Fritz Franz). Selbst konservative Staatsrechtslehrer wie etwa Professor Hailbronner aus Konstanz erachten das strikte Festhalten am Gedanken der Nation auf völkisch-ethnischer Grundlage für nicht mehr zeitgemäß.

Hieraus sind die entsprechenden Konsequenzen in sämtlichen gesellschaftlich relevanten Bereichen zu ziehen. Gefordert ist eine aktive Minderheitenpolitik, wie sie beispielsweise in den Niederlanden schon seit geraumer Zeit angegangen worden ist. Das Grundgesetz, insbesondere der Grundrechtskatalog, das Toleranz wie das Rechts- und Sozialstaatsprinzip, aber z. B. auch die verfassungsmäßige, wenngleich vielfach ignorierte Garantie der Minderheitenrechte der *Sorben* in Art. 40 der bisherigen DDR-Verfassung, die nunmehr in den Einigungsvertrag Eingang gefunden hat, bieten für eine solche Politik den zentralen Orientierungsrahmen.

Fremde in der deutschen Literatur

Fremd ist der Fremde nur in der Fremde
(Karl Valentin)

Der bekannteste Ausländer in der deutschen Literatur ist ein Deutscher. Gemeint ist Günter Wallraff, der im Jahre 1985 seine Metamorphose zum Türken Ali enthüllte und mit jenem Reportagenbuch *Ganz unten* eine enorme Publicity-Welle zu verursachen wußte. Dadurch wurde sein Buch zu einem der allergrößten Verkaufserfolge in der Geschichte des deutschen Buchhandels, und dies trotz der Tatsache, daß die Leser das Buch selber kaum noch zu lesen brauchten, weil der Inhalt zum größten Teil schon aus anderen Medien bekannt war. In allen Zeitungen konnte man Auszüge lesen, Presse, Rundfunk und Fernsehen brachten zahllose Interviews mit Wallraff, neben dem Buch gab es auch noch den gleichnamigen Film im Fernsehen und in den Kinos, und als Krönung des publizistischen Feuerwerks bekam der Autor eine Reihe von Plagiatsanschuldigungen vorgeworfen – ein schönes Schauspiel war das nicht, aber wirksam schon.

Wallraffs antirassistische Heiligenlegende

Die Diskussionen über Wallraffs angeblich mangelhaftes ethisches Bewußtsein, sowohl bei seinen Verkleidungen als auch beim Abschreiben, versuchten die Aufmerksamkeit von seiner eigentlichen Botschaft abzulenken. Sehr überraschend war diese übrigens nicht: Verkleidet als Türke wurde er selbstverständlich stark diskriminiert. Eine Schande, gewiß, aber der Leser hatte, genau wie Wallraff selber, kaum etwas anderes erwartet. Dennoch ist natürlich das enorme, auch internationale, publizistische Interesse für eines der bedrängendsten Probleme

der westeuropäischen industrialisierten Gesellschaft äußerst willkommen – es geht um eine gute Sache und deswegen durfte Wallraffs Reportage gerade als Dokumentation von Diskrimination Beifall beanspruchen. Kritische Randbemerkungen zu Stil und Methode lassen sich unschwer machen, sollten jedoch, wenn sie der guten Sache schaden würden, lieber unterbleiben. Dennoch notiere ich einige Leseerfahrungen, wobei, wie gesagt, die Wertschätzung des guten Zwecks Prämisse ist.

Die auffälligste Erfahrung ist, daß man im Laufe der Lektüre – Ali beim Fußball, bei Annäherungsversuchen an die Katholische Kirche, in der Küche von McDonald's, in der höllischen Unterwelt des Thyssen-Konzerns oder als Versuchskaninchen Pillen schluckend für die Pharmaindustrie – immer weniger beeindruckt wird von dem Ausmaß der Diskriminierungen, denen sich der Türke Ali ausgesetzt sieht. So furchtbar und unerträglich ist die rassistische Diskrimination (in diesem Buch!) eigentlich gar nicht, wenn auch jedes an Ali gerichtete Schimpfwort natürlich eines zuviel ist; aber in viel stärkerem Maße als von Fremdiskriminierung ist die Rede von einer allgemeinen sozialen Diskriminierung. Was an schmutziger Arbeit und Ausbeutung für die Chancenlosen in unserer Gesellschaft übrigbleibt, das spottet wirklich jeder Beschreibung, und dabei ist es vollkommen gleichgültig, ob es sich um Türken oder um Autochthonen handelt. Eine ganz andere Sache ist, daß das Buch, jedenfalls bei mir als Leser, nicht viel Sympathie zu erregen vermochte. So häufig wird auf die fürchterlichen Gefahren hingewiesen, denen der mutige Autor sich auszusetzen bereit war, daß die Wir-

kung kontraproduktiv ist. Wallraff macht eine Art antirassistische Heiligenlegende aus sich selbst, und das irritiert auf die Dauer nicht wenig. Ähnliches gilt für die Erzähltechnik, wobei er durch die erste Person »Ich (Ali)« ermüdend häufig an seine türkische Identität referiert, um sich dann wieder in der dritten Person auf eigenartige Weise davon zu distanzieren (»Ali fühlte sich . . .«). Wenn der Gebrauch solcher literarischen Kunstgriffe (und auch dokumentarische Berichte kommen nicht ohne sie aus) dazu gemeint war, Alis Gesprächspartner satirisch bloßzustellen, so hat Wallraff doch wohl die Tatsache aus dem Auge verloren, daß sich dieses Verfahren auch durchaus gegen den Benutzer selber wenden konnte. Aber er bleibt natürlich der Verfechter einer guten Sache, die mit dem Titel des Buches sehr gut gekennzeichnet ist.

Siegfried Lenz: »Wie bei Gogol«

Mag auch Wallraff sehr viel öffentliches Interesse mit dem Gastarbeiterthema erregt haben, genau zehn Jahre zuvor hatte Siegfried Lenz denselben Gegenstand für eine Kurzgeschichte benutzt, wobei er nun gerade die Nachteile der Übertreibung und der Nachdrücklichkeit, die in *Ganz unten* auf die Dauer so störend wirken, zu vermeiden weiß: »*Wie bei Gogol*«.

Auf dem Wege zur Arbeit überfährt der Ich-Erzähler, Lehrer seines Zeichens, einen ärmlich gekleideten Türken. Als er ihn zu einem Arzt bringen will, fleht ihn der Türke an, dies nicht zu tun, er wolle nur nach Hause. Während der Lehrer sich bei einigen Taxifahrern nach dem Weg erkundigt, verschwindet der Türke. Der Lehrer weiß ihn dennoch ausfindig zu machen – Üzkök haust in einem dürftig eingerichteten Wohnwagen, wo ein auffällig besser gekleideter Türke dem Lehrer mitteilt, Üzkök habe an dem Tag gar keinen Autounfall erlitten, sondern habe sich schon vor einigen Tagen an seiner Arbeitsstelle verletzt. Dennoch ist er zu einem großzügig bemessenen Vorschuß für die Autoreparatur bereit. Als der Lehrer später den Rest zurückbringen will,

ist Üzkök verschwunden, und im Wohnwagen machen sechs andere, aber ebenso ärmliche Türken einen ertappten und ängstlichen Eindruck. Der protzig aussehende Mann, von dem der Lehrer den Schadenersatz bekommen hatte, verneint, jemals einen Üzkök betreut zu haben.

Indem er einen wohlwollenden Außenstehenden auf die Suche schickt und ganz allmählich die Wahrheit herausfinden läßt, ist Lenz viel überzeugender als Wallraff. Auf zehn Seiten macht er mehr Eindruck als Wallraff auf zweihundertfünfzig. Und dabei erzählt er im Grunde genau dieselbe Geschichte: Ausbeutung, unmenschliche Wohnungsstände, illegaler Aufenthalt ohne Arbeitsgenehmigung, die ängstliche Unsicherheit des Fremden in einer Gesellschaft, die er geradezu als bedrohlich empfinden muß, der einträgliche Mißbrauch, den ein gerissener Arbeitsvermittler von dieser Situation machen kann, die verbale Hilflosigkeit auch, sowohl von dem Deutschen, der gerne helfen möchte, aber seine Absichten nicht deutlich machen kann, als auch von dem verletzten Türken, der nur daran interessiert ist, möglichst schnell wieder in der Anonymität unterzutauchen, aus der er durch den Unfall für kurze Zeit hervorgetreten war. Die Subtilität und die erzähltechnische Ökonomie von Lenz können ihre Wirkung auf den Leser eigentlich kaum verfehlen. Zwei Beispiele zeigen das zur Genüge: Lehrer und Leser bleiben am Ende der Geschichte in völliger Unsicherheit über Üzköks Schicksal zurück. Versteckt der Arbeitsvermittler ihn lediglich oder hat er ihn der Polizei übergeben? Oder ist er vielleicht sogar seinen Verletzungen erlegen? Der Text gibt keine eindeutige Auskunft, der erzählende Lehrer sagt weiter nichts mehr dazu, aber der Leser wird das Spekulieren kaum lassen können. Überzeugend ist auch, daß der Titel der Erzählung nicht erklärt wird. Im Laufe der Geschichte ist die Aussage »*Wie bei Gogol*« der süffisante Kommentar eines Kollegen, dem der Erzähler berichtet, wie er buchstäblich auf das Gastarbeiterproblem gestoßen ist. Aber das ist dann



Inszenierung von Brechts »Flüchtlingsgesprächen« am Düsseldorfer Schauspielhaus 1971

Foto: Ullstein – AP

auch schon alles, im übrigen wird es völlig dem Leser überlassen, einen Zusammenhang mit den *Toten Seelen* und dem auch damit betriebenen lukrativen Handel herzustellen und zu durchdenken. Siegfried Lenz hat eine sehr unnachdrückliche und dennoch (oder gerade deswegen!) sehr eindrucksvolle Form für die literarische und gesellschaftskritische Darstellung des Gastarbeiterproblems gefunden.

Zwar ist das sogenannte Gastarbeiterproblem in der Literatur wie in der Gesellschaft nur ein, wenn auch leider aktueller und wichtiger, Aspekt der Ausländerproblematik, aber vielleicht ist es dennoch möglich, auf Grund der beiden soeben vorgeführten Beispiele einige Vorschläge für das Aufstellen von Kriterien zu entwickeln, die eine nützliche Rolle spielen könnten bei der Besichtigung des Textmaterials um den Fremdenbegriff in der modernen deutschen Literatur.

Was zunächst auffällt, ist der relativ geringe Wert objektiver Kriterien. Ausländertum im Sinne einer anderen Staatsangehörigkeit als in einem bestimmten sozialen Kontext üblich ist, wird erst sozial und also auch literarisch interessant, wenn es auch als Fremdheit empfunden wird. Mit anderen Worten: Ein Fremder zu sein ist ein Rezeptionsphänomen. Dabei könnte man sogar soweit gehen, daß das subjektive Gefühl viel wichtiger ist als die objektive Nationalitätenfrage: Ein Fremder ist, wer sich als Fremder fühlt oder als Fremder betrachtet wird. Das kann sich sogar völlig unabhängig von der Staatsangehörigkeit abspielen, wenn auch bei der Bewußtwerdung der Fremdheit der Nationalismus häufig eine große Rolle spielt. Nationalismus verstanden als eine der möglichen Erscheinungsformen einer geschlossenen Gesellschaft, in der das Auftreten von Personen, die nicht dazu gehören, zu Problemen führt. Gleich, ob das

Problem von der Gesellschaft, von dem Fremden oder von beiden als solches empfunden wird, in all diesen Fällen ist von einem Zusammenstoß die Rede, von einem Konflikt, einem »*culture shock*«. Der so entstehende Antagonismus ist etwa im Falle des Kolonialismus offensichtlich, ebenso wie im Falle rassistischer Diskriminierung; aber daneben gibt es, besonders im westeuropäischen Kontext, weit subtilere Varianten des Fremdentums, die weitere Unterscheidungen verlangen. Ich schlage vor, neben der Subjektivierung des Phänomens des Fremden durch den Rezeptionsbegriff und neben der antagonistischen Problematisierung durch den Begriff des »*culture shock*« auf jeden Fall auch die Kommunikationsproblematik in dieser Diskussion zu berücksichtigen. In den soeben erörterten Varianten zum Gastarbeitermotiv äußert sich diese Problematik nach bewährtem Muster als Sprachproblem: Wallraffs Ali spricht ein krummes Deutsch, und zwischen dem Erzähler bei Lenz und dem überfahrenen Herrn Üzök kommt es kaum zu verbaler Kommunikation – sie verstehen einander nicht, und das ergibt ein typisches Fremdenproblem. Aber das ist nur die Oberfläche.

Heines »Herr von Schnabelewopski«

Viel gravierender wird der »*culture shock*«, wenn die geschlossene Gesellschaft und der Fremde von unterschiedlichen Wertsystemen ausgehen. Gegenseitige Offenheit verringert, gegenseitige Frontbildung vergrößert das Problem. Aber zu beachten ist auch, daß die Bereitschaft zur Assimilation dem Fremden keinerlei Gewähr für das Beenden seines Fremdenstatus bietet; und nur eine sehr offene und tolerante Gesellschaft wird es schaffen, Fremde unter Wahrung ihrer Identität zu akzeptieren und möglichst zu integrieren, wobei sie bereit sein muß, mit den Kommunikationsstörungen umgehen zu lernen, die sich auf Grund der Unterschiede zwischen den Wertsystemen immer wieder zeigen werden. Aber das gehört, so steht zu befürchten, vorläufig noch in den Bereich des utopischen

Idealismus; wenden wir uns also den Texten zu, in der Hoffnung, daß die gefundenen Umschreibungen – Fremdentum als subjektives Erfahrungsphänomen, antagonistische Zuspitzung im »*culture shock*« und Differenzierung der Kommunikationsproblematik nach dem Niveau des Sprachlichen und dem Niveau der kulturellen Wertsysteme – die spezifischen Formen der Fremdenliteratur einigermaßen erhellen können.

Bevor Nationalismus und Rassismus das Ausländertum erst zum Problem machten, tritt das Motiv im 17., 18. und 19. Jahrhundert hauptsächlich in konfliktarmer Reiseliteratur auf. Ein heiteres Beispiel dafür ist Heinrich Heines Romanfragment *Aus den Memoiren des Herren von Schnabelewopski* (1834). Dieses fiktionale, allerdings auf autobiographische Notizen zurückgehende Erzählwerk wird hier übrigens nur erwähnt, um zu zeigen, wie gering darin die Rolle des Fremdenproblems ist, und das in einer Gattung, die, wenn man wollte, alle Gelegenheit dazu hätte bieten können. Schnabelewopski ist ein polnischer Adliger, der sich in jugendlichem Alter auf eine Reise durch Europa begibt. Wegen dessen deutscher Erziehung kann der Leser erwarten, daß Schnabelewopskis Aufenthalt in Leiden ganz anders als der in Hamburg verlaufen wird (weiter als diese zwei Lokalitäten ist Heines fragmentarisch gebliebene Geschichte nicht gediehen), aber dem ist nicht so. In beiden Städten fühlt sich der Fremde gleichermaßen zuhause und in der kulturellen Konfrontation zieht er die niederländische Küche sogar der deutschen vor: »Was die holländische Küche betrifft, so unterscheidet sie sich von letzterer, erstens durch die Reinlichkeit, zweitens durch die eigentliche Leckerkeit. Besonders ist die Zubereitung der Fische unbeschreibbar liebenswürdig. Rührend inniger, und doch zugleich tiefsinnlicher Sellerieduft. Selbstbewußte Naivität und Knoblauch. Tadelhaft jedoch ist, daß sie Unterhosen von Flanell tragen; nicht die Fische, sondern die schönen Töchter des meerumspülten Hollands«. Letzteres ist, zugegeben, harte Kritik, aber aufgrund

der vorangegangenen Szene darf der Leser mit Recht hoffen, daß diese Kritik nicht das Ergebnis eines dramatischen Antagonismus ist: »Ich flüsterte daher dem schönen Mädchen ins Ohr: Juffrow! Ich will deinen Mund küssen. Bei Gott, Mijnheer, das ist ein guter Gedanke! war die Antwort, die hastig und mit entzückendem Wohllaut aus dem Herzen hervorklang«. Auf ernstzunehmende Kommunikationsprobleme scheint Schnabelwopski jedenfalls nicht gestoßen zu sein.

Wenn dagegen im folgenden Erscheinungsformen des Fremdenproblems vorgestellt werden, die spezifisch und direkt mit der neueren deutschen Geschichte zusammenhängen, so ist natürlich primär an Probleme zu denken, die sich aus Ideologie und Praxis des Nationalsozialismus ergaben, also an die Stichwörter Krieg und Besatzung, Judenverfolgung und Emigration. Zum Teil waren diese Dinge in der Geschichte Deutschlands nicht neu – Antisemitismus war schon sehr lange ein latentes Problem und wurde seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in zunehmendem Maße auch öffentlich vertreten, Emigranten hatte man zur Zeit der Französischen Revolution selber in großer Zahl auf deutschem Boden erlebt, und gegen die Schriftsteller des Jungen Deutschland war die Zensur so scharf, daß etwa Heine und Börne sich zu einem Leben im Exil verurteilt sahen. Aber die totalitäre und insbesondere natürlich auch rassistische Ideologie des Nationalsozialismus machte dies alles, wie tragisch an sich auch immer, zum bloßen Kinderspiel.

Max Frischs »Andorra«

An einer Basis rassistischer Überlegenheitsgefühle liegt es, daß man sich von der Außenwelt abkapselt, liegt das Ausstoßen alles Fremden, also auch derjenigen, die plötzlich zu Fremden deklariert werden. Der Schweizer Autor Max Frisch hat in seinem Schauspiel *Andorra* (1961) auf exemplarische Weise gezeigt, wie dieser Prozeß von Isolierung und Diskriminierung vor sich geht – als Modell und

ausdrücklich nicht als historisches Drama.

In dem »weißen« Kleinstaat Andorra, der übrigens mit dem wirklichen Ländchen nur den Namen gemein hat, lebt man in fortwährender Angst vor dem »schwarzen« Nachbarvolk. Dort herrscht offener Antisemitismus, in Andorra »nur« latenter. Der junge Mann Andri wird vom Lehrer des Ortes als ein aus schwarzem Gebiet gerettetes Judenkind ausgegeben. Es kommt nun ein Prozeß in Gang, in dessen Verlauf die Andorraner in Andri immer mehr und immer intensiver sog. jüdische Eigenschaften hineinzuinterpretieren anfangen: Präokkupation mit Geld, besondere Eignung für den Beruf eines Kaufmanns, aber auch Feigheit und Gefühlsarmut. Schließlich glaubt Andri auch selbst daran und handelt danach. Dann stellt sich durch den Besuch einer schwarzen Dame heraus, daß er gar kein Jude ist, sondern das außereheliche Kind jener Dame und des Lehrers, der bisher nur als sein Pflegevater galt. In einer Explosion des Fremdenhasses bringen die Andorraner Andris Mutter um und geben ihm als Sündenbock die Schuld. Schwarze Soldaten überfallen Andorra und veranstalten eine Judenschau, der Andri mit bitterer Ironie, aber auch konsequenter Dramaturgie zum Opfer fällt.

Alle Werke von Max Frisch sind Paraphrasen des biblischen Gebotes »Du sollst Dir kein Bildnis machen«. Immer wieder verstoßen Menschen gegen diese goldene Regel und projizieren ihre Vorstellungen von anderen Menschen auf deren Handeln, interpretieren es in ideologisierendem Sinne und verursachen damit von Eheproblemen bis zum Antisemitismus alles Leid dieser Welt. In diesem Schauspiel ist das Zusammenbringen des symbolischen Gegensatzes zwischen schwarzen und weißen Völkern auf der einen Seite mit dem Antisemitismus auf der anderen Seite ein wenig verwirrend, aber die Warnung vor diskriminierendem Verhalten wird dennoch deutlich genug: Der Fremdenhaß von weiß und schwarz untereinander ist genauso katastrophal wie ihre gemeinsame Diskrimi-

nierung des Juden, der als Gipfel dramatischer Ironie nicht einmal ein Jude ist. Diese letzte Wendung ist vielleicht nicht allzu glücklich – die Diskriminierung wäre ja nicht weniger schlimm, wenn Andri tatsächlich Jude wäre. Hier rächt sich Frischs Kontaminierung einer historischen Katastrophe und der symbolischen Generalisierung der Ausländerproblematik, wobei man übrigens an seinen guten Absichten nicht zu zweifeln braucht.

Brechts »Flüchtlingsgespräche«

Eine andere Variante des Fremdenmotivs, die durch den Nationalsozialismus eine traurige Blütezeit erlebte, ist das Exil. Von 1933 an, vor allem nach dem Reichstagsbrand und dem damit von den Nazis so gerne verbundenen Terror befand sich eine große Anzahl von Künstlern, Gelehrten und Politikern im Ausland, wo sie in der Regel eine ärmliche Existenz fristeten, losgerissen aus dem Kontext ihrer Heimat und ihrer Stellung, ohne große Möglichkeiten, sich ihr Brot zu verdienen. Nur für ganz wenige, wie etwa Thomas Mann oder Lion Feuchtwanger, gab es internationale Anerkennung, für die meisten jedoch war es außerordentlich schwierig, sich in der Fremde durchzuschlagen. Die Zahl der Selbstmorde war denn auch nicht gering, man denke z.B. an Ernst Toller und Stefan Zweig. Mit Recht legte Bertolt Brecht Beschwerde ein gegen die Etikettierung der Flüchtlinge vor dem Nazi-Regime als »Emigranten«. Diesen Begriff hielt er für einen irreführenden Euphemismus gegenüber den Vertriebenen, Exilanten, die sie wirklich waren.

Exemplarisch hat er die Exilsituation in seinen *Flüchtlingsgesprächen* beschrieben, die zum größten Teil in den Jahren 1940/41 in Finnland entstanden sind.

Zwei Männer, der Physiker Ziffel und der Arbeiter Kalle, begegnen sich im Bahnrestaurationsrestaurant von Helsingfors. Dort ist es wenigstens warm. Was sie miteinander verbindet, ist ihr Haß gegen das Nazi-Regime, aber daneben haben sie total verschiedene Auffassungen über

Gesellschaft und Politik. Kalle ist ein klassenbewußter Proletarier, dem es Schritt für Schritt gelingt, Ziffels Entwicklungsprozeß in die Richtung des Sozialismus zu steuern. Alle Themen, die sie miteinander erörtern, führen immer wieder zu einem Plädoyer für die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution. Diese Voraussicht bildet denn auch den utopischen Schluß von Brechts völlig dialogisiertem Prosatext.

Letzteres, die Hoffnung auf die proletarische Revolution, ist selbstverständlich exemplarischer für Brecht als für das Exil. Brecht bringt seine Figuren zu einem sozialistischen Internationalismus, der die Grenzen eines chauvinistischen Patriotismus weit überschreitet. Das erfordert eine radikale Mentalitätsveränderung, die Kalle am Schluß der *Flüchtlingsgespräche* bei Ziffel für möglich hält. Darum erteilt er ihm folgende Lehre: »Was Ihre Gesinnung angeht, Sie haben mir zu verstehen gegeben, daß Sie auf der Suche nach einem Land sind, wo ein solcher Zustand herrscht, daß solche anstrengenden Tugenden wie Vaterlandsliebe, Freiheitsdurst, Güte, Selbstlosigkeit so wenig nötig sind wie ein Scheißen auf die Heimat, Knechtseligkeit, Roheit und Egoismus. Ein solcher Zustand ist der Sozialismus«. Dazu ist es also in erster Linie erforderlich, einen anderen Vaterlandsbegriff zu entwickeln, ein Thema, das gerade den Exilierten sehr anspricht: »Kalle: Die Vaterlandsliebe wird schon dadurch beeinträchtigt, daß man überhaupt keine richtige Auswahl hat. Das ist so, als wenn man die lieben soll, die man heiratet, und nicht die heiratet, die man liebt. Warum, ich möchte zuerst eine Auswahl haben. Sagen wir, man zeigt mir ein Stückel Frankreich und einen Fetzen gutes England und ein, zwei Schweizer Berge und was Norwegisches am Meer und dann deut ich drauf und sag: das nehm ich als Vaterland; dann würd ichs auch schätzen. Aber jetzt ists, wie wenn einer nichts so sehr schätzt wie den Fensterstock, aus dem er einmal heruntergefallen ist. Ziffel: Das ist ein zynischer, wurzelloser Standpunkt, der gefällt mir«

Aber dieser Standpunkt setzt ein Maß an gedanklicher Freiheit und Loslösung voraus, das zu Anfang der *Flüchtlingsgespräche* noch bei weitem nicht vorhanden ist. Im allerersten Dialog des Textes wird eine kurze Zusammenfassung der Exilsituation gegeben, die in ihrem prägnanten Zynismus äußerst treffsicher ist: »Der Große: Das Bier ist kein Bier, was dadurch ausgeglichen wird, daß die Zigarren keine Zigarren sind, aber der Paß muß ein Paß sein, damit sie einen in das Land hereinlassen. Der Untersetzte: Der Paß ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so einfache Weise zustand wie ein Mensch. Ein Mensch kann überall zustandkommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund, aber ein Paß niemals. Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird«.

Exil als Folge der Nazi-Diktatur, es ist eine tragische und komplizierte, aber auch quantitativ und qualitativ wichtige Form des Fremdentums, die in der Literaturwissenschaft lange Zeit stiefmütterlich behandelt worden ist, aber nun in der Exilforschung ein passendes Interesse gefunden hat.

Siegfried Lenz:

»Die Wellen des Balaton«

Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges muß von einer spezifischen, mit der Geschichte Deutschlands verbundenen Form des Fremdentums gesprochen werden. Während im Jahre 1945 noch überall ein neutraler und sozialistischer, östliche und westliche Besatzungszonen umfassender deutscher Staat erhofft wurde, wuchs sich Mitteleuropa, und vor allem Berlin, schon sehr bald zum Zankapfel im Ost-West-Konflikt aus, wobei Ulbricht die Integration Ostdeutschlands in den Ostblock besorgte und Adenauer den entgegengesetzten Prozeß im Westen. Nachdem auf diese Weise die beiden deutschen Staaten vierzig Jahre lang ständig weiter auseinandergewachsen sind, haben sich jetzt dramatische Verän-

derungsprozesse in Bewegung gesetzt, deren Ergebnisse heute noch nicht abzusehen sind. Sicherlich werden Schriftsteller darauf in der Zukunft literarisch reagieren, wie sie auch auf die bisherige deutsche Teilung reagiert haben. Es ist nicht verwunderlich, daß letzteres in der Terminologie des Fremdentums geschah. Gerechtigkeitshalber gebe ich aus dem westlichen und aus dem östlichen Lager je ein Beispiel.

Ein westdeutsches Ehepaar erwartet am Balatonsee in Ungarn die Ankunft einer DDR-Reisegesellschaft, zu der auch zwei Verwandte aus Stralsund gehören sollen. Der Mann ist vor vielen Jahren in den Westen geflohen und nunmehr erfolgreicher Rechtsanwalt in Bremen. Dies soll das erste Familientreffen nach seiner Flucht werden, und er ist angesichts der kurzen Begegnung, bei der man sich doch so sehr viel zu erzählen haben wird, äußerst nervös. Zur weiteren Komplikation der Situation drängt sich ein drittes Ehe-

Foto: Rowohlt Taschenbuchverlag



paar auf, die Masseuse der Bremer Dame und ihr Mann, sehr kleinbürgerlich und sehr neugierig. Die Ost-West-Begegnung wird mit diesem Personal zur tragikomischen Katastrophe. Man hat einander außer den üblichen Gemeinplätzen nur wenig zu sagen, die Masseuse wird vom Rechtsanwalt auf grobe Weise entfernt, aber danach wird die Entfremdung zwischen den Verwandten erst richtig deutlich. Um das Gespräch einigermaßen in Gang zu halten, bedarf es einer Unmenge Alkohols, und dann stellt sich heraus, daß die westlichen Kleidungs- und Lebensmittelpakete von den DDR-Verwandten direkt an das Rote Kreuz weitergeleitet wurden, daß die Westleute furchtbar überheblich mit ihren Erfolgen protzen und daß sie auch übertrieben wertvolle Geschenke zu diesem Treffen mitgebracht haben. Die DDR-Frau entschließt sich nicht nur einfach, ihr Geschenk beim nächtlichen Abschied liegenzulassen, am nächsten Tag ist das DDR-Ehepaar außerdem schon frühzeitig zu einem mehrtägigen Ausflug verschwunden, so daß von einer weiteren Begegnung keine Rede mehr sein kann. »Da ist etwas falsch gelaufen, ich weiß nicht, was es sein könnte, aber etwas ist falsch gelaufen«, so lautet die messerscharfe Analyse der westdeutschen Gattin.

Der Leser hat inzwischen durchaus einen Eindruck davon, was falsch gelaufen ist. Was ein Familientreffen hätte werden sollen, erweist sich als eine Begegnung von Fremden. Zwar gibt es keine Sprachbarriere, aber ansonsten sind die Differenzen um so einschneidender. Lebensumstände und damit verbundene Lebensauffassungen sind so weit auseinandergewachsen, daß im Grunde keine Kommunikation mehr möglich ist. Das wird schon sehr deutlich aus der östlichen Scham über die übertriebenen westlichen Geschenke, aber es gibt mehr Beispiele. So ist ein direkter Vergleich hinsichtlich der Wohnsituation in beiden Ländern möglich, und vor allem in bezug auf die Art und Weise, wie darüber geredet wird. Der DDR-Ehemann, der ganz offen und sympathisch und mit Sicherheit am wenigsten satirisch gezeichnet ist,

spricht offenherzig über das Wohnen in der DDR: »Auf eine neue Dachrinne fürs Haus warten wir seit anderthalb Jahren; auf einen Verteilerhahn im Badezimmer siebzehn Wochen. Binderfarbe – du weißt, für den Außenanstrich des Hauses – hat man mir vor vier Monaten versprochen und auf eine ausziehbare Bodenleiter warte ich mittlerweile schon so lange, daß ich sie mir demnächst selbst bauen werde«. Das scheint mir ganz realistisch und ehrlich zu sein und gibt ein gutes Bild von einem DDR-Bürger, der kritisch-solidarisch ist mit seinem Land. Hierzu steht die westdeutsche Angeberei über die neue Villa in scharfem Kontrast, wobei die modischen englischen Lehnwörter eine effektive satirische Rolle spielen; Fotos der Villa werden mit folgender Beschreibung herübergereicht: »Hier seht ihr nun das Haus von innen: meine Hobby-Werkstatt, die Südansicht des Living-Rooms, Judiths Schlafzimmer und dahinter ihr eigener Aufenthaltsraum«. Die Schlußfolgerung drängt sich, gesteuert durch die satirische Diskrepanz, auf: Ost und West reden über dasselbe Thema auf verschiedenen Wellenlängen, die Kommunikation ist inhaltlich aufs wesentlichste gestört, man ist einander fremd.

Siegfried Lenz erreicht ein hohes satirisches Niveau und äußert bei aller Milde seines Humors dennoch eine Menge schön verpackter Kritik an der von ihm festgestellten bundesrepublikanischen Arroganz. Seine Erzählung ist damit zugleich auch ein typisches Beispiel für die westdeutsche Kurzgeschichte der Nachkriegszeit, die sich fast immer durch gesellschaftskritische Selbstreflexion auszeichnet. Wer nun in der DDR-Literatur einen ähnlichen Trend erwarten würde, sieht sich betrogen: Im Rahmen des sozialistischen Realismus war im Gegenteil lange Zeit ein Hauptmerkmal die gesellschaftskonformistische Selbstreflexion, naturgemäß durchsetzt mit polemischen Ausfällen gegen den kapitalistischen Westen.

Bernd Wagner: »Das Treffen«

Die ostdeutsche deutsch-deutsche Fremdheitsgeschichte, die ich nun mit den *Wel-*

len des Balaton konfrontieren möchte, zeigt denn auch genau dasselbe Muster wie die westdeutsche: positiv über die ehrenwerten, in harter Arbeit ihr täglich Brot verdienenden DDR-Bürger, sehr kritisch in bezug auf die arrogante BRD. Verfasser der Erzählung *Das Treffen* ist der 1949 geborene Ostberliner Bernd Wagner.

Ein altes und müdes Arbeiterhepaar macht einen sonntäglichen Ausflug nach Berlin, Hauptstadt der DDR, um dort erstmalig seit über zehn Jahren seine »drüben« wohnende Tochter mit ihrem erfolgreichen Ehemann, einem Ingenieur, zu treffen. Erzählt wird die Geschichte aus der Perspektive des schwer pubertierenden Sohnes, der zu Anfang seinen ganzen Negativismus auf die Eltern richtet, aber später, sie mit seiner Schwester vergleichend, erkennt, wo die wahren sozialistischen Qualitäten liegen. Ein gemeinsamer Besuch des Tierparks vermag die Einheit der Familie nicht wiederherzustellen, dazu ist die Tochter, deren Ehemann übrigens mit einer ziemlich faulen Ausrede im Westen geblieben ist, zu sehr eine westliche Fremde geworden. Die Unterhaltung mit ihr beschränkt sich auf die allereinfachsten Gemeinplätze, wirkliche Kommunikation will nicht mehr zustandekommen und lange vor dem vereinbarten Zeitpunkt verabschiedet die Tochter sich schon wieder, was zwar die Mutter traurig, aber auch die internen sozialistischen Familienverhältnisse der Zurückbleibenden sehr viel stärker macht, weil der Sohn nun plötzlich ein tieferes Verständnis für seine Eltern gewonnen hat.

Es handelt sich, wie man sieht, um ein Schulbeispiel von sozialistischem Realismus. Wagner schreibt mit einer naturalistischen Detailliertheit, die zwar keine großen sozialistischen Helden porträtiert, wohl aber starke Sympathien für das Elternpaar verrät, das seine besten Kräfte in den Dienst des aufzubauenden Sozialismus gestellt hat. Demgegenüber strengt sich der Verfasser sehr an, die reiche Tochter aus dem Westen in das grelle Licht sozialistischer Kritik zu stellen: Ihr Sprachgebrauch ist für DDR-Ohren unausstehlich gespreizt, sie fährt

einen protzigen Wagen, sie hat viel zu viele Geschenke mitgebracht, wobei sie außerdem davon auszugehen scheint, daß es in der DDR nicht genug zu essen gibt, ihr Mann hat es nicht für nötig gehalten mitzukommen, und sie selbst interessiert sich auch nur für ihr eigenes sinnentleertes Dasein, ohne irgendwelches wirkliches Interesse für ihre Eltern, kurz, die Kapitalistin kommt sehr schlecht weg: deutsch-deutsche Familienproblematik aus der DDR-Perspektive. Das pubertäre Verhalten des Sohnes wird durch den Vergleich mit der Schwester zu einem politischen Glaubensbekenntnis aufgewertet: Er verknipst seine ganze Filmrolle an den Eisbären, mit dem Argument: »Heute wird es kein Familienfoto geben. Heute nicht«. Außerdem wandelt sich seine Haltung zu den Eltern vollständig: Zu Anfang der Geschichte schämt er sich, wie es sich für einen Jungen seines Alters auch gehört, für seine Eltern und ihr Benehmen. Nach dem frühzeitigen Abschied der Schwester beobachtet er aus einiger Distanz »dieses seltsame Paar, das seine Eltern sind. Er empfindet keine Scham. Sie tun ihm leid«. So kehrt die verlorene Tochter in den Westen zurück, während der fast verlorene Sohn allmählich die positiven Seiten der Familie und der Gesellschaft, in der er aufwächst, zu erkennen beginnt. Ein guter DDR-Bürger ist geboren, als Wiedergutmachung für die Tatsache, daß der kapitalistische Teil der Familie nun endgültig als verloren betrachtet werden muß.

Die satirische Erzählung von Lenz und ihr sozialistisch-realistisches Gegenstück von Wagner haben ein gemeinsames Ergebnis: die deutsch-deutsche Fremdheit wird in ihnen nicht nur festgestellt, sondern auch bestätigt, in beiden Fällen als ein unumstößliches historisches Phänomen.

Martin Walsers »Brandung«

Damit das Fremdentum als unmittelbar mit der neueren und neuesten deutschen Geschichte zusammenhängenden Bereich verlassend, möchte ich zum Schluß auf eine sehr viel allgemeinere Variante

des Fremdheitsthemas hinweisen, nämlich auf das Fremdentum als eine Lebensphase, in der ein Prozeß der Selbstbewußtwerdung stattfinden kann, wie etwa in Martin Walsers Roman *Brandung* demonstriert.

Ein 55jähriger Deutschlehrer in Stuttgart ergibt sich gerade allerhand pessimistischen Reflexionen über sein mißlungenes Leben in einer ihn heftig irritierenden Umgebung, als ihn ein Anruf aus Amerika mit der Bitte erreicht, für vier Monate als Gastdozent an einer kalifornischen Universität zu unterrichten. Er ergreift die Chance mit beiden Händen und erlebt, losgelöst von allen deutschen Bindungen und Banden, eine völlige Neugeburt. Die kalifornische Pazifikbrandung ist eine Art Urkraft, deren symbolische Wirkung ihn für kurze Zeit zu einer völlig neuen Lebensanschauung zu inspirieren scheint; einen äußeren Handlungsablauf gibt es kaum: er unterrichtet, besucht zahlreiche Partys und bereitet einen Vortrag über Heine vor. Aber innerlich erlebt er seine beste Zeit überhaupt, schüttelt alle bestehenden Bindungen von sich und fängt in Gedanken ein völlig neues Leben mit einer von ihm platonisch verehrten Studentin an. Jedoch, sein mittleres Alter hält ihn zurück: Die schöne junge Liebe bleibt strikt platonisch, und die Berufs- und Familienbande mit dem alten Europa fordern ihre Rechte. Zum Semesterschluß kehrt er, »sadder and wiser«, wieder nach Hause zurück und wird die Last der täglichen Tretmühle wieder auf sich nehmen.

Amerika ist in diesem großartigen Roman das Land des Lichtes, das als eine Art Katalysator für den Unfrieden der Hauptperson funktioniert. In der Fremde noch einmal völlig neu anfangen zu dürfen, das scheint seine utopische Hoffnung zu sein. Utopisch, denn nach 55 Lebensjahren ist ein Neuanfang eine Unmöglichkeit, wie sich sehr rasch herausstellt. Von Anfang an mischt sich denn auch Ironie in die Darstellung der amerikanischen Erlebnisse, sowohl relativierende Selbstironie hinsichtlich seiner jugendhaften Anfechtungen als auch satirische Ironie in bezug auf alles, was so typisch ameri-

kanisch ist. Ein schönes Beispiel für letztere ist die Beschreibung seiner ersten Cocktailparty: »Halm konnte sich nicht erinnern, daß ihm eine Gesellschaft gut gekleideter Menschen je so gefallen hatte. Diese Lebhaftigkeit! Diese Leichtigkeit! Diese Leidlosigkeit! Es gab doch keine Probleme! Bitte, hör das Gesamtgeräusch aller Stimmen im Raum: noch am Ganzen hörst und spürst du, daß es sich zusammensetzt aus lauter Freundlichem. Und das Sichtbare entspricht dem vollkommen; es ist ein Raum, vibrierend mit Seide, Leinen und Frisuren, Haut und Schmuck und Zähnepracht. Wo man hinschaute, sagte gerade jemand zu jemandem genau das, was der am liebsten hörte, und der sagte nun seinerseits dem anderen genau das, was der am allerliebsten hörte. Und jeder konnte das offenbar so gut, daß alle zusammen einen Ausdruck vollkommenen Wohlgefühls schufen«. Im Laufe der Geschichte bekommt die Ironie in zunehmendem Maße einen melancholischen Unterton, wenn sich herausstellt, daß aus dem ersehnten Neuanfang nicht viel wird. Zu sehr ist die Hauptfigur ihren eigenen Normen und Werten ausgeliefert, gegen die sie höchstens in Gedanken sündigen kann, kaum mit Worten, und schon gar nicht mit Taten. Ihr Fremdentum verschiebt sich damit vom Touristischen zum Existentiellen. Herr Halm ist sich selber ein Fremder, sieht sich gezwungen, über seine eigene Lebenslage nachzudenken, von seiner jugendlichen Verliebtheit Abstand zu nehmen und das nahende Alter in seine Denkwelt zu integrieren. Das Todesmotiv spielt mit zunehmender Frequenz eine Rolle und die Hauptfigur sieht sich zu resignativer Akzeption ihres Niedergangs gezwungen. Für eine kurze Zeit hat er einen Fluchtversuch gewagt, als ein kleinerer Gustav von Aschenbach aus Thomas Manns Novelle *»Der Tod in Venedig«*, für eine kurze Zeit hat er nach den Sternen gegriffen, als eine Art Mini-Faust, aber die Rückkehr in die düstere Lehrerwohnung in Stuttgart erweist sich als unabwendbar.

Kontrovers

WALTER MOMPER/
TINO SCHWIERZINA

Plädoyer für eine Hauptstadt

Als nach dem Fall der Mauer offenbar geworden war, daß es in absehbarer Zeit ein vereintes Deutschland geben würde, schien es allen selbstverständlich, daß dann auch die alte Hauptstadt Berlin Sitz des deutschen Parlaments und einer gesamtdeutschen Regierung werden würde.

Nicht nur, weil es über vierzig Jahre lang immer wieder so beschlossen und gesagt worden war, sondern auch, weil Berlin nun mehr noch als je zuvor die Stadt des deutschen Schicksals und der deutschen Geschichte war, die Stadt mahnender wie ermutigender Botschaften. Hier, wo nationale Teilung und politische Konfrontation sich am sinnfälligsten und am schmerzlichsten artikuliert hatten, kamen nun die Deutschen am schnellsten und intensivsten wieder zusammen.

Also sangen die Medien in immer neuen Variationen das Lied von der alten und neuen Hauptstadt, von der Fülle ihrer Möglichkeiten, von ihrer Bedeutung für das Europa von morgen. Aus den Außenministerien vieler Staaten kamen Anfragen nach den alten Botschaftsgrundstücken, einige Bundesländer erinnerten sich an ihre früheren Vertretungen.

Erst als der Überschwang der Freudenfeiern sich etwas gelegt hatte und die Arbeit an den Tausenden von Problemen begann, die auf dem Weg zur Einheit Deutschlands zu bewältigen sind, wurden Stimmen hörbar, die das selbstverständlich Scheinende in Frage stellten, gegen Berlin argumentierten und andere Vorschläge ins Spiel brachten. Davon erwies sich allerdings nur Bonn nicht als Eintagsfliege.

Wir haben einige Zeit gezögert, uns an dieser Diskussion zu beteiligen. Wer in eigener Sache argumentiert, setzt sich schnell dem Verdacht der Befangenheit aus. Aber die Struktur öffentlicher Meinungsbildung läßt auf die Dauer eine solche Zurückhaltung nicht zu.

Außerdem geht es hier nicht um einen gewöhnlichen Ansiedlungsstreit, der zwischen den Bonnern und den Berlinern ausgefochten werden könnte.

Vielmehr geht es um eine der zukunftsprä-

genden Entscheidungen, die im Prozeß des Zusammenwachsens von den Deutschen in Ost und West zu treffen sind.

Anforderungen an eine Hauptstadt

Für eine Versachlichung der Diskussion ist es nützlich, sich über die Kriterien klar zu werden, welche die deutsche Hauptstadt in möglichst hohem Maße erfüllen sollte.

Vor allem, dies ist mit Abstand das Wichtigste, sollte die Hauptstadt einen großen und nützlichen Beitrag leisten zum Selbstverständnis eines Landes, zu einer aufgeklärten Identität. Das heißt, sie sollte ihm helfen, sich als zusammengehörig zu erfahren, sich in seiner Geschichte zu erkennen und sie im Positiven wie im Negativen anzunehmen. Denn nur aus den Bezugspunkten gewachsener und gewollter Gemeinsamkeit entsteht eine politikfähige, konfliktfähige und belastbare Staatlichkeit, wie sie in einem zusammengewachsenen Europa der Regionen unerlässlich sein wird.

Wohl am zweitwichtigsten ist der prägende Einfluß einer Hauptstadt auf das politische Leben eines Landes, unmittelbar auf die dort Agierenden, mittelbar auf alle Bürger.

Drittens ist die Hauptstadt eines Landes ein wichtiges Element seiner Selbstdarstellung nach außen, sie ist das Aushängeschild einer Nation.

Schließlich gibt es ein paar praktische Voraussetzungen für das Funktionieren einer modernen Hauptstadt, von angemessenen Bauten über die Infrastruktur bis zur Verkehrsanbindung.

Die gewachsene Hauptstadt

Die deutsche Geschichte ist gewiß der Hauptgrund dafür, daß die meisten Menschen im In- und Ausland Berlin für die selbstverständliche und einzig angemessene Hauptstadt Deutschlands halten.

In der Geschichte keiner anderen deutschen Stadt (und schon gar nicht in Bonn) spiegelt sich die neuere Geschichte der Deutschen auch nur annähernd so vollständig und

so intensiv, ist sie über alle Zerstörungen hinweg so spannungsreich gegenwärtig. Dies gilt für die politische Geschichte, die so wenige glückliche Momente aufweist und so entsetzliche Tiefpunkte, die nicht vergessen und verdrängt werden dürfen. Es gilt aber auch für die gesellschaftliche und die kulturelle Entwicklung, für Industrie und Wissenschaft. Diese zentrale geschichtliche Rolle Berlins reicht weit zurück.

Sie beginnt mit der Freiheitsbewegung gegen Napoleon, als die preußische Geschichte einmündet in die Vorgeschichte der deutschen Einheit. Sie setzt sich fort im europäischen Revolutionsjahr 1848, als die Berliner für die Demokratie auf die Barrikaden gehen und dem reaktionären Preußen unterliegen. Von hier aus versuchte Bismarck als »ehrlicher Makler« das europäische Gleichgewicht zu bewahren, von hier aus drängte Wilhelm II. säbelrasselnd in den Ersten Weltkrieg. Hier wurde die deutsche Republik ausgerufen und mit dem Generalstreik gegen den Kapp-Putsch verteidigt. Hier feierte Hitler am 30. Januar 1933 seinen Triumph, präsentierte sich mit der Olympiade als Friedensfürst, gab die Befehle zum Krieg. Von hier aus überzogen seine SS-Führer, seine Ministerialbeamten und seine Generäle Europa mit Terror und Krieg, hier wurde die »Endlösung der Judenfrage«, der millionenfache Massenmord beschlossen. Hier in Berlin wurde aber auch der Gewissensaufstand des 20. Juli 1944 geplant und gewagt. Hier kapitulierte Deutschland, hier installierten die Siegermächte ihren Alliierten Kontrollrat. Hier trotzten die West-Berliner der Blockade und gaben damit einen wesentlichen Anstoß zur Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Deutschland und den Westmächten und damit zur Gründung der Bundesrepublik, hier wurden aus den westlichen Besatzungsmächten Schutzmächte, hier erhoben sich die Ost-Berliner Arbeiter am 17. Juni 1953, hier fand die deutsche Teilung ihren dramatischsten Ausdruck, und hier war die Freude über den Fall der Mauer am größten. Ein Datum gibt den Querschnitt deutscher Geschichte in Berlin an wie kein anderes: der 9. November 1918 die Ausrufung der Republik, 1938 die Pogrome gegen die Juden, 1989 die Öffnung der Mauer.

Überall stößt man in Berlin auf Spuren und Zeugnisse dieser Geschichte, vom Charlottenburger Schloß des ersten Preußenkönigs bis zum Reichstag, von der Hinrichtungsstätte Plötzensee bis zu den Kreuzen an der Mauer, vom Olympiastadion bis zum Rosinenbomber auf dem Flughafen Tempelhof, vom Haupt-

quartier der Gestapo in der Prinz-Albrecht-Straße über die Ruinen der Synagogen bis zur Zentrale der Staatssicherheit in der Normannenstraße, vom Bendlerblock in der Stauffenbergstraße bis zum Sowjetischen Ehrenmal in Treptow, vom provisorischen Rathaus am John-F.-Kennedy-Platz bis zur Straße Unter den Linden mit dem Brandenburger Tor.

Was ist demgegenüber von den Einwänden zu halten, Berlin habe sich als Zentrale des preußischen Militarismus, nationalsozialistischer Verbrechen und kommunistischer Unterdrückung so gründlich historisch disqualifiziert, daß es nun besser dem unbelasteten Bonn weiche, dem wir Demokratie und Westbindung verdankten?

In dieser Vordergründigkeit ist das eine banale Geschichtsklitterung. Sie unterschlägt einfach alle freiheitlichen und demokratischen Traditionen, obwohl diese viel häufiger von den Berlinern selbst getragen werden als die Haupt- und Staatsaktionen. Und sie tut so, als sei für das Regime und die Politik eines Landes in erster Linie seine Hauptstadt verantwortlich, im Guten wie im Bösen. Daß die Berliner, jedenfalls für deutsche Verhältnisse vergleichsweise aufmüßig und kritisch sind, das haben schon viele erfahren müssen, heute Gott sei Dank auch demokratisch gewählte Politiker jeden Ranges und jeder Couleur.

Die feiner gesponnene Version, auch wenn Berlin nichts dafür könne, so habe jedenfalls der Faschismus von Berlin aus gewirkt, wodurch Berlin zum Symbol des Bösen geworden sei und nun leider von den guten Deutschen symbolisch bestraft werden müsse durch den Entzug der Hauptstadtrechte – diese Denkweise offenbart eine bedenkliche, nein, eine falsche und gefährliche Vorstellung vom rechten Umgang mit der eigenen Geschichte. Denn hier wird ein Sündenbock gefunden, der die anderen auf wundersame Weise entsorgt, hier wird der – natürlich untaugliche – Versuch unternommen, einer Geschichte, die auf uns allen lastet, durch Flucht an einen – scheinbar – unbelasteten Ort zu entkommen. Parlament und Regierung – sie dürfen am wenigsten die Geschichte ausblenden, vergessen, verdrängen. Wer würde uns denn die Lebenslüge des unschuldigen Neuanfangs abnehmen? Wir müssen uns der Geschichte dieses schwierigen Vaterlandes stellen, wir müssen ihr ins Gesicht sehen, wir müssen sie aushalten – in täglicher Bewährung, nicht in Festansprachen.

Wenn eine deutsche Stadt nach 1945 in der Welt als positives Symbol empfunden worden ist, dann war das das freie Berlin, wie es

vor dem geschichtlichen Hintergrund von Hybris und Zerstörung um seine Freiheit gekämpft und unter dem Druck der Mauer den Mut nicht verloren hat. In einem von ihm sehr genau definierten symbolischen Sinne sagte Kennedy »Ich bin ein Berliner«, und Millionen fühlten wie er. »Ich bin ein Deutscher« hätte er nicht sagen wollen; Berlin stand für das neue Deutschland, für westliche Werte von Freiheit und Demokratie.

Die Metropole als Hauptstadt

Berlin, wird uns freundlich versichert, sei doch die einzige deutsche Weltstadt, nun werde es wieder eine strahlende europäische Metropole. Wozu dann noch Regierungssitz? »Hauptstadt« solle es sich nennen dürfen, unbestritten, aber ohne Parlament und Regierung, die brauche es doch gar nicht.

Die Frage ist umgekehrt zu stellen: Braucht die Hauptstadt die Metropole? Profitieren Parlamentarier und Regierungsbeamte vom Leben in einer Weltstadt, oder gerät deutsche Politik in der abgeschiedenen Idylle ebenso gut oder sogar besser?

Hier geht es gewiß nur um graduelle Unterschiede. Vierzig Jahre lang ist in Bonn gut und erfolgreich regiert und verwaltet worden. Obwohl man den Mangel an sozialer Umge-

bung stets kritisch mit dem Begriff »Raumschiff Bonn« umschrieb. Man kann nur mutmaßen, ob manches befremdliche Urteil, manche Ahnungslosigkeit von den Problemen »draußen im Lande« diesem Milieu geschuldet war. Und andersherum ist natürlich das Berliner Pflaster keine Garantie gegen politische Defizite.

Auch der Hinweis auf vereinzelte ausländische Beispiele hilft nicht weiter. System und Dimension der Vereinigten Staaten sind sowieso nicht vergleichbar, und die Idee mit Washington D.C. hatte man vor 200 Jahren. Und ob Holland oder die Schweiz die rechte MeBlatte für unser Problem liefern? Wie weit ist es von Haag nach Amsterdam? Wieviel größer als Bern ist Zürich?

Wir können die Sache nur idealtypisch angehen: Demokratische Politik kann nicht abgehoben vom gesellschaftlichen Leben gelingen. Entscheidungsmacher wie Entscheidungsgehilfen müssen auf Tuchfühlung sein mit der Fülle des Lebens, mit den geistigen Auseinandersetzungen und den gesellschaftlichen Konflikten. Politik, die ihre Antennen nicht außerhalb der politischen Sphäre hat, verliert an Kreativität und gerinnt zum technokratischen Vorgang. Demokratische Politik darf sich nicht bequem betten wollen. Politik braucht die produktive Unruhe, braucht An-

Werber für Berlin

Foto: dpa/Oliver Berg



stöße von außen. Die Kluft zwischen Kultur und Politik muß wieder geschlossen werden. Berlin ist Herausforderung und Chance.

Die Metropole als Hauptstadt – das löst eine Sorge aus: Wird nicht ein übermächtiges Berlin entstehen, das zu vieles an sich zieht, neben der Politik auch Verwaltung, Wirtschaft und Kultur, auf Kosten und zum Schaden aller anderen Regionen? Negative Beispiele in Geschichte und Gegenwart belegen, daß diese Sorge ernstgenommen werden muß. In der Tat stellte die Reichshauptstadt des Kaiserreichs und der Weimarer Republik eine ungesunde Zusammenballung von Macht und Einfluß dar, Nährboden für preußische Arroganz und militärischen Größenwahn. Die traditionell noch viel stärkere Position von Paris in Frankreich wird dort zunehmend kritisch gesehen, aber die *décentralisation* kommt nur langsam voran. Umgekehrt macht das föderativ-dezentrale System der Bundesrepublik, das die Funktion in der Fläche verteilt, eine ihrer großen Stärken aus. Und diese Aufgabenverteilung hat sich bewährt.

Aber die Geschichte wiederholt sich nicht, wenn die Bedingungen gänzlich anders sind. Berlins Übermacht war Ausdruck und Folge der erdrückenden Übermacht Preußens in Deutschland. Preußen ist aufgelöst, Berlin und Brandenburg werden im Länderfinanzausgleich noch lange zu den nehmenden Ländern gehören. Wenn man unbedingt fragwürdige historische Parallelen ziehen will, dann dürfte heute die deutsche Hauptstadt also nicht im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen liegen. Ins Sachbezogene gewendet: Im Sinne einer wohlstands- und machverteilenden Raumordnungspolitik wäre es besser, wenn die deutsche Hauptstadt nicht in jener zentralen europäischen Wohlstandsregion läge, die sich von Südeuropa über das Rhein- und das Rhein-Main-Gebiet, Baden-Württemberg und die Schweiz bis Norditalien erstreckt und ihrer Form auf der Landkarte wegen »Banane« getauft wurde, sondern wenn wenigstens ein Stück der Banane in Richtung der weniger entwickelten DDR-Region abgegeben würde. Ohnehin wird es diese Verschiebung nach Osten hin geben, wenn die europäischen Länder wieder nach Europa kommen und die Teilung des Kontinents überwunden wird. Die Achse Berlin–Prag–Wien–Budapest ergänzt die Rheinschiene, ebenso wie die neue Ost-West-Achse von Paris über Berlin nach Warschau und Moskau. Berlin liegt wieder zentral.

Berlin als Hauptstadt hätte weder die Absicht noch die Möglichkeit, die bundesstaatliche Verfassung außer Kraft zu setzen und die

gewachsene dezentrale Verteilung der Funktionen aufzuheben. Jede deutsche Regierung wird aus förderativen und raumplanerischen Gründen weiterhin die Bundesgerichte, Bundesoberbehörden usw. außerhalb der jeweiligen Hauptstadt plazieren. Unter den heutigen kommunikationstechnischen Bedingungen ist es weniger denn je geboten, alle zentralen Funktionen an einem Ort zu versammeln.

Die Banken werden in Frankfurt bleiben, die Versicherungen in München und Köln, die Werbeagenturen in Frankfurt, Düsseldorf und Hamburg, die High-Tech-Branche in München und Stuttgart und die Chemie-Giganten an Rhein und Main.

Berlin kann also nie wieder ein zentralistischer Moloch werden, in keinem Bereich, und das ist gut so. Zu den genannten innerstaatlichen Gründen kommt noch hinzu, daß die nationalen Hauptstädte heute nicht mehr absoluter Mittelpunkt sind wie im nationalstaatlichen Europa von vorgestern, sondern daß ihre Bedeutung in dem Maße abnimmt und relativiert wird, wie Europa wirtschaftlich und politisch zusammenwächst.

Es wäre deshalb grundlos und falsch, aus Furcht vor Schreckgespenstern und eingebildeten Gefahren nach dem Motto »je kleiner und unbedeutender, desto besser« Parlament und Regierung in eine Nicht-Hauptstadt zu verbannen und damit auf all das Positive zu verzichten, das eine wirkliche Hauptstadt für ein Land leisten kann.

Die repräsentative Hauptstadt

Eine Hauptstadt spielt zwangsläufig eine zentrale Rolle im Bild, das die Welt sich von einem Land macht. Staatsbesuche führen in die Hauptstadt, die Medien berichten am häufigsten von dort.

Keine Stadt kann die ganze Vielfalt eines Landes seines Charakters und seiner Geschichte, seiner Leistungen und seiner Menschen widerspiegeln. Aber möglichst viel davon sollte in ihr zu sehen sein, nichts Entscheidendes sollte fehlen, das Bild muß im ganzen »stimmen«.

Daß dies in Deutschland auf Berlin zutrifft und wohl nur auf Berlin, ist unbestritten. Diskutiert wird deshalb in diesem Punkt nicht über das Pro, sondern über das Contra: Ist das Bild Berlins in der Welt nicht unheilbar verknüpft mit dem preußischen Militarismus und dem mörderischen Schrecken des Nationalsozialismus? Würden wir uns nicht belasten mit Erinnerungen und Ängsten, die durch das

»falsche Signal« einer Hauptstadt Berlin ausgelöst würden?

Die wenigsten Ausländer, deren Kopf wir uns da zerbrechen, machen sich eine solche Sicht der Dinge zu eigen. Im Gegenteil, die innerdeutschen Vorbehalte gegen Berlin stoßen im Ausland eher auf Unverständnis, wie wir immer wieder erfahren, zum Beispiel als jetzt der Jewish World Congress zu seiner ersten Jahrestagung in Deutschland nach Berlin kam, um sein Ja zur Vereinigung Deutschlands zu verbinden mit der Mahnung, aus der Geschichte zu lernen.

Den Ängsten, die bei vielen Nachbarn verständlicherweise ausgelöst werden durch den Gedanken an die wirtschaftliche und politische Macht eines 80-Millionen-Deutschland, kann nicht durch eine oberflächlich-demonstrative Abkehr von Berlin begegnet werden, sondern nur durch einen ehrlichen Umgang mit unserer Geschichte. Eindrucksvoll fand man dies bei A.M. Rosenthal in der NEW YORK TIMES ausgeführt, wenn er darlegt, daß es Akt der Offenheit und der Klarheit wäre, Berlin nicht trotz, sondern wegen seiner Vergangenheit zur Hauptstadt zu wählen. »Berlin ist geschichtlich und kulturell so eindeutig der richtige Platz für die Hauptstadt der Deutschen«, schreibt er, »daß jeder Versuch, etwas anderes vorzugeben, nur ein weiteres Beispiel wäre für die drei Übel internationaler Politik: Unehrlichkeit, Täuschung und Heuchelei«.

Die funktionierende Hauptstadt

Vor allen geschichtlichen Zusammenhängen und Image-Faktoren steht die praktische Notwendigkeit, daß eine Hauptstadt arbeitsfähig sein muß. Wahrscheinlich gibt es zwei Dutzend Städte in Deutschland, bei denen diese Voraussetzungen gegeben sind bzw. mit vertretbarem Aufwand geschaffen werden könnten, wie dies im Falle Bonns geschehen ist. Daß die Millionenstadt Berlin auf Dauer die größten personellen und sächlichen Ressourcen bietet, dürfte unzweifelhaft sein.

Berlin ist räumlich für die Hauptstadtfunktionen besser vorbereitet als viele wissen. In Ost-Berlin ist die aufgeblähte Regierungsbürokratie der DDR konzentriert, in West-Berlin gibt es 30.000 Arbeitsplätze bei Einrichtungen des Bundes. Die Bundeshilfe für Berlin wurde nach § 16 des Dritten Überleitungsgesetzes seit 1952 so bemessen, daß Berlin »seine Aufgaben als Hauptstadt eines gemeinsamen Deutschlands erfüllen« kann.

Dies alles bedeutet nicht, daß schon mor-

gen die gesamtdeutschen Verfassungsorgane nach Berlin kommen könnten und sollten. Vieles Vorhandene genügt nicht oder allenfalls sehr provisorisch den Anforderungen. Berlin bietet aber die Chance, jetzt gründlich und mit hohem Anspruch die deutsche Hauptstadt des 21. Jahrhunderts zu planen. Ein Ideenwettbewerb dazu sollte alsbald von der Bundesregierung und der DDR-Regierung ausgelobt werden. Das meiste wird man durch Umbau und Renovierung sehr kurzfristig geeignet machen können, einiges wird sicher besser neu gebaut.

Die Grundentscheidung sollte so bald wie möglich fallen. Die politische Signalwirkung der Entscheidung ist wichtig für das Zusammenwachsen Deutschlands, besonders im Hinblick auf die Menschen in der DDR. Ein unnötig langer Schwebezustand würde belastend für alle Betroffenen sein, die Diskussion drohte für Bonn und Berlin zunehmend destruktiv und verletzend zu werden.

Die vollständige Realisierung der Hauptstadt Berlin wird keine Frage von Monaten, sondern von vielen Jahren sein. Dies ist einer Jahrhundertentscheidung angemessen und schafft die Möglichkeit, mit der notwendigen Behutsamkeit vorzugehen und Härten auszugleichen.

Das gilt besonders für die Stadt und Region Bonn. Bonn hat Anspruch auf Unterstützung, so wie Berlin geholfen wurde, als ihm der Wind der Geschichte ins Gesicht blies. Als Berlin nicht Hauptstadt sein konnte, hat der Bund Tausende von Arbeitsplätzen hierher verlagert. Entsprechendes kann und muß geschehen, wenn Bonn nicht mehr Hauptstadt sein kann. Berlin ist bereit, zusammen mit Bonn und den beiden deutschen Regierungen einen Umzugsplan zu erarbeiten, der eine schrittweise Rückkehr der Hauptstadtfunktionen nach Berlin vorsieht.

Mit einem Wort müssen wir noch auf die Kosten eingehen, weil hier von interessierter Seite mit erschreckenden Zahlen von 80 oder 100 Milliarden DM operiert wird. Bei diesen »Berechnungen« sind Hauptposten angenommene Wohnungsbaukosten in Berlin von 40 Milliarden DM und noch einmal 40 Milliarden DM »Wertminderung für die Verwaltungsgebäude in der bisherigen Hauptstadtregion«. Diese Beträge sind schon deshalb unrealistisch, weil weder 100.000 Familien von Bonn nach Berlin ziehen müssen, das wäre fast die Einwohnerzahl von Bonn, noch die jetzigen Ministerien später leerstehen werden. Außerdem sind weder Wohnungsbaukosten in Berlin noch Abschreibungen in Bonn per se Aus-

gaben, die auf die öffentliche Hand zukommen. Und würde die Erweiterung Bonn's zur gesamtdeutschen Hauptstadt nichts kosten? Nicht einmal die »Wertminderung« der bisherigen Regierungsgebäude, Botschaften usw. in Ost-Berlin?

Wirklich seriöse und fundierte Berechnungen und Vergleiche kann im Augenblick mangels Planungsgrundlagen niemand anstellen. Immerhin läßt sich eine Größenordnung abschätzen, die in angemessener Relation steht beispielsweise zu den um ein Vielfaches höheren Kosten für ein Rüstungsprojekt wie den Jäger 90.

Eine historische Entscheidung

In der Hauptstadtfrage ist keine finanzielle, sondern eine politische Entscheidung zu treffen. Der Herausforderung einer Entscheidung für Generationen wird man nicht durch entscheidungscheues Status-Quo-Denken und ängstlich-buchhalterische Besitzstandsmentalität gerecht. Hier hilft auch kein Pseudo-Kompromiß, etwa symbolische Sitzungen des Bundestages in Berlin oder die Verlegung des Amtssitzes des Bundespräsidenten. Wenn Deutschland eine Hauptstadt hat, dann eine richtige Hauptstadt mit Ministerien, Parlament, Regierung und Länderkammer.

Unsere geschichtliche Aufgabe ist es, die Wunden der Teilung Europas zu heilen. Jahrzehnte der Zerissenheit und der Konfrontation in Europa müssen überwunden werden. Wenn es nicht gelingt, in den nächsten zwei oder drei Jahrzehnten in den Ländern des bisherigen Ostblocks funktionierende Demokratien und lebensfähige Marktwirtschaften zu etablieren, werden wir auch an den anderen Aufgaben scheitern. Berlin ist die Brücke nach Osten.

Das geeinte Deutschland hat durch seine Geschichte, seine Leistungskraft und seine Lage mitten in Europa eine zentrale Bedeutung und herausragende Verantwortung für das Zusammenwachsen von Ost und West in Europa. Mit der Hauptstadt Berlin, jung und welt-offen, gesamtdeutsch und mitten in Europa, würde es sich dieser Verantwortung stellen.

SIBYLLE TÖNNIES

Auch der Neosozialismus tritt das Erbe der Aufklärung *nicht* an

»Sozialismus ist die Idee, aus der modernen Gesellschaft eine Gemeinschaft zu machen«, sagt Rüdiger Altmann im Juni-Heft der »NG/FH«, er spricht vom »Sozialismus, der die Gesellschaft auf das sittliche Niveau einer Gemeinschaft bringen will«, und er hat recht damit. Die Frage ist aber, ob er damit einen Vorzug oder einen Mangel des Sozialismus trifft, und im Gegensatz zu ihm, der in dieser Idee einen Vorzug sieht, nämlich das wertvolle Element des Sozialismus, das aus der stalinistischen Abirrung herauszuretten ist in die Zukunft, werden die folgenden Überlegungen gerade darin die Problematik des Sozialismus und seine Anfälligkeit gegenüber dem Totalitarismus sehen.

Mißbrauchte Unterscheidung Gemeinschaft – Gesellschaft

Die von *Ferdinand Tönnies* begründete Unterscheidung zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft ist eine Zwei-Reiche-Lehre, die trennt zwischen kleinen, intimen, absichtslos-organisch entstandenen Primärgruppen und dem großen, anonymen, aus egoistischen Motiven künstlich hergestellten gesellschaftlichen Zusammenhang. Die Unterscheidung hat schon immer dazu eingeladen, die Vorzüge der Gemeinschaft auf die Gesellschaft zu übertragen und dieser dadurch ihre Unmoral und Kälte zu nehmen – nach der Absicht ihres Autors hat sie aber die gegenteilige Aufgabe haben sollen: zu scheiden zwischen solchen Bereichen, in denen die natürlich gewachsenen emotionalen Bindungen heilig zu halten sind, und solchen, in denen die egoistisch motivierten Zweckkontakte anzuerkennen und nach den Regeln des rationalistischen Naturrechts staatlich zu schützen sind. Der Versuch, diesen zweiten Bereich – den der modernen kapitalistischen Gesellschaft – in seiner Entfaltung mit Argumenten zu verhindern, die sich der Attraktivität der Gemeinschaft bedienen, machte nämlich den Charakter der deutschen Restauration zu Beginn des vorigen Jahrhunderts aus. Er war erforderlich insofern, als die von Gleichheit ausgehenden, eine freie Wirtschaftsgesellschaft begünstigenden Ideen der Französischen Revolution in Deutschland nur sehr verspätet umgesetzt wurden und der

Feudalismus sich als Anachronismus erhielt. Die politische Romantik (Adam Müller, Savigny) war die Ideologie, die dieses Werk vollbrachte, und das gelang ihr dadurch, daß sie die antagonistische Struktur der modernen Gesellschaft diskreditierte und stattdessen die organischen Bindekräfte des »Volkes« propagierte. Diesen restaurativen Bestrebungen ist die Unterscheidung zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft entgegengesetzt worden: Die beiden Sozialformen wurden als prinzipiell verschiedenartig und in so prinzipiell verschiedenen Funktionen stehend erfaßt, daß der ideologische Charakter aller Propagierung einer Großgemeinschaft ans Licht kam. Die Bedrohung, die für die rationalistischen Maximen der Aufklärung von der Würdigung der nicht-egalitären, nicht vernünftig-artifiziel, sondern von solidarischer Emotion getragenen Gemeinschaft ausgeht, erschien beseitigt, wenn deren Reich von dem der Gesellschaft gedanklich sauber getrennt wird.

Lag ihr auch diese Absicht zugrunde, so hat die Unterscheidung zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft diese Aufgabe doch nicht erfüllen können. Im Gegenteil wurde das Buch populär durch eine geistige Strömung, die genau wie die Romantik sich wieder in die Gemeinschaft zurücksehnte und in dem Buch

deren soziologisches Abbild fand: die *Jugendbewegung*. Im Zuge dieser Tradition konnte der Faschismus die Rücknahme der emanzipatorischen Errungenschaften, die Aufhebung der Individualisierung des bürgerlichen Subjekts, die Gleichschaltung und Totalisierung aller Lebensverhältnisse als Schöpfung einer »Volksgemeinschaft« in Überwindung der atomisierten egoistischen Gesellschaft deklarieren. Das Konzept von »Gemeinschaft und Gesellschaft« hat die bittere Erfahrung gemacht, von denen, die das Buch nicht lasen, sondern sich an seinem Titel berauschten, mißverstanden zu werden als die Propagierung der Gemeinschaftsprinzipien für ein modernes Großsystem.

Das aktive antifaschistische Auftreten seines der Sozialdemokratie angehörenden Schöpfers hat das nicht verhindern können. Nach dieser Erfahrung kann die – sicherlich unschuldig gemeinte – Wiederaufnahme der Formel von der gemeinschaftlich strukturierter Gesellschaft nicht unwidersprochen hingenommen werden.

Es ist auch nicht diese Formel allein – es ist der Geist des »Neosozialismus« überhaupt, der in diese Richtung geht, die er für den besten Teil des Sozialismus hält – und die vielleicht gerade sein problematischer Teil ist.

Gemeinschaft

Foto: Capa



Notwendige Antagonisten

Die im Sozialismus erhoffte Auflösung der kapitalistischen Antagonismen und Herstellung einer in dreifacher Weise monistischen Situation – Einheit von Arbeit und Genuß, Einheit der wirtschaftlichen Zielrichtung der verschiedenen Individuen, Einheit von Recht und tatsächlicher Ordnung – diese Verschmelzungsneigung tendiert zurück in den archaischen Zustand der Gemeinschaft und will ihn übertragen in ein modernes Großsystem. Eugen Kamenka nennt das im Gegensatz zum kapitalistischen bürokratisch-administrativen Großsystem.

»Während das Gemeinschafts-Paradigma das Organische an den Beziehungen würdigt; während die Gesellschaft das abstrakte Rechtssubjekt voranstellt, baut das bürokratisch-administrative Paradigma auf rationale Planung und die sozio-technischen Normen, die mit solcher Planung einhergehen. Es ist nach dem Konzept einer Hierarchie von Interessen strukturiert; es tendiert dazu, alles Recht als öffentlich und subordinierend anzusehen; es stellt vertikale über horizontale Beziehungen und vermischt Recht mit Verwaltung; es betont die distributive gegenüber der kommutativen Gerechtigkeit.«

Dieses System ist gewiß nicht die Ordnung, die dem vorschwebt, der Gesellschaft die Struktur von Gemeinschaft geben will – er muß aber zur Kenntnis nehmen, daß der Mangel an Gesellschaftsstruktur zu diesem Ergebnis führt. Das Unbehagen gegenüber den offenen Antagonismen der Gesellschaft läßt deren Vorzüge verkennen, die der Emigrant Kamenka so beschreibt:

»Sie hat eine bemerkenswert reiche und vielschichtige Tradition mit einer starken Zuneigung zu Fairness, Gerechtigkeit, Gleichheit und sozialer und politischer Unabhängigkeit; sie ist fähig zu einer prinzipiellen Konfrontation mit Königen, Prälaten, Diktatoren und dem Mob. In einem Ausmaß, das die Gemeinschafts- und bürokratisch-administrativen Paradigmen weit übertrifft, hat sie eine spezifische Rechtstheorie und die fundamentale Überzeugung entwickelt, daß Recht den Ausschlag gibt«. (aus: *The Rule of Law and the Welfare State*, ARSP-Beiheft; Übersetzung von mir).

Das nicht rechtlich, und das heißt antagonistisch, sondern harmonisch-verwaltend geordnete System kann ansatzweise die in kapitalistischer Rivalität vernachlässigten Bedürfnisse befriedigen: Es läßt die Individuen in gemeinsamer Anstrengung ein gemeinsames Werk errichten, in dem sie sich kollektiv verwirklichen, es ersetzt die rechtlich geschützten Einzelinteressen durch das Kollektivinteresse, das mangels Antagonismen keines Rechts, sondern lediglich der Verwaltung bedarf.

Der Preis für diese Geborgenheit des »*zoon politikon*«, für diese Verleugnung des mensch-

lichen Wolf-Charakters ist die Preisgabe der Menschenrechte mit all den Konsequenzen, die der Totalitarismus beider Prägungen vorgeführt hat. Die Menschenrechte haben nur dort die ihnen zukommende Stellung, wo der Antagonismus der Menschen untereinander ebenso wie der zwischen ihnen und dem Staat anerkannt wird.

Romantische Wurzeln

Eine für alle Sozialisten schmerzhafteste Tatsache ist die, daß der Marxismus dieselbe Wurzel hat wie der Faschismus: die *Romantik*. Deren Kapitalismuskritik hatte in ihrer reaktionären Ausformung die Restauration des Feudalismus zum Ziel, in ihrer fortschrittlichen Ausformung aber die Transponierung der Struktur der archaischen Gemeinschaft in die moderne Massengesellschaft, deren Verschmelzung ins Kollektiv. Die andere Wurzel des Marxismus – die ihn vom Faschismus trennt – ist der Gegenpol zur Romantik, die bürgerliche Emanzipationsbewegung des 18. Jahrhunderts. Deren Impetus ließ sich aber nicht unmittelbar in die Erhebung des Proletariats überführen als Forderung nach dessen Emanzipation; nicht eine Erweiterung der bürgerlichen Freiheiten auf den Vierten Stand, sondern die Überwindung der egoistisch wirtschaftenden, antagonistischen bürgerlichen Gesellschaft war das Programm:

»Die politische Emanzipation ist die Reduktion des Menschen, einerseits auf das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, auf das *egoistische unabhängige Individuum*, andererseits auf den *Staatsbürger*, auf die moralische Person. Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, *Gattungswesen* geworden ist, erst wenn der Mensch seine »forces propres« als *gesellschaftliche* Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der *politischen* Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht«. (K. Marx: *Zur Judenfrage*)

Das Spannungsverhältnis, die Polarität zwischen individuierendem bürgerlichem Rationalismus und kollektivierendem Marxismus ist bei der derzeitigen Suche nach Erhaltungswertem im Sozialismus nicht genügend im Blickfeld:

Einerseits wird jetzt, nachdem das ökonomische Programm der Überwindung der kapitalistischen Antagonismen gescheitert ist, die marxistische Kehrtwende gegenüber der Aufklärung, die Absage an bürgerliche Individualisierung und Rechtssubjektivierung, verdrängt. Die neosozialistische Linke sieht den Marxismus einseitig an als

»Erbe der Aufklärung, d.h. der Idee, Gesellschaft nach Vernunftprinzipien zu organisieren. Dieses Erbe ist keineswegs erschöpft ... Weder ist die Emanzipation bereits abgeschlossen, soziale Ungerechtigkeit durch sozialstaatliche Bearbeitung aufgehoben...« (Vgl. Brücker/Kreuder: *Die neosozialistische Linke*. in: *NG/AFH 6/90*)

Die radikale Entgegensetzung, in der der Marxismus immer zur (»systemimmanenten«) Sozialstaatsidee stand, ist in Vergessenheit geraten.

Andererseits aber wird der alten sozialistischen Linie, die über die Emanzipation der Individuen und deren lediglich extrinsische, staatlich vermittelte Vereinigung hinauswollte, treugeblieben in solchen Worten:

»Der »Wohlfahrts« oder soziale Rechtsstaat ist ein mehr oder weniger humanisierter Kapitalismus, nicht ein demokratischer Sozialismus. Doch wurden diesem Kapitalismus durch den Sozialstaat Rahmenbedingungen sozusagen aufgestülpt, soziale Gesetze aufgesetzt. Mit Sozialismus hat das insofern nichts zu tun, als sozialstaatliche Regulierungen keine Gesellschaftlichkeit, keine gelebte Solidarität erschaffen. Sie kompensieren bloß den Zerfall der Basisgemeinschaften und des lebensweltlichen Zusammenhalts und ermöglichen dadurch auch eine Beschleunigung dieses Zerfalls, eine immer weitere Ausdehnung der Waren- und Geldbeziehungen. Der Sozialstaat wird zum verselbständigten Hüter des allgemeinen Interesses gegen das »Jeder für sich« der Marktgesellschaft und fördert somit letztere auch dadurch, daß er das allgemeine Interesse als eine von der Zivilgesellschaft getrennte Instanz übernimmt und verwaltet. Von Sozialismus kann erst die Rede sein, wenn das bürokratische industrielle System, seine Machtapparate und technischen Sachzwänge so eingegrenzt und umgestaltet werden, daß der ganze Bereich des ökonomischen rationalen Handelns und Kalküls der Entwicklung lebensweltlicher, von den Individuen selbstregulierten gesellschaftlichen Zusammenhängen dienstbar gemacht ist und nur noch eine untergeordnete Bedeutung erhält.« (ebd.)

Hier wird festgehalten an dem sozialistischen Traum von einer großen Gemeinschaft anstelle der Gesellschaft – im Gegensatz zu dem Bild, das Kamenka entworfen hat, wird allerdings der bürokratische Apparat als unterworfen und nicht herrschend angesehen. Das Spannungsverhältnis dieser Vorstellung zu dem Erbe der Aufklärung, zum Rationalismus, der im Gegenteil das »Jeder für sich« freisetzen und feudale bzw. merkantilistische Bevormundung beseitigen wolle – dieses Spannungsverhältnis wird ignoriert.

Wirklich eine Fortsetzung der Aufklärung, eine Weiterführung des rationalen Naturrechts, ein Anknüpfen an den »okzidentalen Rationalismus« würde es bedeuten, wenn die Utopie von nicht egoistisch wirtschaftenden, lediglich vom Staat zu bezwingenden Individuen aufgegeben würde, wenn die Gemeinschaft als partikularer Glücksfall innerhalb einer universalen Gesellschaft akzeptiert würde

und nicht als Modell für das Ganze, wenn die »Entwicklung lebensweltlicher, von den Individuen selbstregulierter Zusammenhänge« nicht als das Überlegene gegenüber dem »Bereich des ökonomisch rationalen Handelns und Kalküls« angesehen würde.

Die Bevorzugung »lebensweltlicher« Zusammenhänge knüpft an Habermas' Entgegensetzung von »Lebenswelt« und »System« an, die die Motive »Gemeinschaft« und »Gemeinschaft« weiterführt, ohne daß die problematische Tradition, die das Wort »Gemeinschaft« ja immerhin anzeigt, noch deutlich wird. Ob in dieser kaschierenden Formulierung oder ausdrücklich die gute Gemeinschaft einer bösen Gesellschaft entgegengesetzt wird – weitergetragen wird mit dieser Wertung die ganze Problematik des Sozialismus, die in dessen Neigung zum Totalitarismus liegt. Bei Hannah Arendt kann man lernen, daß die Gefährdung des Sozialismus darin lag, daß er die Auflösung der Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft beabsichtigte, die Unterwerfung des Staates unter den Massenwillen, und damit im Unterschied zur harmloseren Diktatur »total« wurde. Die beabsichtigte Dominanz der »Lebenswelt« gegenüber dem »System«, die Forderung, daß die Gesellschaft eine Gemeinschaft werden, birgt dieselbe Gefahr in sich. Richtig angewendet, fordert die Unterscheidung zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft dazu auf, das, was in die Gemeinschaft gehört, auch in der Gemeinschaft zu belassen, und umgekehrt, die Strukturen, die der Gesellschaft angemessen sind, nicht auf Gemeinschaft auszudehnen. Die Lebenswelt folgt nicht artifiziellen Konzepten, ihre Gestaltung geschieht nicht in politischen Aufsätzen, sondern sie ist das Leben selbst, das absichtslose Sein im Gegensatz zum kalkulierten Machen. Neosozialismus bedeutet wiederum das Propagieren eines neuen, besseren Menschen. »Spare deine klugen Lehren für den eigenen Gebrauch«, sagte Wilhelm Busch, und damit ist am deutlichsten die Grenze gekennzeichnet, die einzuhalten ist – die Lebenswelt ist damit ganz eng gefaßt.

GÜNTER KUNERT

Nicht mitzuhassen . . .

Ein untrügerisches Kennzeichen unserer Epoche besteht darin, daß mit dem wachsenden Verständnis für den Menschen sich gleichzeitig die emotionale Beziehung zu ihm verringert. Als bestünde der Preis des immer umfangreicher werdenden Wissens in einem notwendigen Gefühlsverlust. Analog zu Wilhelm Hauffs Märchen vom steinernen Herzen, vollzog und vollzieht sich wirtschaftliche und technologische Expansion unter Einbuße der Empfindungskraft. Doch wir leben nicht in einem Märchen, auch wenn es uns manchmal so scheinen will, und können unseren Verlust somithin kaum bösen Kobolden oder gehässigen Hexenmeistern anlasten. Wir müssen schon die Wirklichkeit befragen, woher es kommt, daß der andere, der Mit- und Nebenmensch dermaßen objekthaft für uns geworden ist – wie wir persönlich ebenfalls für ihn. Ein Vorgang, dem die äußeren Umstände widersprechen wollen, denn wir betreiben längst unbestritten und wie nie vormd in der Geschichte Wissenschaften vom Menschen. Mittels Psychologie, Psychoanalyse, Anthropologie, Ethnologie und Soziologie schufen wir uns ein nahezu kartographisch exaktes Bild des Homo Sapiens: Weder von Göttern noch Schicksal gepeinigt, weder von der Gnade Gottes abhängig noch von den Einflüsterungen Satans, sind seine Aktionen und Reaktionen durch die jeweilige Fachkenntnis eindeutig erklärbar, wie wir meinen.

Der Mensch ist kein Geheimnis mehr. Er ist kein ungelöstes Rätsel, sondern bis ins Innerste seiner Zellkerne erforscht. Er sollte also im klaren Bewußtsein seiner selbst, seiner zentralen Existenz auf diesem Planeten, über sich ausreichend Bescheid wissen, um einzusehen, woraus der besagte Schwund seiner Emotionalität resultiert. Insbesondere ein wesentlicher Bezirk derselben wirkt wie amputiert; ich meine das, was einst Mitleid und Mitgefühl hieß. An deren Stelle ist ein Mangel eingetreten, der sich groteskerweise aus nichts anderem ergeben hat, als aus der stets intensiveren Beschäftigung mit sich selber, mit dem eigenen Wesen als Mensch. Denn der Aspekt, unter dem sich diese Beschäftigung vollzog, war wissenschaftlich geprägt, und damit der

Fokus eingestellt, die reduktionistische Sehweise vorbestimmt, das Ergebnis vorprogrammiert.

Der Mensch, den Menschen unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten betrachtend, verwandelt ihn in ein Objekt. Der Untersuchte wird zum Untersuchungsgegenstand. Auf unheimliche und unbemerkte Weise vollzieht sich ein Akt der Unmenschlichkeit, über dessen Folgen keine Vorstellung besteht. Um es näher zu erläutern: Selbst da, wo wir beispielsweise einem Verzweifelten helfen wollen, machen wir ihn zum »Fall«, da wir uns sein Leiden oder sein Leid in unsere jeweilige Terminologie übersetzen, um Verständnis seiner Lage aufzubringen. Mit anderen Worten: Wir lassen ihm eine sprachliche »Sonderbehandlung« zuteil werden, die ihm als Fall anderen vergleichbaren Fällen zuordnet und damit entindividualisiert; wir machen ihn zu etwas anderem, als er eigentlich ist, und zwar wie gesagt durch unsere Sprache, die jedoch nur noch ein Surrogat mehr oder minder wissenschaftlicher Darstellungsweisen ist; indem wir die erwähnte Verzweigung als endogene Depression diagnostizieren, also den seelischen Schmerz des anderen »objektivieren«, »klassifizieren«, schaffen wir zugleich Abstand, deren Folge ein Manko an eigenem inneren Beteiligtsein ist. Unsere Aufmerksamkeit aufgrund vorgegebener Denk- weil Sprachformen verdinglicht den anderen und erzeugt Entfremdung zwischen ihm und uns. Damit sind wir kaum mehr in der Lage, Mitleid aufzubringen, ein Begriff, in welchem das Mitleidenkönnen als Fähigkeit und Leistung steckt. Stattdessen überlegen wir uns therapeutische Ratschläge, ergo etwas, was wissenschaftskonformen Problemlösungen nahekommt. Wir sind ja bereit zu helfen und wundern uns, wie wenig dem anderen unsere Hilfeversuche anschlagen, und wir nehmen überhaupt nicht wahr, daß es ausreichen würde, ein paar Tränen gemeinsam zu vergießen, weil – wie ein altes Sprichwort weiß – das geteilte Leid sich halbiert.

Beklagte der berühmte Analytiker und Menschenforscher Alexander Mitscherlich noch vor zwanzig Jahren bei den Deutschen

Die *Unfähigkeit zu trauern*, nämlich über die Opfer des Massenmordes, welche doch in jeder Hinsicht Gattungsgenossen gewesen sind, erscheint gegenwärtig als zweite Phase psychischer Verfestung die *Unfähigkeit zum Mitleid*. Nur dort, wo ein persönliches Erlebnis die Sprach- und Denkschemata durchbricht, kann Erschrecken und Entsetzen Platz greifen; etwa vor dem butüberströmten Sterbenden in einem Autowrack. Doch bereits die Tatsache von rund zehntausend toten Verkehrsteilnehmern jährlich ist bloß noch eine unwirksame Zahl. Erinnern wir uns doch, wie gleich nach Kriegsende die Debatte über die Zahl der umgekommenen Juden eine Rolle spielte und im übrigen immer noch spielt, da die Befassung mit Zahlen die Befassung mit umgebrachten Frauen, Kindern, Männern in den Hintergrund drängt oder gar unnötig macht. Hinter der Zahlendiskussion, einem »versachlichenden« Diskurs, verschwindet alles Grauensvolle; die objektivierende Sprachbehandlung schließt nicht nur Trauer und Mitleid, sie schließt alle emotionale Regung aus.

In unserer aktuellen Gegenwart erleben wir ähnliche Vorgänge in bezug zu den Fremden, die unter uns leben, zu den Flüchtlingen, die wir mit dem Begriff *Asylanten* einer negativen sozialen Wertkategorie zuordnen, denn Asylanten sind Obdachlose, Säufer, Heruntergekommene, Versager, die im Asyl ihre nutzlosen Tage verbringen. Und was sind die sogenannten *Wirtschaftsflüchtlinge* anderes als Menschen, die in Not und Elend vegetieren, welches mit ihnen zu teilen wir uns bestens hüten; wer waren eigentlich jene Deutschen, die nach dem Kriegsende nichts dringlicher wollten, als Deutschland verlassen? Waren ihre Motive nicht genauso ehrbar oder würdelos wie die der heutigen Flüchtlinge, denen wir nur Achtung zollen, wenn sie bereit sind, in ihren Heimatländern zu verrecken? Unser Mitleid mit den Bewohnern der Dritten Welt ist geheuchelt, denn wir sehen sie lieber im Fernsehen verhungern, als konkret in unserem Wohnort anwesend.

Um den Versuch eines Resümees zu wagen: Eine langanhaltende, im 19. Jahrhundert aufkommende Wissenschaftsvergötzung hat uns insgeheim zum Umgang mit allen Lebendigen erzogen, als handele es sich um ein Präparat, um einen isolierten Teil, um ein mechanistisches Etwas. Durch diese sich weithin ausbreitende, von der Wissenschaft inaugurierte Betrachtungsweise, deren Grundlage ausschließlich Beobachten und Messen ist, entfremdet sich nicht nur das Betrachtete dem

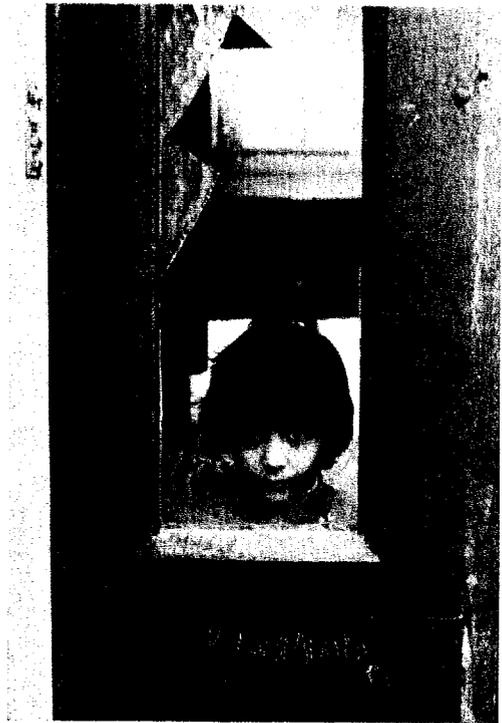


Foto: Mehmet Ünal

Betrachter, vielmehr ereignet sich in jenem Rückkoppelungs-Prozeß, daß auch der Betrachter der Selbstenfremdung erliegt. Denn er wiederum wird, sobald sein Blick durch andere Wissenschaftsbereiche auf ihn zurückfällt, zur bloßen Erscheinung wissenschaftlich benennbarer Phänomene. Der Ursprung solchen heängstigen Geschehens liegt in der Aufklärung – auch wenn das manche, sich Rationalisten nennende Verstandesgläubige nicht hören mögen. Doch da die Aufklärung ihren triumphalen Kampf hauptsächlich mit der Rhetorik und der Mathematik führte, also mit den Argumenten unwiderleglicher Forschungsergebnisse, mußte sich am Ende ihr Sieg als Phyrussieg herausstellen. Ihr Ziel, der frei sich und sein Schicksal selbst bestimmende Erdenbürger, hat sich unter vielen fleißigen Händen ins Gegenteil verkehrt. Das Erreichte erweist sich keineswegs als die erstrebte lichte Utopie, sondern als ein jedes und jedermann funktionalisierendes Getriebe, begleitet von der fabrikmäßigen Beseitigung des als lebensunwert klassifizierten Lebens – um es einmal in der adäquaten Sprache auszudrücken.

Und darum auch liegt Auschwitz nicht als einmaliger historischer Unfall fern hinter uns,

sondern liegt unter den Falltüren unserer um die Zukunft gebrachten Gegenwart. Die euphemistischen Redewendungen von der »Instrumentalisierung des Menschen«, von den »Funktionsträgern«, vom »menschlichen Faktor« sind schlimme Anzeichen für die lauernde Barberei, welche, in ihrer Sprache befangen, sich ihrer selbst gar nicht bewußt werden kann.

Immer war der Mensch die einzig wirkliche und die einzig direkte Gefahr für den Menschen. Davon spricht die Literatur seit der Antike. Doch erst jetzt verliert sich der Mensch selber beim Durchgang durch das Wissenschaftszeitalter, das er so hoffnungsvoll hervorgerufen hat und aus dem er, um seine Mitleidsfähigkeit betrogen, nun selbstblind und bedrohlich unter seinesgleichen tritt.

WILLI KÖHLER

Bedrohte Buchwelt

Die Überproduktion der Verlage gefährdet die Lesekultur

Im Oktober 1923 schrieb der Verleger Kurt Wolff seinem Autor Franz Kafka einen Brief, der als ein geschäftliches und zugleich menschliches Dokument in die Geschichte des deutschen Verlagswesens eingegangen ist.

»Wir benutzen die Gelegenheit«, heißt es in dem Brief, dem eine Absatzliste der Bücher Kafkas für das abgelaufene Geschäftsjahr beigefügt war, »erneut zum Ausdruck zu bringen, daß die Geringfügigkeit des Absatzes Ihrer Bücher uns die Freude an deren Zugehörigkeit zu unserem Verlag in keiner Weise mindert«. Er sei überzeugt, schreibt Wolff weiter, »daß eine spätere Zeit die außerordentliche Qualität dieser Prosastücke zu würdigen wissen wird«. »Als Ausdruck unseres guten Willens« und »zur Entschädigung« dafür, daß er keine »irgendwie nennenswerte Summe« überweisen könne, kündigt der Verleger seinem Autor – der ein Jahr später sterben sollte – eine Büchersendung an, die vielleicht einen »bescheidenen Platz in Ihrer Bibliothek« finden werde.

Tatsächlich hatte Wolffs Verlag in dem genannten Geschäftsjahr von den sechs Büchern Kafkas ganze 27 Exemplare verkauft. Unter solchen Umständen würde heutzutage ein noch unbekannter Kafka mit Sicherheit keinen Brief seines Verlegers erhalten, und schon gar nicht einen so tröstlichen und noblen wie den von Kurt Wolff.

Nach einem so »banalen« Verkaufsergebnis bekäme ein Kafka unserer Tage höchstwahrscheinlich einen Formbrief der Vertragsabteilung seines Verlages: »Sehr geehrter Herr Kafka, zu unserem Bedauern haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr von Ihren sechs Büchern in unserem Programm lediglich 27 Exemplare verkauft. Zu Ihrer Information fügen wir eine Absatzaufstellung bei. Aufgrund des geringen Verkaufs sehen wir uns leider gezwungen, die restlichen Exemplare Ihrer Bücher gemäß der entsprechenden Vertragsklausel in den Ausverkauf zu geben. Wir hoffen auf Ihr Verständnis«. Mit anderen Worten: Zur »Entlastung« des Lagers sollen die nicht verkauften Bücher »verramscht« werden.

Der fiktive Verlag würde dem heutigen Kafka auch Bücher ankündigen, freilich nur »Freiexemplare« seiner eigenen, und wollte er weitere beziehen, »so berechnen wir Ihnen DM 2,00 zuzüglich Mehrwertsteuer pro Exemplar«. Darüber hinaus könnte der unverkäufliche Kafka mit einem ehrenwerten Angebot rechnen: »Wenn Sie nach dem Ausverkauf wieder über die Verlagsrechte an Ihren Büchern verfügen wollen, geben Sie uns bitte Bescheid.«

Ansehensverlust des Buches

Die beiden Briefe, der authentische und der erfundene, gleichwohl reale, spiegeln die wachsende Bürokratisierung des Buch- und Verlagswesens in den letzten Jahrzehnten wider. Die Beziehung zwischen Verleger oder Verlagsmanager und Autor ist unpersönlicher, geschäftlicher geworden; die wenigen Ausnahmen fallen kaum ins Gewicht. Die marktbeherrschenden Verlage, meist aus Traditionshäusern hervorgegangen, unterscheiden sich in Betriebsaufbau, Produktionsweise und Marketingstrategie nur unwesentlich von anderen Unternehmen der Konsumwirtschaft. Der Buchhandel hat sich den Regeln des allgemeinen Einzelhandels unterworfen. Die umsatzstärksten Betriebe ähneln denn auch Supermärkten. Das Leseverhalten der Buchkunden ist in mehr oder weniger werbeorientiertes Konsumverhalten umgeschlagen.

Das Produkt selbst, größtenteils nur noch der Bezeichnung nach ein Buch, hat an Ansehen verloren, bei Jugendlichen wie auch bei älteren Menschen, die sich seiner immer weniger bedienen wollen und können. Mehr als eine Million Bundesbürger beherrschen nach neueren Schätzungen die Kulturfertigkeit des Lesens nicht oder nur völlig unzulänglich. Ein neuer »Analphabetismus« breitet sich in der Wohlstandsgesellschaft aus. Leseforscher wollen herausgefunden haben, daß rund ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung in den westlichen Ländern der Ersten Welt Bücher nicht mehr wirklich zu lesen vermögen, sondern ihre Lektüre auf Kurztexte geringen Schwierigkeitsgrades beschränken müssen.

In scheinbarem Widerspruch dazu werfen die Verlage seit geraumer Zeit Unmengen von Buchtiteln auf den Markt. Die Bundesdeutschen sind auch auf diesem Gebiet Weltmeister: Sie produzieren pro Kopf der Bevölkerung die meisten Neuerscheinungen. Der auffällige Widerspruch zwischen Produktionsmenge und abnehmender Lesebereitschaft erklärt sich zum Teil durch eine Art Gegenbewegung: Die Verkaufsauflagen der neu erscheinenden Titel sind seit Jahren im Durchschnitt kontinuierlich gesunken. Erschien vor etwa zwei Jahrzehnten kein Taschenbuch mit einer Erstauflage unter 15.000 Exemplaren, so begnügen sich heutzutage auch die großen Taschenbuchverlage mit einem Drittel dieser Auflage und verkaufen in vielen Fällen auch nicht mehr. Mit den gebundenen Büchern, den neudeutschen *Hardcovern*, verhält es sich kaum anders. Die allwöchentlich ermittelten Bestseller verzerren nur das Bild, ganz abgesehen davon, daß die »Hitliste« auf höchst dubiose Weise zustande kommt. Allein die wundersame Titelvermehrung garantiert die Umsatzsteigerungen, welche die Branche in jedem Jahr wieder voll Stolz vermeldet. Beliebter Gesprächsstoff in den Verlagen ist der drohende Kollaps dieses aufgeblähten Systems.

Die seit Jahren praktizierte Überproduktion, das heißt ein Angebot an Büchern, für die keine ausreichende Nachfrage besteht, hat in den Verlagen zu erheblichen Arbeitsbelastungen, vor allem in den Lektoraten, geführt. Die Unzahl von Titeln ist nur unter Qualitätseinbußen formaler und inhaltlicher Art herzustellen. In den größeren Verlagen bestreitet der einzelne Lektor einen großen Teil seiner Arbeitszeit mit der technischen Abwicklung von Titeln. Die Verleger bzw. deren Geschäftsführer haben allenfalls noch sporadischen Kontakt zu »ihren« Autoren; sie sehen in ih-

nen zwangsläufig vor allem »Lieferanten« von Buchrohstoff, von Manuskripten und neuerdings auch Disketten, die auf dem Wege arbeitsteiliger Produktion in ein marktreifes Produkt verwandelt und mit anderen Titeln zu einem werbewirksamen Angebotsensemble verknüpft werden.

Für die Verlagsmanager sind Autoren zunächst einmal lästige, weil überanspruchsvolle, und »überbezahlte«, weil prinzipiell unverkäufliche Bücher anbietende Zeitgenossen. Ihr unstillbares Bedürfnis nach zeitraubendem Kontakt haben die für das jeweilige Programm zuständigen Lektoren zu befriedigen, möglichst ohne die Geschäftsführung über Gebühr zu stören. In Ausnahmefällen, etwa bei Festlichkeiten, führen die Verlagsleiter den einen oder anderen Autor schon mal wie einen Exoten vor, doch im allgemeinen darf sich der gemeine Autor, nicht zu verwechseln mit dem Bestseller- oder Superautor, glücklich schätzen, wenn seine Hervorbringungen überhaupt gedruckt werden. Insofern gilt er im Verlag als unsicherer Kantonist, als umtriebiger Gelegenheitsschnüffler, der die Verlage nach Gutdünken wechselt – »wie der Floh die Hunde«, um das bemerkenswert offenerzige Aperçu eines Verlagsmanagers zu zitieren.

Blinde Produktion

Die großen Verleger unseres Jahrhunderts, nach den Worten von Ernst Heimeran immer auch »große Leser«, nahmen Autoren, deren Bücher sie verlegten, noch so wichtig, daß sie sie auch persönlich kennen wollten, und es war keine Seltenheit, daß Verleger und Autor durch Freundschaft verbunden waren. Ähnliches galt für ihre Lektoren, die in der Regel vielseitig gebildete und belesene, literarisch ambitionierte Talent- und Themenaufspürer waren. Anders die heutigen Lektoren, die gemeinhin vollauf damit zu tun haben, die technische Abwicklung von Buchprojekten zu überwachen, und die sich folglich eher als mit Spezialkenntnissen ausgestattete Sachbearbeiter verstehen, von denen die Arbeitgeber aufgrund chronischer Unterbezahlung nur gebremste Schaffensmotivation erwarten können.

Weder Verlagsleiter noch Lektoren größerer Verlagshäuser können alle Bücher kennen, die in ihren Betrieben produziert werden. In kaum einer anderen Branche ist die Unkenntnis der Manager und der leitenden oder halbleitenden Angestellten über die von ihnen »gehandelten« Produkte derart eklatant wie im Verlagswesen. In den großen Taschen-

buchverlagen wird bei einem Monatsausstoß von 30 und mehr Titeln im Fließbandverfahren über die Annahme von Buchprojekten entschieden, das heißt: Die Verlage produzieren sozusagen mit blinden oder halbblinden Augen. Nur die Lektoren haben noch ein wenig Durchblick, allerdings auch nur in ihren Programmbereichen.

Das Buch ist zur Massenkonsumware geworden, freilich nicht der einzelne Titel, der sich im allgemeinen mehr schlecht als recht verkauft, sondern als »Gesamtware«, als Anzahl von Titeln. Den Widerspruch dieses Produktionsgebarens wollen die Buchmacher partout nicht wahrhaben, denn er müßte sie veranlassen, die Grundlagen ihres Handelns in Frage zu stellen. Das Buch als Träger einer Kulturtechnik, von der es heißt, sie konstituieren erst eigentlich das Menschsein, ist nicht auf Quantität, sondern auf Qualität seiner Benutzung angewiesen. Das Bedrohliche sind nicht die Massenverkäufe einiger weniger Bestseller, die bilanztechnisch ohnehin kaum ins Gewicht fallen, mit Ausnahme vielleicht in umsatzschwachen Verlagen – das Bedrohliche sind vielmehr die zahllosen immer schneller hergestellten »Eintagsbücher« von banalem bis läppischem Inhalt vor allem im Unterhaltungs- und Sachbuchbereich.

Die Überproduktion bedient im übrigen einen ganz und gar »gesättigten« Markt, der nur noch Verteilungsgefechte zuläßt. Etliche kleinere und mittlere Verlage sind bereits auf der Strecke geblieben, bezeichnenderweise vor allem jene, die auf Qualität setzten. Die größeren Verlage und Verlagsgruppen suchen ihr Heil in Rationalisierung und Konzentrierung, doch mit diesen Mitteln wird die Krise allenfalls »gestreckt«, aber nicht behoben.

Die Arbeitsabläufe in den größeren Verlagen werden immer anonymer. Eine Art kommunikativer Schwindsucht greift um sich wie eine ansteckende Krankheit, sowohl in den Verlagen selbst wie auch im Buchhandel. Diese auch in anderen Branchen grassierende Auszehrung wird sich nach allen bereits sichtbaren Symptomen zumindest auf das Buch und auf die Kulturtechnik des Lesens verheerend auswirken. Lesen ist nach den Worten des Linguisten Harald Weinrich eine Kommunikationsform, und als solche muß sie notgedrungen verkümmern, wenn nicht mehr kommuniziert wird, sei es in den Verlagen, die Lesestoff aufbereiten und verbreiten, sei es in der Gesellschaft insgesamt, die das Bedingungsgefüge für Kommunikation bereitstellt.

Zunehmende Anonymisierung und Kommunikationsverluste in den Buchverlagen sind

komplexe Prozesse, die sich in Form eines Regelkreises gegenseitig verstärken.

Anonymisierung und Überproduktion

So haben die mittlerweile auch in den Verlagen massenhaft eingesetzten Datensichtgeräte nach allen bisherigen Erfahrungen aufgrund ihrer »Natur« isolierende und absorbierende Effekte, denen sich die Benutzer kaum entziehen können. Die auch mit Hilfe von Computern steigende Produktivität an Büroarbeitsplätzen bei gleichbleibendem oder auch abnehmendem Personal zwingt die Lektorate zur Reduzierung von Zeit und Aufmerksamkeit für den einzelnen Titel und dessen Autor. Diese Verringerung des Aufwands für den Einzeltitel führt tendenziell zur »Verflachung« von Buchinhalten und zur Verschleppung der Schriftsprache. Der Prozeß vollzieht sich schleichend, unauffällig und nur vom aufmerksamen Leser zu beobachten.

Warum Inhaltsverflachung? Das Basismaterial der Verlage, das vom Autor gelieferte Manuskript, ist in aller Regel bearbeitungsbedürftig, mal mehr, mal weniger und ziemlich unabhängig von der Prominenz des Autors. Das gilt sowohl für Literatur- wie für Sachbuchtitel. In vielen Fällen sind, den meisten Lesern unbekannt, Bücher, also Gestalt und Ware gewordene Manuskripte, das Ergebnis einer längeren intensiven Kooperation zwischen Autor und Lektor. Manche Manuskripte wären ohne Lektor keine Bücher geworden, jedenfalls keine anscheinlichen. Nicht wenige Bücher sind nur dem Namen nach das ausschließliche Produkt des Autors, und bisweilen ist der Anteil des Lektors mindestens so groß wie der des Autors. Diese Kooperation wurde bislang kaum erwähnt, geschweige denn gewürdigt, zumal der Lektor sich traditionell als »Diener seines Autors« versteht – als stummer Diener.

Anonymisierung, Kommunikationsverlust, Überproduktion – diese Trias wirkt zwangsläufig auf das Buch ein, auf seinen Inhalt, seine Sprache, seine Vermarktung und seine Rezeption. Dabei soll der Einfluß der unter Autoren bereits weitverbreiteten elektronischen Textverarbeitung auf die Sprache und damit auch auf den Inhalt von Büchern hier noch unberücksichtigt bleiben. Unüberschaubar arbeiten Autoren und Lektoren in wachsender Isolierung. Aufgrund allgemeiner Überproduktion kann sich der gemeinhin zur Selbstausbeutung neigende Lektor um das einzelne Buch und dessen Autor um so weniger küm-



»Leseratten« auf der Frankfurter Buchmesse

Foto: dpa/Witschel

mern, wenn er die ihm tariflich zustehende Arbeitszeitverkürzung nutzen will. Noch sind Verlage die Ausnahme, welche die Fahnen abgesetzter Manuskripte nicht mehr korrigieren lassen, weder vom Autor noch vom Korrektor oder Lektor. Aber wie lange noch?

Deckungsbeitragsberechnung

Unter »Marktdruck« stehen auch die Autoren. Sie sehen sich gezwungen, immer schneller zu produzieren, wenn sie im öffentlichen Gespräch, Voraussetzung einträglicher Auflagen, bleiben wollen. In Verlagen kursiert die Meinung, ein Autor, der nicht in jedem Jahr wenigstens ein neues Buch absondert, sei in kürzester Zeit vergessen, möge er noch so prominent sein. Beispiele schienen diese Meinung zu bestätigen. Die von Sensationen verwöhnte allgemeine Vergeßlichkeit macht offensichtlich auch vor der Berühmtheit nicht halt. Die Gier nach Neuigkeiten hält sich nicht

lange bei einem Gegenstand auf. Das trifft auch Autoren und ihre Bücher.

Aus der anonymen Masse der befähigten und der selbsternannten Autoren, die die Lektorate mit wahren Papierfluten überschwemmen, ragt einsam eine kleine Schar von Superautoren hervor, die sich, was Gefallsucht und Einkünfte angeht, durchaus mit den Schlagern und Sportstars messen können. Vorauszahlungen in Millionen-Höhe selbst für noch ungeschriebene Bücher sorgen für Schlagzeilen. Dem allgemeinen Sensationswahn folgend, rangeln die Verlage, sofern sie es sich leisten können oder zu können glauben, um diese Buchstars, deren Produkte allem Gejammer über schlechte Geschäfte zum Trotz mit üppigem Werbe- und Marketingaufwand »gepuscht« werden – die freilich nur selten, wie das Glücksspiel, halten, was sie zu versprechen scheinen. Wenn dann die Bücher der nach allen Regeln des modernen Personenkults umheholten Starautoren nicht den erwarteten Reibach bringen, sind natürlich die Leser schuld, die das kostbare Kulturgut nicht

zu schätzen wissen. Bemängelt wird auch die Lesekultur, die mit dem allgemeinen Wachstumswahn nicht Schritt gehalten hat.

Die Buchbranche hat sich in Werbung und Marketing voll auf Wachstum eingestellt. Banalisierungen und Simplifizierungen sind an der Tagesordnung. Differenzierte Information ist angeblich für die Katz. Die Leser wollen eben betrogen werden, heißt es. Für prospektive Bestseller, die sich freilich in der letzten Zeit immer häufiger als »Flops« entpuppen, werden Unsummen für die sogenannte Verkaufsförderung verpulvert. Das Geld wird kurzerhand bei der Werbung für schwierige Titel oder bei Taschenbuchreihen, die sich »von selbst« verkaufen sollen, eingespart.

In den Lektoraten und auf den Leitungsetagen der Verlage tummeln sich immer mehr »Macher«, deren Vokabular kaum noch ahnen läßt, welchem Produkt ihre positive Verkaufseinstellung gilt. Die Personalauswahl in der Buchbranche unterscheidet sich nur noch unerheblich von der anderer Wirtschaftssektoren.

Doch mit dem Wachstum will es trotzdem nicht so recht klappen. Das Buch ist ein höchst rätselhaftes Wesen, dessen Attraktivität sich im voraus nur schwer einschätzen läßt. Prognosen über seine Verkäuflichkeit verlangen hellseherische Fähigkeiten.

Um das finanzielle Risiko wenigstens ein wenig zu mildern, bedient sich die Branche seit einiger Zeit der »Deckungsbeitragsrechnung«, einer Kalkulationsmethode, die so windig ist wie ihre Bezeichnung. Bei diesem computergestützten Rechenverfahren, das von einem vermeintlich realistischen Ladenpreis und einer ebensolchen Auflage ausgeht, werden alle anfallenden auflagenvariablen und -fixen Kosten addiert und vom vorher festgelegten Ladenpreis subtrahiert, um auf diese Weise errechnen zu können, wieviel vom erwarteten Verlagsumsatz der einzelne Titel »decken« hilft (daher »Deckungsbeitrag«). Ist der Deckungsbeitrag größer als Null, wird der Titel in der Regel produziert. Doch genau da liegt ein möglicher Grund für die Überproduktion: Wenn die Verlage nur noch danach fragen, ob der einzelne Titel sich trägt, werden auch alle Titel hergestellt, die sich tragen, unabhängig von anderen Marktfaktoren.

DETLEV CLAUSSEN

Ein Solitär im Kabinett

Zur Walter-Benjamin-Ausstellung in Marbach

Walter Benjamin hatte Schlimmeres zu fürchten gelernt als den Tod: die Auslieferung an die Gestapo. Am Abend des 25. September 1940 nahm er Morphium-Tabletten und verstarb am 26. September gegen 22 Uhr. Der kranke Achtundvierzigjährige hatte versucht, auf dem Weg über die Pyrenäen den deutschen Nationalsozialisten zu entkommen. Doch die Flucht scheiterte an der spanischen Grenze. Das, wofür er gelebt hatte – seine Bücher und Manuskripte – war schon in alle Welt verstreut. Das einzige Werk, was man 1940 regulär erwerben konnte, hieß *Deutsche Menschen*, aber es trug nicht den Namen des Herausgebers und Kommentators Walter Benjamin. Um die Verbreitung der Exilpublikation im Deutschen Reich zu ermöglichen, hatte Benjamin mit dem Pseudonym Detlef Holz gezeichnet.

Die schlichte Erstausgabe von *Deutsche Menschen* läßt sich im Kabinett des Schiller-Nationalmuseums als Teil einer Walter-Benjamin-Ausstellung besichtigen. Unter dem Titel steht in blauer Frakturschrift auf leicht gelblichem Grund – untereinander, wie das Programmierprinzip dieser von Benjamin kommentierten Briefauswahl: *Von Ehre und Ruhm/Von Größe und Glanz/Von Würde ohne Sold*.

Benjamin läßt die bürgerliche Epoche in dieser Sammlung Revue passieren – eine letzte deutsche Revue, ohne den Begriff des Deutschen den empirischen Deutschen zu überlassen. Die Ausstellung bietet Manuskripte, die kaum zu lesen sind, Photos, die ziemlich bekannt sind. Aber schon das heute befremdliche Titelbild von *Deutsche Menschen* macht Appetit auf mehr. Dieses Mehr wird auch geboten – in einem Katalog, einer umfangreichen Sonderausgabe des Marbacher Magazins (Nr. 55/1990) zu dem Spottpreis von DM 25,00.

»Die Nachwelt vergißt oder rühmt. Nur der Kritiker richtet im Angesicht des Autors«. Vor Walter Benjamin muß gewarnt werden. Diese Sätze stammen aus der *Einbahnstraße*, 1928 bei Ernst Rowohlt erschienen. Benjamins Texte passen nicht ins Museum, sie beanspruchen Gegenwart. Für den, der Benjamin ausstellt, gilt eine alte Erkenntnis von Herbert Marcuse,

der Benjamins Aufsätze *Zur Kritik der Gewalt* einem neuen Publikum 1964 vorstellte: »Ungeheuer ist der Abstand, der die Gegenwart von solchen Worten trennt.« Die Ausstellung vergrößert den Abstand zwischen Benjamin und dem Besucher, sie bringt ihn nicht näher. Keine falsche Intimität wird vorgegaukelt, die Untiefen biographischer Wahrheitssuche werden manchmal mit Mühe, doch meistens souverän umschifft. Die Aussteller, das Theodor W. Adorno-Archiv – vertreten durch Rolf Tiedemann, Christoph Gödde und Henri Lonitz –, kennen das Œuvre Walter Benjamins, präsentieren es nicht als harmonisches Ganzes, sondern stellen es – der Sache Benjamins getreu – der Aufmerksamkeit des Beobachters zur Verfügung. Die Schriften hinter Glas erlauben einen Augenblick auf ein zersplittertes Werk – aber das Glas erzeugt die notwendige Distanz ebenso, wie die Augengläser auf Gisèle Freunds Benjamin-Photos den Zugang zu Benjamins Innerem verwehren. Man muß woanders suchen, wenn man Benjamin erkennen will. Die Ausstellung liefert nur Außenansichten dieses einzigartigen intellektuellen Edelsteins. Die Schlißflächen, Ebenen und Kristallachsen werden erst in einer Lektüre der Benjaminschen Texte sichtbar.

Viele haben über Benjamins kleine Schrift geschrieben. Die ausgestellten Handschriften spielen nicht mit der Aura autographischer Genie-Nähe. Sie geben die Feinheit des Produzenten frei, seinen Sinn für Miniatur, der – nach dem Zeugnis Scholems – sich im Musée Cluny durch zwei Weizenkörner entfalten ließ, auf denen »eine verwandte Seele das ganze *Schma Israel* untergebracht hatte«. Aber die fortschreitende Verkleinerung der Handschrift läßt auch den steigenden Papierwert erkennen, der Benjamin den Rückschritt im Fortschritt beengend vor Augen führte. Das Fragmentarische – nicht als Produktionszweck, sondern als Produktionsverhältnis – wird in den wichtigsten Abschnitten der Ausstellung sichtbar. Als *Highlights* können die Segmente XI »Der Kafka-Essay von 1934, ein work in progress« und XII »Von der Feerie zur Hauptstadt des 19. Jahrhundert« gelten. Benjamin wird im Deutschen Literaturarchiv als krönender Abschluß einer Ausstellungsreihe deutscher Essayisten gezeigt – zu Recht. Vergleichsweise Essays zu diesen werden nie wieder geschrieben werden. In ihnen steckt eine selbstkritische Kraft, die dem Autor all seine Produkte als unfertige Arbeiten zurückspiegeln ließ. Die veröffentlichten Teile seines Kafka-Essays gelten als Markstein der Kafka-Interpretation – Benjamin selbst jedoch haderte

mit seinem Produkt; die Unzufriedenheit erwies sich als produktiv, sie läßt einen neuen Blickwinkel auf Kafkas Werk zu: »Um Kafkas Figur in ihrer Reinheit und in ihrer eigentümlichen Schönheit gerecht zu werden, darf man das Eine nie aus dem Auge lassen: es ist die von einem Gescheiterten. Die Umstände dieses Scheiterns sind mannigfache.«

Es ist, als wollte Benjamin eine »einsichtsvollere Nachwelt« vor sich selbst warnen. Posthum ist er selbst auch nicht von dem Mythos des gescheiterten Meisters verschont geblieben. Derjenige geht fehl, der Benjamins Scheitern aus der Flucht vor den Nazis rekonstruieren will, ebenso wie die Biographie mißglückt, die das Mißlingen der Hauptwerke aus einer deutsch-jüdischen Berliner Kindheit um 1900 deduziert. Das Scheitern des *Passagenwerks* läßt sich auf mannigfache Gründe zurückführen. Weder die subjektiven Schwächen des Autors noch die schrecklichen Umstände lassen erkennen, warum das *Passagenwerk* unvollendet bleiben mußte. Es liegt in der Sache selbst: Benjamin wollte nach einem Diktum seines intellektuellen Vertrauten Theodor W. Adorno die »Urgeschichte der Moderne« liefern – zu einem Zeitpunkt drang er in das reichhaltige Gestein, als das Bergwerk der bürgerlichen Gesellschaft einstürzte. Benjamin arbeitete in diesem Trümmerhaufen mit zäher Geduld. Die *Geschichtsphilosophischen Thesen*, die er wohl in seiner schwarzen Aktentasche im September 1940 über die Pyrenäen trug, scheinen die wertvollsten Kristalle dieser Arbeit gewesen zu sein. Die Wegführerin bei der Flucht, Lisa Fittko, hat berichtet, was Benjamin ihr über die Tasche sagte, die er mit sich schleppte: »Ich darf sie nicht verlieren. Das Manuskript muß gerettet werden. Es ist wichtiger als meine Person.«

Diese Papiere können nicht ausgestellt werden, sie sind verschwunden. Benjamin geriet in Vergessenheit – in völlige Vergessenheit. Diejenigen, die sich bemühten, Benjamin bekannt zu machen, finden sich am Ende der Ausstellung: Adorno, Scholem, Missac. Auf abenteuerliche Weise tauchten Manuskripte wieder auf, in mühseliger Arbeit sind sie entziffert, zusammengesetzt und schließlich in den *Gesammelten Schriften* zugänglich gemacht worden. Zu einem Zeitpunkt, an dem die Nachwelt Benjamin rühmt, ließe sich kritisieren, daß die wohlfeile, brauchbare, übersichtliche Benjamin-Ausgabe mit Register bis heute fehlt. Die *Gesammelten Schriften*, in denen so viel verdienstvolle Handarbeit des Theodor W. Adorno-Archivs steckt, wirken wie ein großes Grabmal, das dem Leser der

Gegenwart den Zugang zu den Werken versperert. Ruhm kann eine »Variante des Vergessens«, wie Adorno zu Kafka schrieb, sein. Die Ausstellung in Marbach läßt sich aber auch benutzen, um Einlaß in eine ungeahnte Bilderwelt zu finden – in die »Denkbilder« Walter Benjamins. Sein letztes veröffentlichtes Werk, die erwähnten *Deutschen Menschen* bezeichnete der »Detlef Holz« in einer Widmung an Freunde als »Arche«, »die ich gebaut habe, als die faschistische Sintflut zu steigen begann«. In seine Arche nahm Benjamin nicht in konventioneller Manier das angeblich »bessere« Deutschland auf, sondern Texte, aus denen das Mißlingen bürgerlichen Lebens jäh hervorleuchtet. Der Autor verschwindet. Kein Literaturarchiv kann die Verschwundenen wieder zum Leben erwecken; aber eine Ausstellung kann signalisieren, daß die Arche angekommen ist. Die Arche des Autors ist das Werk; der Leser kann eintreten.

ANDREAS SCHWORCK

Nachruf auf Norbert Elias

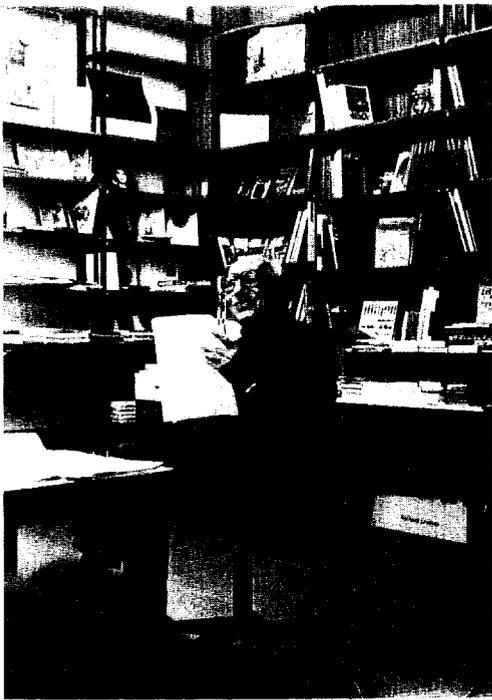
Im Rahmen eines Vortrages 1985 an der Universität Bielefeld wies Norbert Elias einmal darauf hin, es sei mitunter sehr nützlich für das Verständnis von Tagesfragen, wenn man sich in Gedanken ganz von ihnen entferne und erst dann gleichsam aus der Distanz wieder zu ihnen zurückkehre. Wer nur in Tagesfragen vertieft sei und niemals über sich hinaussehe – der sei, so Elias, praktisch blind.

Der Soziologe Norbert Elias, der vor zwei Monaten in Amsterdam im Alter von 93 Jahren starb, muß unter dieser Blindheit vieler seiner Zeitgenossen manchmal sehr gelitten haben, doch sein soziologisches Schaffen hat dies nie beeinträchtigt, im Gegenteil. Gerade in Anbetracht des Ausmaßes an Grausamkeiten, zu denen Menschen in diesem Jahrhundert im Namen von Ideologien aller Couleur fähig waren, hatte Elias schon früh einen soziologischen Fortschrittsbegriff begründet, der nachhaltig darauf abzielte, das Wissen hinsichtlich der Dynamik gesellschaftlicher Prozesse überall auch dort zu verbreiten, wo regelmäßig Entscheidungen über die Belange

einer großen Anzahl von Menschen getroffen werden müssen. Im stetigen Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis nahm Elias folglich zeitlebens eine eigentümliche Zwischenposition ein: Einerseits blieb er skeptisch gegenüber den metaphysischen Implikationen der klassisch-abendländischen Philosophie, die er schon beinahe trotzig-provozierend als »kognitiv völlig wertlos« ansah, andererseits warnte er eben auch stets vor dem beschränkten Horizont des immer nur tagespolitisch Relevanten – also vor dem, was man in Umkehrung einer gängigen und keineswegs immer falschen Metaphorik auch einen »Elfenbeinturm des Alltagswissens« nennen könnte.

Der Durchbruch zum international anerkannten Sozialwissenschaftler gelang Norbert Elias erst in der Mitte der siebziger Jahre, als sein bereits 1939 veröffentlichtes Hauptwerk *Über den Prozeß der Zivilisation* als Taschenbuchausgabe in hoher Auflage erschien. In dezidierter theoretischer Abgrenzung zu Marx und Freud betonte Elias darin den historischen Prozeßcharakter alles Sozialen und beschrieb den Zivilisationsprozeß als eine Dynamik, bei der von außen kommende Fremdwänge immer mehr von inneren Selbstzwängen abgelöst würden. Dem hochgradig arbeitsteiligen Forschungsprozeß der Soziologie unserer Tage setzte Elias eine interdisziplinäre Perspektive entgegen, die kulturhistorische Detailuntersuchungen wie jene über die spätmittelalterlichen Manierenbücher ebenso berücksichtigte wie die Analyse der großen Staatsbildungsprozesse im frühneuzeitlichen Europa.

Sein Leben war selbst ein Spielball jener wechselhaften Geschichte des 20. Jahrhunderts, die er mit aller ihm eigenen Leidenschaft als Forscher zu verstehen trachtete. Besonders Deutschland hatte es ihm nicht leicht gemacht: In der Weimarer Republik von seinen akademischen Kollegen an der Universität als Außenseiter behandelt, wurde er 1933 als jüdischer Intellektueller in die Emigration nach England getrieben. Seine Mutter wurde in Auschwitz ermordet, ebenso viele seiner Freunde. Dennoch empfand er den Deutschen gegenüber niemals Haß oder Groll – seine Antwort auf solche biographischen Schicksalsschläge war selbst dann noch immer im Sinne einer »*vita activa*«, um mit Hannah Arendt zu sprechen: Arbeiten, Herstellen und Handeln. Die schöpferische Auseinandersetzung mit dem schwierigen Land seiner Geburt mündete ein in ein faszinierendes Buch, das er *Studien über die Deutschen* nannte.



Norbert Elias (1897-1990)

Foto: © W.-D. Köhler, Suhrkamp Verlag

Nach dem Resümee seines Lebens befragt, antwortete Elias ganz in Übereinstimmung mit seiner Vorliebe für Metaphern und Allegorien, er fühle sich nun wie der Reiter überm Bodensee – am anderen Ufer angekommen. Nicht nur aufgrund seines hohen Alters war Elias mit dem Tod schon seit längerer Zeit vertraut – die Angst vor dem Tod wäre heutzutage überhaupt viel geringer, wenn sich der Mensch als Fackelläufer betrachten könnte, der am Ende die vorwärtsgetragene Fackel an andere weitergibt, so schrieb er vor wenigen Jahren. Norbert Elias hat diese Fackel nun nach einem erfüllten und tätigen Leben an andere übergeben, die sein Lebenswerk fortführen werden.

Kritik

HERBERT PINNOW

Panoptikum des Größenwahns

Hätte der 2. Weltkrieg noch einige Monate länger gedauert, hätte er das Katastrophenkonto der Menschheitsgeschichte noch um einiges mehr belastet. Gewonnen hätten die Nazis den Krieg nicht. Deshalb sind auch weiterreichende Spekulationen sinnlos. Giordano beteiligt sich nicht an solchen Spekulationen, sondern referiert in seinem Buch Pläne der Nazis, Pläne die in den besetzten Gebieten vielfach bereits erprobt wurden.

Es war nicht weniger als Beherrschung der Welt und die Versklavung ihrer Bewohner, was die Planungsstrategien der Nazis in den Arbeitsstäben als ihre Zukunftsvorstellung entwickelten.

In ihrem Sinne war es nur konsequent, Besoldungsordnungen für die Kolonialbeamten in den künftigen afrikanischen Besitzungen aufzustellen oder den bereits in Gang gekommenen Holocaust zu perfektionieren, indem die zur Vernichtung vorgesehenen Opfer bereits auf dem Transport in Spezialwaggons vergast, und die Spuren ihrer Existenz in Auschwitz, wo die entsprechenden »Veraschungskapazitäten« bereitstanden, endgültig ausgelöscht wurden.

Gerade die populärwissenschaftliche Form macht die Stärke des Buches aus. Für Multiplikatoren aus dem Bildungsbereich stellt es einen Fundus dar, aus dem für ganze Lehrgangszyklen und Unterrichtseinheiten reichhaltiges Material zu schöpfen ist.

Giordanos Verdienst bleibt es, die Ungeheuerlichkeiten, die die Nazis nach ihrem Endsieg der Menschheit zugebracht hatten, benannt und zusammengefaßt zu haben.

Inhaltlich ist das Buch in drei Rubriken gegliedert. Beginnend mit der Beschreibung der Schritte zur Erlangung der »Weltherrschaft« gelangt Giordano über die Darstellung der Pläne zur Ausgestaltung dieser Herrschaft schließlich zur Kontinuität der Eliten, die solche Planungen initiierten. Am Beispiel der chemischen Industrie beschreibt er den Wiederaufstieg der »ewigen Gewinner« nach der Entflechtung der IG Farben.

Weltherrschaft bedeutet auch Knechtung des eigenen Volkes. Das 1943 entworfene

»Gesetz über die Behandlung Gemeinschafts-fremder«, das eigentlich zum 1. Januar 1945 in Kraft treten sollte, hätte Gestapo und Polizei die Mittel in die Hand gegeben, jeden Bürger ohne Inanspruchnahme der Justizinstanzen festzusetzen, der Justizapparat wäre in weiten Teilen endgültig überflüssig geworden. Die Willfährigkeit der Justiz hätte ihr nicht das Überleben im faschistischen Zukunftsreich gesichert.

Bei der Vehemenz, mit der Giordano seine Medienauftritte gestaltet, kann es nicht verwundern, daß er auch in einem entsprechenden Stil schreibt. So beschreibt er, wie die Alliierten bei der Invasion 1944 »... ihren Panzerfuß auf den dröhnenden und bebenden Boden der französischen Normandie setzten«. Giordanos Rolle als Anwalt der Humanität wird niemand in Frage stellen können, deshalb sollte er sich bei der Auseinandersetzung mit zeitgeschichtlichen Fragen nicht in die Beschreibung von technischen Details verstricken. So überschätzt er die moralische und militärische Wirkung der V-Waffen in Südengland, an anderer Stelle hält er, bei der Beschreibung eines Fernbomber-Projektes für Störangriffe auf die USA, die Motorenbezeichnungen DB 603 und Jumo 213 für die Benennung von Flugzeugbaumustern. Den »Entsorgern« und »Revisionisten« sollte man keinen billigen Anlaß für Häme liefern.

Erfreulich wirkt Giordanos klare Stellungnahme zu den immer wieder aufkommenden Mutmaßungen über die deutsche A-Bombe: »War es also ›Zufall, daß es keine deutsche Bombe gab? In mir sperrt sich alles gegen eine Bejahung der Frage. Das Defizit paßt vielmehr genau in jenes NS-typische Amalgam des Rational-Irrationalen, von dem die ganze ›unfertige Gesellschaft‹ des Dritten Reiches mit ihrem Ämter-Chaos, ihrer destruktiven Dynamik und ihrem Mangel an Zeit geprägt war. Die fehlende Bombe scheint so vielmehr die Bestätigung eines fundamentalen Prinzips der nationalsozialistischen Herrschaft und ihrer Ideologie zu sein, auf das an geeigneter Stelle noch näher eingegangen werden muß: ihre tiefe Realitätsentfremdung, ihre grundsätzlich entwirklichten Ziele – bei ansonsten ungeheurer Detailfreudigkeit und -genauigkeit...«.

Ralph Giordano: Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte. Die Pläne der Nazis nach dem Endsieg. Hamburg (Rasch und Röhrig Verlag) 1989, 386 Seiten, DM 39,80.

INGEBORG HECHT

Nicht allein

Zweifellos gehört Ralph Giordanos Buch *Die zweite Schuld oder von der Last Deutscher zu sein* zu den wichtigsten Nachkriegsbüchern, die sich mit dem Dritten Reich und deren Bewältigung befaßt haben. Denn hier wurde die Geschichte, beginnend 1871, systematisch und unter vielfachen Aspekten rekonstruiert. Nun hat der Autor einen kleinen Teil der 1200 Briefe, die er zu diesem Buch erhalten hat, herausgegeben. In seinem Vorwort bemerkt er, daß er Widerspruch und Widerstand erwartet hatte – aber stattdessen von der großen Mehrheit seiner Leser Zustimmung erfahren durfte. »All das bestätigt, daß unsere Epoche für das Thema sensibilisierter ist als jede vorangegangene in der Geschichte der Bundesrepublik.«

Wer seither die Fernseh- und Zeitungsinterviews mit Giordano verfolgt hat, weiß, wieviel Zuspruch, Zustimmung und wieviel Ehrungen ihm zuteil wurden, und wie gering dagegen die Zahl derjenigen ist, die ihn, aus welchen Gründen auch immer, ablehnen. Die gleiche Relation findet sich in diesen Briefen. Da schreibt Nina D. aus Berlin: »Ich bin 22 Jahre als und kam schon sehr früh, im Alter von 12 Jahren, in Berührung mit der Geschichte des 3. Reiches ... Schon damals, vor zehn Jahren, haben mich die Schicksale sehr betroffen gemacht. Ich habe viel geweint, auch heute, wenn ich Berichte, Erinnerungen lese. Es tut so weh. Was mich am meisten erschreckt, ist, daß das Schreckliche, was damals geschehen ist, in uns stecken muß, wir sind doch immer noch *die* Menschen geblieben. Es muß in jedem stecken«. Denen gegenüber, in denen es so entsetzlich nachweisbar »gesteckt« hat, fragt ein Leser des Jahrganges 1936: »Wer von den hier Kritisierten wird ein solches Buch lesen? Wenn er die Lektüre beginnt, wie lange wird er sie durchhalten?... Ein wirklicher Humanismus muß auch – und sogar in erster Linie – mit den Schwächen der Menschen rechnen. Ich unterstreiche alle Ihre moralischen Positionen voll und ganz. Als Ideal. Aber Ihr moralischer Rigorismus erfüllt mich doch mit Skepsis.«

Gut zu wissen, daß so viele Leser aller Altersstufen – vor allem auch Lehrer – diese Lektüre durchgehalten haben. Von ihnen kommt soviel Dank, soviel Aufatmen darüber zum Ausdruck, daß Giordano ihnen – z.B. gegen das entsetzliche »Aufrechnen« mit aude-

ren Untaten – Argumente an die Hand gegeben hat. Immer wieder erschütternd sind die Berichte der Jüngeren, deren Eltern einst angepaßt, dann geschwiegen haben. Eine Frau des Jahrgangs 1937 berichtet, wie sie mit ihrem Bruder »schon seit den 50er Jahren das Elend des 3. Reiches« verarbeitet. »Ich weiß nicht, wie Sie die Dinge damals aushielten; ich sehe mich dazu nicht imstande... wie kann ich meine Tochter stützen? Sie stärken? Ich bin froh, daß Bücher wie die Ihren geschrieben werden ...« Wenn sich Herbert M., Jahrgang 1929, mit dem Antisemitismus befaßt – »hier müssen verstärkt die Aufklärungsarbeiten angesetzt werden« – möchte man an die makaber-perverse Polemik eines Achtzigjährigen denken, der in Giordanos Berichten nur »infame und gemeine Vorwürfe« sieht und konstatiert, das *deutsche* Volk hätte die Nazis »nie und nimmer gewählt«, »wenn es auch nur eine Ahnung gehabt hätte, daß Hitler, Goebbels, Göring, Himmler, Hans Frank, Bormann, Ley (früher Levy), Röhm, Streicher, Adolf Eichmann und Heydrich etc. etc. alle Viertel-, Halb- und sogar Volljuden waren.«

»Was kaum des Zitierens wert wäre, wenn es nicht zeigte, welche kranken Blüten der Judenhaß zu treiben vermochte.« – Thomas B. möchte den Begriff der Kollektivschuld streichen und fragt: »Was spricht eigentlich dagegen, die Perspektive der individuellen Schuld beizubehalten ... Jeder, der in Deutschland bis 1945 lebte, hat sich nach seinem Anteil zu befragen und muß sich fragen lassen, was er getan und unterlassen hat.«

Unter solcher Elternbefragung mußte Veronika S., Jahrgang 1953, leiden: Als Vierzehnjährige erntete sie damit nur eine frostige Atmosphäre: »Sie beschreiben und erklären mit großer Eindringlichkeit die Situation und Konflikte der Söhne und Töchter und Enkel. Ich bin eine solche Tochter: Ich habe mich gründlich gefragt, woher meine Unruhe und Erregtheit kommt, die mich erfaßt hat, seit ich Ihr Buch gelesen habe. Ich fühle mich auf sonderbare Weise traurig und befreit. Endlich ein Ansprechpartner.«

Daß Giordano für viele Fragende, Leidende, Nachdenkliche und Unsichere ein Ansprechpartner geworden ist, geht auf anrührende Weise aus diesen – hier ja nur andeutungsweise zitierten Briefen hervor; das Spektrum der Themen und Meinungen ist weit gespannt ... Viele Menschen können sich nicht vorstellen, daß qualifizierte Deutsche aus dem Bürgertum zum Beispiel die *Nürnberger Gesetze* formuliert, die *Wannsee-Konferenz* veranstaltet und die vorbildlich funktionierende



Ralph Giordano

Foto: teutopress

Vernichtungsmaschinerie in Gang gehalten haben; dazu hat es Hunderttausende von Mitarbeitern, also auch Wissender, bedurft. Und wie wenige wurden zur Verantwortung bezogen: »Die zweite Schuld«, vor der die heutige Generation noch fassungslos steht. Ihnen konnte das Buch helfen, und damit ist auch die Mühe der vom Autor getroffenen Auswahl gerechtfertigt. Giordano ist bei allem »moralischen Rigorismus«, bei aller mutigen Intoleranz gegen die Ignoranz, ein Zeitzeuge, der rastlos ist in seiner Bemühung, den Söhnen, Töchtern und Enkeln Hilfestellung zu leisten, Unvorstellbares einzuordnen. Indem er diese Briefe nicht für sich behalten hat, hat er vielen seiner Leser gezeigt, daß sie mit ihren eigenen – rückwärts und vorwärts gerichteten – Sorgen, Ängsten, Fragen und Erlebnissen nicht allein sind.

Ralph Giordano (Hg): »Wie kann diese Generation eigentlich noch atmen?« Briefe zu dem Buch »Die zweite Schuld oder Von der Lust Deutscher zu sein«. Hamburg (Rasch und Röhring) 1990. 184 Seiten, DM 16,80.

Bilanz und Perspektiven des Sozialismus

Der von Helga Grebing u.a. herausgegebene Sammelband *Sozialismus in Europa – Bilanz und Perspektiven* dokumentiert ein Symposium, das vom 23. bis 26. November 1988 am Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung der Ruhr-Universität Bochum stattfand. Dabei handelte es sich nicht um eine politische, sondern um eine wissenschaftliche Tagung. Als Referenten nahmen daher auch nur wenige aktive Politiker teil, obwohl mit diesem Symposium Willy Brandt anlässlich seines 75. Geburtstages am 18.12.1988 geehrt wurde.

In der Einleitung verweisen die Herausgeber ausdrücklich auf dieses breite Spektrum von unterschiedlichen und vielfach konträren Standpunkten, zwischen denen aber in den letzten Jahren, im Unterschied zu früheren Abschottungen, ein wirklicher Dialog begonnen hat. Und sie machen die für die Zukunft dieses Dialogs wichtige Tatsachenaussage: Da inzwischen kommunistische, linkssozialistische, grüne, linke nichtkonformistische Parteien, Gruppen und Theoretiker »die Unabdingbarkeit der Demokratie im Sozialismus unterstreichen, ist der Begriff des »demokratischen Sozialismus« weniger denn je ein Synonym für die Sozialdemokratie« (S. 7).

Helga Grebing behandelt in ihrem einführenden Beitrag »Das Subjekt der sozialistischen Bewegung« nicht nur den Stand der intellektuellen Reflexion über den Sozialismus, sondern vor allem auch die Situation der Arbeiterbewegung angesichts des tiefgreifenden sozialen Wandels in den kapitalistischen Industriegesellschaften und des damit verbundenen Bewußtseinswandels der Arbeiter. Die vor diesem Hintergrund stattfindende Diskussion über das »Ende der Arbeiterbewegung« befruchtet sie weniger durch fertige und befriedigende Antworten als durch anregende Fragen und Thesen.

Als konsensfähig dürften folgende Aussagen ihres Beitrages anzusehen sein: Die »Arbeiterbewegungskultur« ist als »historisch abgeschlossene Zwischenphase« einzuordnen (S. 18). Infolge der »Entproletarisierung« hat sich aus den Arbeiterparteien die »linke Volkspartei als »Euro-Norm« herauskristallisiert (S. 23). Auf der Ebene des Bewußtseins und der Theorie ist inzwischen »die übergreifende theoriegeladene Deutungsperspektive«

(S. 15) und »der Antrieb einer diesen Kampf legitimierenden Weltanschauung« (S. 16) verlorengegangen.

Aus diesen Aussagen Helga Grebings lassen sich auf der praktisch-politischen und auf der geistig-theoretischen Ebene noch folgende Schlußfolgerungen für »die Bilanz und die Perspektiven des Sozialismus in Europa« ableiten: Da sich in Westeuropa in der Tat aus den früher eher heterogenen sozialdemokratisch/sozialistisch/kommunistischen Arbeiterparteien die »linke Volkspartei als »Euro-Norm« herauskristallisiert hat, gibt es trotz fortbestehender Unterschiede einen Grundkonsens, oder ein gemeinsames Paradigma sozialdemokratisch/sozialistischer Politik und Programmatik. Dieses gemeinsame Paradigma, Grundlage für einen fruchtbaren Pluralismus, erleichtert es, die Politik von durchaus noch unterschiedlichen Parteien und Konzepten zu koordinieren und zu integrieren. Dadurch werden die politischen Erfolgchancen für sozialdemokratisch/sozialistische Parteien in Westeuropa erhöht.

Frank Deppe zieht die ernüchternde Bilanz, daß die erwartete »Transformation der »Weltgesellschaft« in Richtung Sozialismus« nicht stattfand (S. 29) und daß sich auch die Hoffnungen auf »eine Radikalisierung der Arbeiterklasse als Folge der Wirtschaftskrise« im Westen nicht erfüllten. Daher müssen in der »sozialistischen und marxistischen Tradition« auch »Anforderungen an eine Neudefinition von wesentlichen Bestandteilen des Sozialismus aufgearbeitet werden« (S. 31). Wenn auch sehr zögerlich, so doch klar und präzise begründet Deppe die Notwendigkeit einer Neudefinition des Sozialismus: »Traditionelle »Modelle« sozialistischer Theorie und Strategie scheinen sich erschöpft zu haben« (S. 36). Doch weniger überzeugend, klar und präzise ist die von ihm angedeutete zukunfts-fähige Konzeption des Sozialismus. Er erwähnt zwar die in den sowjetischen Diskussionen besonders betonten »globalen« Gefahren und Probleme der Menschheit, aus denen die sowjetischen Marxisten-Leninisten den Vorrang der allgemein menschlichen Werte und Interessen gegenüber den Klasseninteressen ableiten. Doch so weit will Deppe in der Revision des alten Denkens nicht gehen. Daher distanziiert er sich ausdrücklich von dieser Revision des Marxismus, indem er ausdrücklich postuliert: »Daraus (aus den globalen Gefahren, H.H.) folgt freilich nicht, daß der Sozialismus nunmehr eine Priorität der allgemeinen menschlichen Werte gegenüber den Klasseninteressen anerkennen muß. Die Aufgabe be-

steht vielmehr darin, die neuen Vermittlungen/Synthesen von nationaler und internationaler Politik, von formations- und damit klassenspezifischen Determinanten von Krisenprozessen und den stofflichen Grenzen der Reproduktions- und Entwicklungsmöglichkeit der Menschheit zu bearbeiten und die neuen Formen der Vernetzung der verschiedenen Handlungsfelder politisch zu konkretisieren« (S. 40f).

Heinz Kittsteiner, der Ende der siebziger Jahre in der Neuen Linken die desillusionierende Diskussion über die »Krise des Marxismus« maßgeblich beeinflusst hatte, begründet in seinem »Kleinen Rückblick auf Marx« den radikalen Bruch mit der marxistischen Geschichtsphilosophie und dem Eckpfeiler des Wissenschaftlichen Sozialismus. Marx habe für das Problem der menschlichen Emanzipation »eine illusionäre Lösung« vorgeschlagen, von der wir uns abwenden müssen, um die ganz neue, vielleicht für Kenner der sozialdemokratischen Theoriegeschichte aber nicht ganz so neue, Schlußfolgerung zu ziehen: »Sozialismus ist nicht mehr definierbar als ein Endstadium des historischen Prozesses« (S. 44). Von dieser Einsicht gelangt er zu einer für Sozialdemokraten nicht gerade überraschend neuen, sondern eher schmeichelhaften Neudefinition des Sozialismus: »Sozialismus in Europa ist diejenige politische Kraft, die unter Wahrung der sozialen Ansprüche einen ökologischen Umbau der Produktionsstruktur anstrebt. Diese Aufgabenstellung ist nur transitorisch; es geht nicht mehr darum, der Geschichte einen Endzustand zuzuweisen« (S. 46).

Gudmund Hernes von der Universität Oslo behandelt zwar empirisch und materialreich Probleme des Arbeitsmarktes und deren Auswirkungen auf die Arbeiterbewegung, formuliert aber auf der theoretischen Ebene für Karl Marx eine nur dialektisch zu würdigende Ehrenerklärung: Da sich auf der empirischen Ebene die Ergebnisse seiner Analysen, seine Schlußfolgerungen und Prognosen, als falsch erwiesen haben, können wir heute nur »seine Methode der Analyse« übernehmen. Aber damit diese noch heute richtige Methode nicht wieder wie bei Marx zu falschen Schlußfolgerungen führt, müssen wir sehen: »Eine ›marxistische‹ Analyse muß heute zu einer nicht-marxistischen Schlußfolgerung führen« (S. 50).

Frigga Haug referiert in ihrem Beitrag »Zur Aktualität von Marxismus-Feminismus« sachlich und informativ die umfangreiche feministische Kritik am Marxismus, nach der

Frauen und ihre Unterdrückung im Marxismus nicht vorkämen. Dieser einerseits verständlichen feministischen Kritik hält Frigga Haug entgegen: »Statt jedoch Marx eilig abzuschwören, sollte man prüfen, ob aus seiner perspektivischen Formulierung für die nicht-entfremdete Arbeit ... für die Frauenfrage nicht noch vieles zu gewinnen ist« (S. 84). Und so bemüht sie sich um den Nachweis, daß man durchaus mit gutem marxistischem Gewissen die Forderungen des Feminismus unterstützen kann, zumal der Marxismus-Feminismus, diese »allseits behinderte Wissenschaft und Politik« in ihrer kurzen Geschichte gezeigt hat, »daß die feministische Kritik am Marxismus eine an der bestehenden Lesart des Marxismus ist« (S. 88). Es kommt also nicht darauf an, Marx neu zu interpretieren, sondern ihn anders zu lesen.

Wolfgang Fritz Haug, der schon oft die Marxismusdiskussionen durch originelle Beiträge anregte und belebte, beharrt am vehementesten auf der marxistischen »Deutungsperspektive«, die angesichts der Krise des real existierenden Sozialismus auch für die meisten Linken äußerst fragwürdig geworden ist. Haug hält dem entgegen: »Doch beim Tod des Marxismus ist wieder einmal der Wunsch der Vater des Gedankens« (S. 139). Und das, was Konservative irrtümlich für einen »Kollaps« des Marxismus halten, »macht eine Renaissance des Marxismus möglich« (S. 139). Die Krise des realen Sozialismus und die Perestroika bestätigen sogar überzeugend die Richtigkeit des Marxismus, der auch diesen

Letzte Fahrt

Foto: V. Juraitis/Verlag Fackelträger



Prozeß in Osteuropa zu erklären vermag. Denn dieser »verläuft nach dem ABC des Marxismus, angewandt nun freilich unerwarteterweise auf den Sozialismus: Den Anstoß gab die Entwicklung der Produktivkräfte; die Produktionsverhältnisse wurden zu Fesseln; mit ihrer Umwälzung muß der gesamte Überbau umgewälzt werden« (S. 141).

Im Gegensatz zur originellen marxistischen Deutung der Veränderungen in Osteuropa durch Wolfgang F. Haug betont *Stoanovic*, renommierter marxistischer Kritiker des etatistischen und bürokratischen Sozialismus, daß »marxistische Kritik« am realen Sozialismus »immer mehr an Anziehungskraft einbüßt« (S. 128). Die sich in Osteuropa vollziehenden Veränderungen ließen sich auch nicht »als marxistisch bezeichnen«, da im Gegenteil »die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie« gegen diese Veränderungen ins Feld geführt werden kann (S. 129).

Jiří Kosta, im Prager Frühling 1968 beteiligt am Entwurf eines reformsozialistischen Konzeptes, wendet sich gegen eine Verengung des Sozialismusbegriffs durch »ein Festhalten am Gemeineigentum und zentraler Planung« (S. 157). Und er schließt die grundsätzliche Frage an, »ob wir Sozialismus überhaupt anhand bestimmter Institutionen (Eigentumsordnung) oder Instrumente (Plan/Markt) kennzeichnen bzw. bewerten sollen« (S. 157). Und da der Intellektuelle Jiří Kosta nicht Mitglied der SPD ist, hindert ihn nichts daran, die sozialdemokratische Antwort zu wiederholen, die vor fast 100 Jahren von Eduard Bernstein und vor über 30 Jahren durch das Godesberger Programm gegeben wurde: »... wie nahe man sozialistischen Zielvorstellungen kommt, sollte in erster Linie an sozialistischen Grundwerten gemessen werden« (S. 157).

Die Herausgeber des Sammelbandes, die in ihrer Einleitung auf das breite intellektuelle Spektrum der am Diskurs über den Sozialismus Beteiligten verweisen und betonen, daß »der Begriff des »demokratischen Sozialismus« weniger denn je ein Synonym für Sozialdemokratie« (S. 7) ist, stellen aber auch eindeutig fest: »Andererseits ist offenkundig, daß sozialdemokratisch-sozialistische Parteien im Westen Europas, namentlich in der Bundesrepublik Deutschland, die Hauptkraft der demokratischen und sozialistischen Linken bilden« (S. 7).

Doch die von einem breiten linken Spektrum inzwischen als politische Hauptkraft anerkannte Sozialdemokratie spielt paradoxerweise mit ihrem reformsozialistischen Paradigma in den resignativen, irritierten und irri-

tierenden intellektuellen Diskursen über den Sozialismus so gut wie keine Rolle.

Da das reformistische Paradigma des Demokratischen Sozialismus von den Sozialdemokraten bisher nicht offensiv in die intellektuellen Diskurse eingebracht wurde, ist es durchaus verständlich, wenn *Günter Minnerup* die Sozialdemokratie auffordert, angesichts der Veränderungen im »real existierenden Sozialismus« endlich die Frage zu beantworten, »was denn nun mit dem »demokratischen Sozialismus« gemeint sein könnte« (S. 185).

Helga Grebing/Peter Brandt/Ulrich Schulze-Marmeling (Hg.): Sozialismus in Europa – Bilanz und Perspektiven – Festschrift für Willy Brandt, Essen 1989, 302 Seiten, DM 34,00.

DIETER BODEN Europa 2000

Schon vom Konzept her ist dies eine bemerkenswerte Schrift. Zu einer Zeit, in der die Phantasie jedes Interpreten fast täglich von den Umbrüchen einer sich dynamisch verändernden Wirklichkeit eingeholt wird, wird hier versucht, die Umrisse der politischen Ordnung Europas im Jahre 2000 zu beschreiben. Ausgangspunkt sind die dramatischen Ereignisse von 1989; sie haben das Ende einer Epoche eingeleitet, die auf der Zweiteilung Europas basierte. Gerade diese Epoche hat uns jedoch, so gestehen längst auch ihre Kritiker ein, den am längsten andauernden Friedenszustand seit Beginn der Neuzeit beschert. Was wird an ihre Stelle treten?

Dieter Senghaas, Professor in Bremen und seit längerem als Friedensforscher und Politikwissenschaftler ausgewiesen, beantwortet diese Schlüsselfrage heutiger Politik mit einem optimistischen Grundton. Bis zum Jahre 2000, so lautet seine These, wird es Europa gelingen, sich die Strukturen einer Ordnung zu schaffen, die mehr als jemals zuvor einen soliden und dauerhaften Frieden garantieren werden. Der Ost-West-Konflikt gehöre dann endgültig der Vergangenheit an; mit seiner Geschichte werden man sich nur mehr lustlos an den Hochschulen befassen. Das Europa des Jahres 2000 werden ein Zusammenschluß politisch weitgehend homogener, rechtsstaatlicher, demokratisch-pluralistischer und marktwirtschaftlich

orientierter Staaten sein. Am Horizont zeichne sich damit die Möglichkeit einer Weltinnenpolitik ab, für die das politisch, wirtschaftlich und sozial wieder zusammengewachsene Europa das Fundament bilden könne.

Eigenartig vertraut erscheinen einige Einzelzüge des von Senghaas beschriebenen Entwurfs. Als Motor und Katalysator sieht er den KSZE-Prozeß, der schließlich – und hier lesen sich seine Ausführungen, als stammten sie aus dem Planungstab des Auswärtigen Amtes – die bestehenden Militärbündnisse überflüssig machen würden. Voraussetzung dafür sei allerdings die energische Fortführung der mit den Wiener Verhandlungen begonnenen Abrüstung konventioneller Streitkräfte-Potentiale. Der KSZE-Gipfel vom Herbst 1990 werde eine entscheidende Weichenstellung markieren; dort würden auch zukunftsweisende Festlegungen für die Institutionalisierung des KSZE-Prozesses getroffen, unter anderem durch Schaffung einer »Europäischen Überwachungs- und Sicherheitsbehörde« und, in der Perspektive, eines »Europäischen Sicherheitsrates« mit integrierter Friedenstruppe. Keine Zukunft sieht Senghaas für bisherige, auf Westeuropa beschränkte politisch-militärische Organisationsformen vom Schlage der WEU oder eines europäischen NATO-Pfeilers. Demgegenüber werde die EG, reduziert auf eine ausschließlich politisch-wirtschaftliche Rolle, Vorbildcharakter für die gesamteuropäische Integration haben. Die Endphase der Entwicklung werde mit einem »Europäischen System kollektiver Sicherheit« erreicht, das spätestens am 1. 1. 2000 in Kraft trete.

Komplettiert wird diese politische Zukunftsvision durch eine ideenkritische Auseinandersetzung mit Alternativmodellen, die Senghaas einmal als »Realsozialismus«, das andere Mal als »Sozialismus« identifiziert. Keines dieser Modelle, so sein Befund, habe sich als tauglich erwiesen. Das Versagen des realsozialistischen Systems sei gerade auf wirtschaftlichem Gebiet offenkundig. Geschichtlich durchsetzen werde sich das liberale Modell mit sozialstaatlich regulierter Marktwirtschaft.

Auch wenn man den Ausführungen von Senghaas insgesamt innere Logik und Schlüssigkeit nicht absprechen kann, so greift doch manches gerade an diesen ideenkritischen Betrachtungen zu kurz. Insbesondere vermißt man eine differenzierende Definition dessen, was unter dem Begriff des »liberalen Modells« subsumiert wird. Daß darin auch manches an jenen sozialstaatlichen Verpflichtungen Eingang gefunden hat, die aus Theorie und Praxis

des demokratischen Sozialismus beigeleitet worden sind, ist nur zu ahnen. Unter solchen Vorzeichen gerät die Vorhersage über den endgültigen Triumph des liberalen Modells zur Beschwörungsformel. Die Protagonisten des gesellschaftspolitischen Status quo werden jubilieren über diesen Versuch, ein weiteres Mal »das Ende der Geschichte« herbeizudeuteln. Alle Erfahrung spricht dafür, daß Irrtümer nicht ausgeschlossen werden können.

Auch in anderer Hinsicht hätte man der Schrift, die offensichtlich unter einem gewissen Termindruck am 15.2.1990 abgeschlossen wurde, einige schärfere Konturierungen gewünscht. Dies betrifft etwa jene Passagen, die von der Rolle der beiden Großmächte in Europa des Jahres 2000 handeln. Inwieweit dies eine herausgehobene Rolle sein wird und in welcher Beziehung etwa die voraussehbare Sonderentwicklung der Sowjetunion sich auf den gesamteuropäischen Integrationsprozeß auswirkt, bleibt offen.

Schließlich scheint der Autor manche Risiken der sich abzeichnenden Entwicklung allzu leicht zu nehmen. Ist nicht der Zeitraum eines nur knappen Jahrzehnts zu kurz, um das politisch und wirtschaftlich zerrissene Europa zu politischer Homogenität und einem Zustand zu führen, der dem Kantischen Ideal des immerwährenden Friedens nahekommt? Zwar nennt Senghaas als Voraussetzungen für die Verwirklichung seines Entwurfs eine weiterhin krisenfesten Wirtschaftsentwicklung des Westens und den Fortgang des Gorbatschow'schen Reformkurses im Osten. Die Frage ist angebracht, ob damit die Aufzählung möglicher Störfaktoren wirklich erschöpft ist. Nur beiläufig erwähnt Senghaas die Gefahr eines neu aufbrechenden Nationalismus in dem von sowjetischer Hegemonie befreiten Ländern des Warschauer Pakts, der heute schon – etwa in Gestalt der rumänischen »Vatra Romaneasca« – militant sein Haupt erhebt. Die warnenden Worte, mit denen vor kurzem Zbigniew Brzezinski auf dieses Phänomen aufmerksam gemacht hat, geben zu denken.

Trotz solcher Einschränkungen hat Senghaas ein anregendes, nachdenklich stimmendes Buch geschrieben. Es ist ein durchaus eigenständiger Beitrag zu der Diskussion über die Finalität des politischen Umbruchs, dem Europa heute wie nie zuvor seit Ende des Zweiten Weltkriegs unterworfen ist.

Dieter Senghaas: Europa 2000. Ein Friedensplan. Frankfurt/M. (Suhrkamp-Verlag) 1990 (es 1632). 127 Seiten, DM 10,00.

FRANZ H.U. BORKENHAGEN Gebot der Defensivität

In diesen Zeiten des Umbruchs ist es zweifellos schwer, Konzepte für eine Sicherheitspolitik in und für Europa zu formulieren. Vor allem dann, wenn sie seriös sein sollen. Ebensovienig sinnvoll will es scheinen, jetzt Kritik zu üben an den Sicherheitsstrukturen und den politischen sowie militärischen Leitlinien der NATO. Sind doch alle Regeln des Bündnisses mehr oder weniger obsolet – genauso wie die des Warschauer Paktes, nur sind diese viel schneller verfallen. Alle Fragen und Bemühungen um Veränderungen haben jetzt die Zielrichtung: Wie gelingt ein neues, defensives und tragfähiges Sicherheitssystem für Europa? Mit dieser Vorgabe muß die Suche gesteuert werden nach neuen Strukturen, nach Defensivausrichtungen und nach einem System der kollektiven Sicherheit für Europa. Deshalb sind im Augenblick keine Detailanalysen und Spezifika zum militärischen Allerlei und Einerlei notwendig; vielmehr muß alles Streben darauf gerichtet werden, eine Sicherheitspolitik zu entwerfen: für Europa und im Kontext mit den Großmächten und unter Berücksichtigung der Belange der Dritten Welt.

Vor diesem Hintergrund ist allemal die Frage berechtigt nach dem Sinn eines Buches mit dem Titel *Der unmögliche Krieg*. Will es nicht schlicht und einfach überholt wirken, Problemen nachzugehen, die Aspekte der NATO-Strategie *flexible response* betreffen oder die noch einmal die Auseinandersetzung über die Nachrüstung mit Mittelstreckenwaffen »aufwärmen«?

Schmähling will offenbar etwas anderes erreichen, denn in seinem Buch fehlt fast kein Thema der Sicherheitspolitik, der Militärstrategie, der Streitkräfte, das nicht einmal im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung im Bündnis und in der Bundesrepublik stand. Angesprochen sind das amerikanisch-deutsche Verhältnis, der fehlende politische Rahmen, eine kritische Bestandsaufnahme der Bundeswehr, Militär und neue Technik und vieles andere mehr. Eine umfängliche Kritik, der allerdings die damit verbundene Idee für ein Modell für die Zukunft fehlt. Die Umbenennung der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit in »raumgebundene Verteidigungsstruktur« (S. 156) ist in diesem Zusammenhang kaum mehr als eine Wortspielerei.

Das liegt sicherlich auch daran, daß zur Änderung der Streitkräftestruktur eine Fülle

von Modellen vorliegt. Schmählings Ansatz zielt deshalb darauf, eine Übersicht der Mängel sowie Hinweise auf überlebensnotwendige Strukturen in der Sicherheitspolitik zu liefern, die verhindern können, daß Krieg wieder zu einem Instrument für fehlgeschlagene Politik wird. Und diese Anmerkungen sind unverändert angebracht und wichtig.

Manchmal wirkt die Benennung von Mängeln dann aber etwas überzogen, z.B. wenn sie in der Anfangszeit der NATO sowie der Bundeswehr ausgemacht und mit Kriterien von heute gemessen werden. Diese Form wirkt umso weniger überzeugend, als sie nur punktuell angebracht wird und nicht seinerzeitige Zusammenhänge berücksichtigt oder erhebt. Schließlich fehlt auch eine Übersicht, die die Mißverständnisse und Neigungen zur Konfrontation beider Seiten, der NATO und des Warschauer Paktes, belegt. Es wäre sicher ein leichtes gewesen, auch die politischen und militärischen Fehleinschätzungen der Führung der Sowjetunion in Verbindung mit der Ent-



wicklung der Sicherheitspolitik in Europa darzustellen und zu analysieren. Nicht nach dem Motto, die anderen waren schuld oder trugen auch Mitschuld; vielmehr hätte es zu einer umfassenderen und objektiveren Betrachtungsweise beigetragen.

Abgesehen von diesen Undeutlichkeiten verlangt die Zusammenstellung Schmählings Aufmerksamkeit. Zunächst hat sie ein zum Zeitpunkt der Erstellung noch aktiver Admiral der Bundesmarine geschrieben. Es ist beachtlich, daß die Courage von einem aktiven Offizier aufgebracht wurde, gegen den Strom zu schwimmen – in dieser Art und Weise. Daß die Ereignisse den Flottillenadmiral insoweit überholt haben, daß er am Tag der Vorstellung seinem Dienstgrad ein a.D. hinzufügen konnte, ist dem Verlag wegen der damit verbundenen Publizität sicherlich nicht unangenehm gewesen.

Viel wichtiger aber ist, daß die von Schmähling vorgebrachte Kritik bei allen genannten marginalen Einschränkungen einen

weiterreichenden Zweck verfolgt: Sie soll Anstöße bieten für eine Bestandsaufnahme und zugleich für eine Formulierung einer defensiven Strategie – im Verhältnis zu der Vertragsorganisation der ost-europäischen Staaten. Das Dilemma ist nur, daß letztere nicht mehr zusammengefügt ist und nicht mehr funktioniert, und deshalb die erstere nicht länger den hergebrachten Vorstellungen anhängen kann. Dessen ungeachtet bieten Schmählings Überlegungen insofern Stoff für zukünftige Vereinigungen, als sie helfen, die alten Fehler zu vermeiden. Denn sie belegen unter anderem, daß Nuklearwaffen in Europa überflüssig sind, daß Streitkräfte sozial- und zivilverträglich sein müssen und daß Defensivität das Gebot für die nächsten Jahrzehnte ist.

In diesem Sinne wäre noch viel mehr zu wünschen gewesen – und wahrscheinlich auch zu erwarten gewesen –, wenn der Verlag dem Autor Zeit gelassen hätte, die Entwicklung in Europa zu berücksichtigen und in ein sicherheitspolitisches Rahmenkonzept zu gießen.

Elmar Schmähling: Der unmögliche Krieg. Sicherheit und Verteidigung vor der Jahrhundertwende. Düsseldorf/Wien/New York (Econ Verlag) 1990; 318 Seiten, DM 36,00.

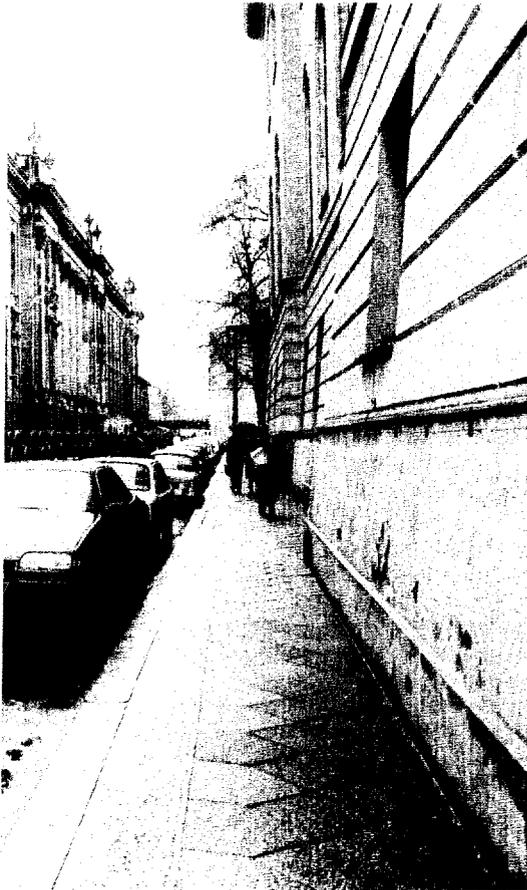


Foto: © Rowohlt Taschenbuchverlag GmbH

Zu den Autorinnen und Autoren

DIETER BODEN, geb. 1940, ist Beamter des Auswärtigen Dienstes, lebt z. Zt. in Wien.

FRANZ H. U. BORKENHAGEN, geb. 1945, Gründungsmitglied der Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik (SAS), Abteilungsleiter beim SPD-Parteivorstand.

DETLEV CLAUSSEN, geb. 1948, lebt als freier Autor in Frankfurt a. M.

HERMANN GLASER, geb. 1928, war bis 1989 Kulturreferent der Stadt Nürnberg.

INGEBORG HECHT, geb. 1921, lebt als Schriftstellerin in Freiburg.

HORST HEIMANN, geb. 1933, Direktor der Gustav-Heinemann-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Freudenberg.

BERTOLD HUBER, geb. 1948, ist Richter am Verwaltungsgericht in Frankfurt a. M.

BARBARA JOHN, geb. 1938, ist Ausländerbeauftragte des Berliner Senats; sie gehört der CDU an.

WILLI KÖHLER, geb. 1935, Journalist und Lektor, lebt in Frankfurt a. M.

GÜNTER KUNERT, geb. 1929, Lyriker, verließ 1979 die DDR und lebt seitdem in der Nähe von Itzehoe.

SILVIO LEHMANN, geb. 1945, ist Sprecher des Republikanischen Clubs *Neues Österreich* in Wien.

HENNING NASE, geb. 1941, Diplom-Soziologe, ist Mitarbeiter bei der IEG-Kommission.

SJAAK ONDERDELINDEN, geb. 1939, lehrt als Dozent für deutsche Literatur an der Universität in Leiden/Niederlande.

HERBERT PINNOW, geb. 1951, lebt als freiberuflicher Historiker und Publizist in Kassel.

FRANK-OLAF RADTKE, Priv. Doz., lehrt am Zentrum für Lehrerbildung der Universität Bielefeld.

THOMAS SCHMID, geb. 1945, lebt als freier Publizist in Lorsch. Jüngste Buchveröffentlichung: »Staatsbegärnis. Über zivile Gesellschaft«, Frankfurt a. M. 1990.

ANDREAS SCHWORCK, geb. 1960, lehrt als Politikwissenschaftler an der Universität Konstanz.

SIBYLLE TÖNNIES, geb. 1944, lehrt an der Hochschule in Bremen das Recht der sozialen Arbeit. Jüngste Veröffentlichung: *Linke Vergangenheitsbewältigung*, in: Rechtstheorie, Heft 2, Berlin 1990.

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:

In der Raste 20-22
5300 Bonn 1
Tel.: (02 28) 8 83-5 40/5 42
Telefax: (02 28) 88 35 39

Verlag und Anzeigenverwaltung:

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
In der Raste 2
5300 Bonn 1
Tel.: (02 28) 23 80 83
Telefax: (02 28) 23 41 04
Anzeigenpreisliste Nr. 18
Anzeigenverwaltung: Margret Reichert

Herstellung:

Satz: Fotosatz Froitzheim, Bonn
Druck und Verarbeitung:
satz + druck gmbh, Düsseldorf

Bezugsbedingungen:

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag, ISSN 0177-6738 Einzelheft 12,80 DM frei Haus; Jahresabonnement 90,- DM frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist. In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.